



75. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung und Änderung der
Tagesordnung

5589

Aktuelle Stunde

5589

GRÜNE Fraktion:

**Zivilgesellschaftliche Solidari-
tät zeigt: Hamburg will humane
Flüchtlingspolitik – Winter-Ab-
schiebestopp auf den Balkan
ist ein notwendiger erster
Schritt**

Antje Möller GRÜNE 5589, 5597
Dr. Martin Schäfer SPD 5590
Kai Voet van Vormizeele CDU 5591
Finn-Ole Ritter FDP 5591
Christiane Schneider DIE LINKE 5591, 5596
Michael Neumann, Senator 5592
Christa Goetsch GRÜNE 5594
Dr. Andreas Dressel SPD 5595

SPD-Fraktion:

**Koalitionsvertrag in Berlin –
auch ein Erfolg für Hamburg!**

und

CDU-Fraktion:

**Koalitionsvereinbarung in Ber-
lin – Chancen für Hamburg nut-
zen**

Katja Suding FDP 5597, 5611
Dr. Andreas Dressel SPD 5598
Dietrich Wersich CDU 5600, 5612
Jens Kerstan GRÜNE 5601, 5612
Dora Heyenn DIE LINKE 5602, 5607,
5614
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister 5603, 5611
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 5606
Wolfgang Rose SPD 5607
Dr. Roland Heintze CDU 5608
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 5609
Norbert Hackbusch DIE LINKE 5610
Dr. Monika Schaal SPD 5613

FDP-Fraktion:

**Große Koalition, großes Risiko:
SPD und CDU verfrühstücken
Deutschlands und Hamburgs
Zukunft**

mit

Fraktion DIE LINKE:

**Politikwechsel Fehlanzeige –
Große Koalition verschärft so-
ziale Spaltung auch in Ham-
burg!**

(Fortführung am 12.12.2013)

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Drs 20/9993 –

5615

Ergebnis

5625

Antrag der CDU-Fraktion:

Hamburg fit machen für die Zukunft – Elektromobilität voranbringen
– Drs 20/10124 –

5615

dazu

Antrag der SPD-Fraktion:

An Erfolge anknüpfen – Elektromobilität weiterentwickeln
– Drs 20/10267 –

5615

Klaus-Peter Hesse CDU 5615
Dorothee Martin SPD 5617
Dr. Till Steffen GRÜNE 5619
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 5620
Heike Sudmann DIE LINKE 5621
Frank Horch, Senator 5622
Birgit Stöver CDU 5624

Beschlüsse

5624

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 20/8400:

Entwurf eines Gesetzes zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg (SNH-Gesetz – SNHG) (Senatsantrag),
20/9054: Rechtliche Ausgestaltung der strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens – Beratende Äußerung nach § 88 Absatz 2 LHO (Bericht des Präsidenten des Rechnungshofs) und
20/9663 (Neufassung): Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg (Drucksache 20/8400)
– Drs 20/10000 –

5625

dazu

Interfraktioneller Antrag:

Ein modernes Haushaltswesen für mehr Generationengerechtigkeit

– Drs 20/10265 –

5625

Jan Quast SPD 5625
Dr. Roland Heintze CDU 5627
Jens Kerstan GRÜNE 5628
Robert Bläsing FDP 5630
Norbert Hackbusch DIE LINKE 5631
Dr. Peter Tschentscher, Senator 5631

Beschlüsse

5632

Gemeinsamer Bericht des Stadtentwicklungsausschusses und des Umweltausschusses über die Drucksachen 20/8944 (Neufassung):

Windenergieanlagen in den Vier- und Marschlanden – Kompromiss mit den Vertrauensleuten des erfolgreichen Bürgerentscheids im Bezirk Bergedorf finden (Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU),
20/9486 (Neufassung): Energie-Campus verwirklichen und Bergedorfer Bürgerentscheid umsetzen (Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP),
20/9675: Mediation Windenergie Bergedorf (Antrag der GRÜNEN Fraktion),
20/9810: 133. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in Hamburg) und 117. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in Hamburg) (Senatsantrag) und
zum Thema:
Windenergie (Selbstbefassungsangelegenheit des Umweltausschusses)
– Drs 20/10117 –

5633

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und der LINKEN:

Energiewende jetzt – Ausbau der Windenergie voranbringen und Bürgerinteressen berücksichtigen		Lehrerbildung für die Grundschule	
– Drs 20/10268 –	5633	– Drs 20/9946 –	5654
Dr. Monika Schaal SPD	5633, 5644	Karin Prien CDU	5654
Birgit Stöver CDU	5635	Lars Holster SPD	5655
Jens Kerstan GRÜNE	5637, 5645	Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	5656
Dr. Kurt Duwe FDP	5638	Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	5656
Dora Heyenn DIE LINKE	5639	Dora Heyenn DIE LINKE	5657
Jutta Blankau, Senatorin	5640		
Dr. Andreas Dressel SPD	5642	Beschlüsse	5658
Dennis Gladiator CDU	5643		
Beschlüsse	5645	Antrag der GRÜNEN Fraktion:	
Antrag der SPD-Fraktion:		Jetzt das achtjährige Gymnasium neu gestalten – Schülerinnen und Schüler entlasten!	
Versorgung mit Arztpraxen in den Stadtteilen – Planung auf der Grundlage des Hamburger Morbiditätsatlases vorantreiben		– Drs 20/10135 –	5658
– Drs 20/10120 –	5646	dazu	
dazu		Antrag der SPD-Fraktion:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Klare Strukturen für eine geringere Belastung von Schülerinnen und Schülern an Hamburger Gymnasien	
Eine bessere ärztliche Versorgung gewährleisten		– Drs 20/10279 –	5658
– Drs 20/10207 –	5646	Beschlüsse	5658
Dr. Isabella Vértes-Schütter SPD	5646	Antrag der FDP-Fraktion:	
Birgit Stöver CDU	5647	Inklusion: Einzelfalldiagnostik wieder einführen	
Heidrun Schmitt GRÜNE	5648	– Drs 20/10126 –	5658
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	5649, 5653	Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	5658
Kersten Artus DIE LINKE	5650	Hildegard Jürgens SPD	5659
Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin	5651	Dr. Walter Scheuerl CDU	5660, 5660
Dr. Martin Schäfer SPD	5653	Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	5661
Beschlüsse	5653	Cansu Özdemir DIE LINKE	5662
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN:		Beschlüsse	5662
Änderung des Schulgesetzes für einen gesicherten Übergang von Klasse 4 auf 5 an Hamburgs Langformschulen		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 20/10114 –	5654	Zivilklausel einführen – Forschung an Hamburger Hochschulen ausschließlich zu zivilen Zwecken!	
Beschlüsse	5654	– Drs 20/10111 –	5663
Antrag der CDU-Fraktion:		dazu	

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

**Transparenz als Grundprinzip
in der Wissenschaft verankern
– Diskursplattformen für ethi-
sche Folgenabschätzung eta-
blieren**

– Drs 20/10266 –

5663

Beschluss

5663

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir gleich mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich Ihnen vorab mitteilen, dass die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats übereingekommen sind, den Bericht des Eingabenausschusses, Drucksache 20/10008, zu vertagen. Darüber hinaus hat die Fraktion DIE LINKE mitgeteilt, dass sie ihren Antrag aus Drucksache 20/10138, das ist TOP 72, zurückgenommen hat.

Dann kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GRÜNEN Fraktion

Zivilgesellschaftliche Solidarität zeigt: Hamburg will humane Flüchtlingspolitik – Winter-Abschiebestopp auf den Balkan ist ein notwendiger erster Schritt

von der FDP-Fraktion

Große Koalition, großes Risiko: SPD und CDU verfrühstücken Deutschlands und Hamburgs Zukunft

von der Fraktion DIE LINKE

Politikwechsel Fehlanzeige – Große Koalition verschärft soziale Spaltung auch in Hamburg!

von der SPD-Fraktion

Koalitionsvertrag in Berlin – auch ein Erfolg für Hamburg!

und von der CDU-Fraktion

Koalitionsvereinbarung in Berlin – Chancen für Hamburg nutzen

Es wird Sie nicht überraschen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Themen 2, 4 und 5 gemeinsam debattieren zu wollen. Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gebe noch andere Länder, in denen es im Winter kalt ist – so die Stellungnahme des Sprechers der Innenbehörde zum heutigen Pressethema einer Winterregelung für Roma und Sinti, die in die Balkanländer zurück sollen. Diese Äußerung bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau wie die Äußerung, die wir vor ein paar Monaten vom Bürgermeister hören konnten, dass Italien ein schönes Land sei. Sie fielen beide im Zusammen-

hang mit humaner Flüchtlingshilfe und sind völlig deplatziert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist nicht die Ebene, auf der ich dieses Thema diskutieren möchte. Ich halte mich eher an die Beschlüsse von verschiedenen Bundesländern – zum Beispiel Schleswig-Holstein –, die in ihrem Erlass für die Winterregelung eine Formulierung gefunden haben, die ich wesentlich angemessener finde: Die Rückkehr in Sicherheit und Würde sei nicht gesichert, und deswegen werde es aus Schleswig-Holstein keine Rückführung über den Winter geben. In diesem Ton sollten wir uns auch hier bewegen und diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Die Situation vor allem der Roma-Minderheiten im ehemaligen Jugoslawien ist wohl uns allen inzwischen bekannt. Diese Personengruppen sind nicht in das gesellschaftliche System eingebunden. Sie haben kaum Zugang zu Wohnungen oder zur Gesundheitsversorgung, auch nicht zur Arbeitsvermittlung, und an Bildungszugängen fehlt es ebenfalls. Natürlich ist es leicht zu sagen, dass die große Frage des Umgangs mit den Roma-Minderheiten im europäischen Raum mit Hamburg nichts zu tun habe und dass man sie in Hamburg nicht lösen könne. Einerseits ist das richtig und andererseits falsch, weil es schließlich immer wieder um eine politische Entscheidung zugunsten dieser Minderheiten geht. Genau an der Stelle und deswegen abgetrennt von der großen, breiten Diskussion gibt es schlicht einen einzigen Aspekt, bei dem Hamburg sehr wohl entscheidungsfähig ist und die Entscheidungskompetenz hat, die Bereitschaft jedoch nicht vorhanden zu sein scheint. Das komplexe Thema Roma bedarf an dieser Stelle eines einfachen Signals oder einer kleinen Geste, nämlich dass die von der Ausreisepflichtung beziehungsweise Abschiebung bedrohten Familien nicht in den Winter zurückgeschickt werden.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Die Zuständigkeit des Bundes und der Europäischen Union ist an dieser Stelle irrelevant. Die Menschen sind schlicht und einfach hier.

Es gibt in dieser Stadt eine Welle der Solidarität, die sich an vielen Stellen zugunsten von Flüchtlingen öffentlich äußert. Einerseits geht es um das Thema libysche Flüchtlinge, andererseits aber genauso darum, dass es mehr Plätze in der öffentlichen Unterbringung geben muss und wir mehr Platz für Flüchtlinge brauchen. Dazu hat sich in den letzten Monaten eine große Bereitschaft und Solidarität in fast allen Stadtteilen – man muss sogar sagen, in allen Stadtteilen – entwickelt. Es gibt Runde Tische und Familienpartnerschaften. In diesem Zusammenhang führt die öffentliche Berichterstattung darüber, dass Familien und dass Men-

(Antje Möller)

schen, die krank sind, in den Winter abgeschoben werden, und der Verweis auf Einzelfallentscheidungen im Eingabenausschuss oder in der Härtefallkommission als alleiniges Angebot für eine politische Lösung zu großen Irritationen. Das ist schlicht und einfach keine politische Lösung, weil sich dadurch das grundsätzliche Verhalten der Ausländerbehörde nicht ändert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Wenn wir darüber hinaus erleben, dass es durch den Senat eine Auszeichnung von Schülerinnen und Schülern gibt, die sich für Flüchtlinge einsetzen, dass sich der Senat selbst weit vor die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte stellt und seinen humanitären Blick auf die Welt darstellt und dass die SPD sogar zu Recht sagt, dass sie in den Koalitionsverhandlungen viel für die zukünftige Flüchtlingspolitik erreicht hat, dann macht uns das nicht davon frei, dass wir Menschen hier haben, die im Winter in höchster Not in ihren Herkunftsländern sind und jetzt eine Entscheidung zugunsten der Menschen aus den Balkanstaaten, die in dieser Stadt leben und keine unmittelbare Zukunft in ihrem Herkunftsland haben, brauchen. Deswegen plädiere ich dafür, sich über die Einzelfallentscheidung hinaus politisch zu verständigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht in der Tat darum, ein humanes Flüchtlingsrecht und einen humanen Umgang mit Flüchtlingen sicherzustellen. Das ist unserer Überzeugung nach in Hamburg gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt mit Stichtag 31. Oktober dieses Jahres 10 401 Plätze, davon 9351 in einer öffentlichen Unterkunft. Die Differenz ist in der Zentralen Erstaufnahme für Flüchtlinge, sodass die Flüchtlinge hier ein menschenwürdiges Leben entsprechend den Gesetzmäßigkeiten, die bei uns gelten, führen können. Der Senat hat seit November 2012 insgesamt 2651 Plätze zusätzlich geschaffen. Weitere 2730 solcher Plätze sind in Vorbereitung, und es ist bekannt, dass darüber hinaus noch einmal 1470 geschaffen werden müssen. Daran wurde und wird bisher erfolgreich gearbeitet, und das ist gut so und auch notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Alle Jahre wieder erreicht uns die Debatte eines kompletten Abschiebestopps für den Winter auf den Balkan. Frau Möller, damit wird nicht unbe-

dingt gemeint sein, nur auf den Balkan nicht abzuschieben. Wir haben hier zum Beispiel auch Flüchtlinge aus Moldawien und Tschetschenien, wo es im Winter mindestens genauso kalt ist, und man müsste sich überlegen, warum dorthin abgeschoben werden könnte und auf den Balkan nicht.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Andere machen es ja!)

Sie haben aber selbst speziell die Roma-Flüchtlinge angesprochen, denen es auf dem Balkan in den dortigen Ländern in der Tat nicht gut geht.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Ja, aber tun muss man etwas!)

Das ist ohne jeden Zweifel so, und es ist uns bekannt.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Ja, aber Sie tun nichts!)

Es ändert aber nichts daran, dass im Einzelfall auch Roma-Familien oder Mitglieder von Roma-Stämmen entsprechend den Gegebenheiten, die in jedem Einzelfall geprüft werden, ausgewiesen werden müssen. Wenn der Einzelfall nichts anderes möglich macht, müssen auch sie rückgeführt werden. Das geschieht von hier, wie Sie sagten, in Würde und Sicherheit.

(Beifall bei der SPD und Zurufe von den GRÜNEN)

Sie haben das Beispiel Schleswig-Holstein angeführt, und ich darf Sie an Niedersachsen erinnern, wo es nicht so gehandhabt wird.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Nur im Wahlkampf besprochen!)

Es wird dort genauso weitergeführt wie in Hamburg. Das ist auch angemessen, um Ungerechtigkeiten, die jede scheinbare Kollektivlösung mit sich bringt, nach Möglichkeit einzudämmen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen führt kein Weg daran vorbei, jeden einzelnen Fall im Hinblick auf die möglicherweise individuelle Notlage zu betrachten, um dann jederzeit sicherstellen zu können, dass jemand hierbleiben darf, wenn es notwendig ist. Wenn es aber aus persönlichen Umständen heraus nicht notwendig und geboten ist, dann gelten die Regelungen, die für alle gelten, und im Zweifel muss abgeschoben und rückgeführt werden. Sie sind ja damit einverstanden, dass das in den Sommermonaten geschehen kann,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Nein!)

Frau Möller, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

(*Antje Möller GRÜNE:* Das ist doch albern, Herr Schäfer! Was ist das für ein Niveau!)

(Dr. Martin Schäfer)

Und wenn Sie einen Abschiebestopp nur für die Wintermonate fordern, dann schließt das ein, dass Sie grundsätzlich einsehen, dass Rückführungen notwendig sein können. Dann müssen sie aber auch umgesetzt werden, wenn nicht individuelle Gründe entgegenstehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat das Wort Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das hat hier ein bisschen was von Jahreszeiten. Wir können Winter und Herbst danach definieren, wann bestimmte Debatten wiederkommen, und diese haben wir nicht erst einmal, sondern bereits zwei- oder dreimal geführt. Es gibt keine neuen Argumente, und deswegen werde ich mich bemühen, meine fünf Minuten nicht voll und ganz auszunutzen.

Für meine Fraktion will ich zum wiederholten Male deutlich machen, dass wir einem globalen, undifferenzierten Winter-Abschiebestopp nicht zustimmen werden. Ich bin voll und ganz der Meinung, dass wir humanitäre Lösungen dort brauchen, wo sie im Einzelfall geboten sind, sage aber auch ganz deutlich, dass Humanität nicht nur durch den Eingabenausschuss oder die Härtefallkommission ausgeübt werden kann. Ich gehe davon aus, dass jeder Entscheider in der Ausländerbehörde mit genauso viel Menschensachverstand ausgestattet ist,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Das ist aber sehr optimistisch!)

eine solche Entscheidung in dem Sinne zu treffen. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Frau Möller hat eben bereits darauf hingewiesen, was in Kiel passiert, und Herr Dr. Schäfer hat Niedersachsen erwähnt. Liebe Kollegen der GRÜNEN, man wird glaubwürdig, wenn man es dort, wo man Verantwortung trägt, auch richtig macht. In einem Bundesland in Deutschland regieren die GRÜNEN sogar: Baden-Württemberg. Nun fragen Sie einmal, was die Kollegen in Baden-Württemberg tun. Sie machen keinen solchen Abschiebestopp. Seien Sie mir nicht böse, aber daher finde ich Ihre Argumentation nicht sehr glaubwürdig. Wo Sie hätten handeln können, haben Sie es aus guten Gründen nicht getan.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Und in Schleswig-Holstein?)

Und deshalb sollten wir in Hamburg genauso verfahren.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Ritter hat jetzt das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe CDU, natürlich gehört dazu, dass man beleuchtet, was unter Schwarz-Grün im Winter passiert ist. Sich nun davon völlig freizusprechen und eine ganz andere Meinung zu haben, beurteile ich etwas zurückhaltend.

Wir sprechen heute über eine besondere Gepflogenheit in der Flüchtlingspolitik, die viele Landesregierungen jeder Couleur schon angewendet haben, und zwar den Weihnachts- beziehungsweise Winterabschiebestopp. Dieser war und ist Ausdruck des Respekts vor den schwierigen Lebensumständen vieler Flüchtlinge und nimmt den Gedanken des weihnachtlichen Friedens im Behördenhandeln auf; das ist aus unserer Sicht eine gute Sache. Hamburgs Innenbehörde sagt jedoch in diesem Jahr, dass diese Gepflogenheit nicht mehr anzuwenden sei, auch nicht gegenüber Asylsuchenden, die in den Balkan außerhalb der EU zurück sollen, oder in besonders schwierigen Fällen. Das ist planlos und herzlos. Planlos ist es, weil das Folgen der verschlafenen SPD-Flüchtlingspolitik sind, die im letzten Winter monatelang den wachsenden Zustrom verschlafen hat.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Wer hat denn bis vor Kurzem regiert?)

Dann haben Sie hektisch nach Unterkünften wie Vollzugsmöglichkeiten nach geltendem Asylrecht gesucht, und nun ist der Winter plötzlich wieder da, die Unterkünfte sind überbelegt und der Zustrom reißt nicht ab. So wird, liebe SPD-Fraktion, aus Planlosigkeit Herzlosigkeit. Mangels Vorsorge kippen Sie einfach den vorweihnachtlichen Abschiebestopp. Wie man aus Kreisen der Innenbehörde hört, wird dieser seit Jahren praktiziert und dieses Jahr nun nicht mehr. Das ist herzloses Regieren und hat mit Sozialdemokratie nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Bist du eigentlich im Innenausschuss?)

Das hat weder mit dem Wir noch mit der Fürsorge für Menschen zu tun, sondern ist kaltherziges Ergebnis schlechter Planungen. Sie sollten damit aufhören, stattdessen mit vernünftigen Vorbereitungen der Flüchtlingspolitik beginnen und vor allem bei der Kapazität der Unterkünfte tätig werden.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Das war komplett falsch!)

Präsidentin Carola Veit: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder

(Christiane Schneider)

führen wir diese Diskussion – das ist leider nötig. Alle Jahre wieder müssen wir uns streiten, ob schutzbedürftige Menschen während des Winters nach Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, in den Kosovo und nach Albanien abgeschoben werden dürfen oder nicht, und zwar in Obdachlosigkeit, eiskalte Papphäuser oder nicht heizbare Baracken. In der "taz" wird heute der Sprecher der Innenbehörde mit den Worten zitiert, dass es keine neuen Argumente gebe, von der bisherigen Linie abzuweichen. Tatsache ist jedoch, dass es kein einziges Argument für die Abschiebung von Schutzbedürftigen in Kälte und Not gibt.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Das weiß der Senat selbst, denn obwohl die Bürgerschaftsmehrheit im Winter 2011/2012 einen entsprechenden Antrag der damaligen GAL abgelehnt hatte,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, eben!)

hat der Senat damals stillschweigend die Winterabschiebung gestoppt. Das handhaben Senat und Ausländerbehörde in diesem Jahr anders. Sie schrecken nicht davor zurück, Familien mit Kindern – auch mit kleinen Kindern –, Alleinerziehende mit Kindern und andere vulnerable Personengruppen in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens abzuschieben, obwohl alle Beteiligten wissen, dass diese Menschen als Roma – denn es geht hier vor allem um Roma – nahezu schutzlos der eisigen Kälte und dem Hunger ausgesetzt werden. Die Ausländerbehörde schreckt nicht einmal davor zurück, Familien zu trennen. Gestern wurde ich von Unterstützern einer Roma-Familie angerufen. Während der Vater im Krankenhaus liegt, wurden seine Frau und seine vier Kinder, darunter 14 Monate alte Zwillinge, nachts um 4 Uhr aus der Wohnung geholt und nach Hannover verfrachtet, wo sie in den Flieger gesetzt und ins Nichts abgeschoben werden sollten. Vielen Dank an den SPD-Kollegen, dass diese Abschiebung in letzter Minute verhindert wurde.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Dass sie von der Ausländerbehörde aber überhaupt eingeleitet wurde, zeigt, dass sich in dieser Behörde und an der Flüchtlingspolitik des Senats gründlich etwas ändern muss.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei Finn-Ole Ritter FDP)

Mit der Abschiebung von besonders schutzwürdigen Personengruppen, von Familien, Kranken und Pflegebedürftigen in Eiseskälte setzen Sie Gesundheit und Leben von Menschen aufs Spiel. Die Situation in den Balkanländern ist nicht besser, sondern schlimmer als vor zwei Jahren.

Vor wenigen Tagen berichtete die "Deutsche Welle", dass der Westbalkan die ganze Wucht der Wirtschafts- und Finanzkrise der Europäischen

Union zu spüren bekommt, und zwar wegen der Verflechtung mit der EU. Er verzeichnet, so die "Deutsche Welle", ein negatives Wachstum, und die Armut der Bevölkerung nehme dramatische Ausmaße an. Betroffen sind nicht nur, aber in allererster Linie die Roma-Minderheiten.

Vier Bundesländer, das wurde gesagt, haben einen Winterabschiebestopp verhängt. Sie sind der Auffassung, dass die Abschiebung während des Winters die Betroffenen in eine unerträgliche Situation bringt, in der sie extrem gefährdet sind. Warum diese Gefährdung nur für Flüchtlinge gelten soll, die in Schleswig-Holstein, Bremen, Rheinland-Pfalz oder Mecklenburg-Vorpommern untergebracht sind, müssen Sie erklären. Die Europäische Menschenrechtskonvention gilt für alle. Stoppen Sie die Abschiebung wenigstens im Winter. Das ist unverzichtbar und wäre ein erster Schritt zu einer humaneren Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Die GRÜNEN haben mit der Anmeldung dieses Themas recht. Die zivilgesellschaftliche Solidarität nicht nur mit den Lampedusa-Flüchtlings, sondern mit allen Flüchtlingen, die hier in Hamburg Schutz suchen, ist überwältigend. Morgen werden viele Hamburger Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit

(Juliane Timmermann SPD: Das ist das Allerletzte!)

für die Rechte der Flüchtlinge und eine solidarische Flüchtlingspolitik mit viel Zivilcourage auf die Straße gehen. Diese politische Solidaritätsbewegung ist kraftvoll, dauert an, wird so schnell nicht kleinzukriegen sein und lässt sich nicht auf einige Szeneviertel beschränken. Sie ist ein Faktor, den Sie sowohl in die konkreten Auseinandersetzungen um die Rechte einzelner Flüchtlinge und Flüchtlingsgruppen als auch in die Diskussionen über eine andere, solidarische, den Menschenrechten der Flüchtlinge Rechnung tragende Flüchtlingspolitik einbeziehen müssen.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Senator Neumann.

Senator Michael Neumann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland und Hamburg leisten bei der Aufnahme von Flüchtlingen Erhebliches. Gerade in diesem Monat haben wir mehr als 1200 Menschen in der Hamburger Zentralen Erstaufnahme untergebracht. Das ist eine große Herausforderung, die solidarisch von den Hamburgerinnen und Hamburgern geschultert wird.

(Beifall bei der SPD)

(Senator Michael Neumann)

Besonders wichtig ist mir, dass dies auch an Standorten gemeistert wird, die nicht immer den Beifall der Anwohnerinnen und Anwohner finden. Wir wissen, dass man in anderen Städten anders reagiert, und es macht stolz, wie Hamburg damit umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Einwohner-Zentralamts und den Kolleginnen und Kollegen von "fördern und wohnen", aber auch den Anwohnerinnen und Anwohnern dafür danken. Die Situation vor Ort ist nicht immer leicht zu lösen, aber Hamburg zeigt sich in dieser Frage mehr als solidarisch.

(Beifall bei der SPD)

Diese solidarische Haltung ist auch diejenige des Hamburger Senats. So bauen wir beispielsweise die Unterbringungsplätze in den sogenannten Folgeeinrichtungen massiv aus; die Zahlen sind gerade vom Abgeordneten Schäfer genannt worden. Die Sozial- und Innenbehörde arbeiten Hand in Hand zusammen und das ausdrücklich mit Unterstützung der Bürgerschaft, insbesondere der Haushaltsbeschlüsse. Dafür möchte ich noch einmal Dank sagen. Was wir an Solidarität und Haltung entwickelt haben, braucht auch finanzielle Hinterlegungen, und die Bürgerschaft hat das Geld zur Verfügung gestellt; dafür auch an dieser Stelle noch einmal danke.

(Beifall bei der SPD)

Das wird vor Ort geleistet und zeigt den solidarischen Ansatz, den Hamburg in der Flüchtlingspolitik verfolgt, aber wir streiten auch in der Bundespolitik für Veränderungen. So habe ich im Rahmen der Innenministerkonferenz massiv dafür geworben, beispielsweise die Aufnahme syrischer Flüchtlinge erheblich auszuweiten, obwohl ich weiß, welche Herausforderungen in der Unterbringung dies für unsere Stadt bedeuten würde. Ich war mir mit meinen Länderkollegen darin einig, dass die Aufnahme von lediglich 5000 Syrern im Angesicht der Verfolgung und des Krieges in dieser Region ein unangebracht kleiner Beitrag ist, wenn man sich anschaut, was unsere türkischen Freunde oder auch Jordanien hier leisten.

(Beifall bei der SPD)

Durchsetzen konnte ich mich mit meinem Vorschlag der Vervielfachung leider nicht, aber immerhin stimmten die Kollegen von CDU und CSU einer vorläufigen Verdoppelung zu – wenn auch aus meiner Sicht eine zu geringe Zahl –, um mehr Menschen eine Perspektive und Sicherheit in Deutschland zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Hamburg also bereit ist, seinen solidarischen Beitrag zu leisten, Menschen auf der Flucht

und in Not zu helfen, dann muss auch klar sein, dass Menschen, die nach rechtlicher und zum Teil auch parlamentarischer Überprüfung keine legale Bleibeperspektive haben, in ihre Heimat zurückkehren müssen. Deshalb sieht das bundesrechtlich geregelte Aufenthaltsrecht Abschiebungen unter bestimmten Voraussetzungen vor. Das macht auch deshalb Sinn, da wir für die Menschen, die ein Bleiberecht zugesprochen bekommen haben oder sich noch im Verfahren befinden, angemessene Unterbringungsmöglichkeiten, medizinische und sonstige Versorgung sicherstellen wollen. Die immer wieder erhobene Forderung nach pauschalen Ausnahmen für bestimmte Jahreszeiten oder Herkunftsregionen ist so weder im Gesetz vorgesehen, noch halte ich sie persönlich politisch für richtig.

(Tim Golke DIE LINKE: Aber ein Akt der Menschlichkeit!)

Jeder Rückführung gehen rechtsstaatliche Verfahren und meist auch Überprüfungen durch unabhängige Gerichte und unseren Eingabenausschuss sowie teilweise auch der Härtefallkommission voraus. In vielen dieser Verfahren stellen die dafür verantwortlichen Behörden, Gerichte, aber auch Abgeordneten einen konkreten Schutzbedarf fest, vor allem bei Schutzsuchenden aus Syrien oder Afghanistan, Iran oder Irak.

Frau Schneider, ich will es so deutlich sagen: Niemand, der schutzbedürftig ist, wird aus Deutschland zurückgeführt.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Christiane Schneider DIE LINKE: Kleine Kinder!)

Genauso selbstverständlich, wie es ist, Menschen den gebotenen Schutz zu gewähren, wenn sie anerkannt sind und wenn sie ihn brauchen, so selbstverständlich sollte es auch sein zu respektieren, den Schutzbedarf nicht zu gewähren, wenn kein entsprechender Bedarf vorliegt. Ein jahreszeitenbedingter Abschiebestopp exklusiv für die Balkanstaaten wäre im Übrigen für die Ausreisepflichtigen aus anderen, vergleichbaren Herkunftsregionen, etwa dem Kaukasus oder der Osttürkei, willkürlich und den Menschen nicht zu erklären.

Speziell für die Balkanregion und manche Minderheiten dort ist das Bemühen mit erheblichen EU-Programmen und Steuermitteln nicht zuletzt darauf gerichtet, die Integrationsprozesse und Lebensbedingungen der betroffenen Menschen vor Ort zu verbessern, insbesondere durch Bildungsangebote für Kinder. Auch aus Sicht der vor Ort tätigen Hilfsorganisationen und NGOs ist es ausgesprochen kontraproduktiv, die Familien durch temporäre Aufenthaltsangebote in Deutschland aus diesen Integrationsprozessen herauszulocken, sodass sie weder in Deutschland noch in anderen Herkunftsländern wirklich Fuß fassen können. Mit einem solchen pauschalen Winterabschiebestopp, wie er

(Senator Michael Neumann)

auch heute wieder gefordert wird, werden Hoffnungen geschürt, sich für die Wintermonate nach Deutschland zu begeben, auch wenn im Übrigen Klarheit besteht, dass daraus niemals eine klare, verlässliche und dauerhafte Aufenthaltsperspektive entstehen wird. Auch aus diesem Grunde wird es in Hamburg wie in den letzten Jahren – Herr Ritter, Sie haben offensichtlich einiges missverstanden – keinen generellen Winterabschiebestopp geben, sondern wir werden, wie es geübte Praxis unserer Stadt ist, jeden Einzelfall mit besonderer Aufmerksamkeit anschauen und entscheiden, ob und wann eine Rückführung zumutbar ist oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist das aus meiner Sicht erstens eine Selbstverständlichkeit für eine demokratische, rechtsstaatliche und der Menschenwürde verpflichteten Verwaltung und Politik, und zweitens gilt dies für alle Flüchtlinge in unserer Stadt und nicht nur exklusiv für diejenigen aus den Balkanstaaten.

(Beifall bei der SPD)

Auch das will ich noch einmal deutlich sagen, und zwar nicht als Provokation: Im Winter ist es in vielen Regionen kalt und die Lebensbedingungen sind äußerst schwer. Deswegen ist es wichtig, sich jeden Einzelfall anzuschauen und nicht alle über einen Kamm zu scheren. Das machen wir in individuellen Einzelfallprüfungen, so, wie wir es in den letzten Jahren auch gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Christiane Schneider*
DIE LINKE: Aber ist Ihnen denn die Situation der Roma bekannt?)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Frau Goetsch das Wort.

Christa Goetsch GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Neumann, es ist schon traurig, dass Sie mit Ihrem Zynismus Ihren Pressesprecher noch toppen. "Hamburg will humane Flüchtlingspolitik", das ist der Titel unserer Anmeldung mit dem speziellen Thema des Winterabschiebestopps für die Roma. Ich finde, dass ein bisschen mehr Demut angesagt ist, sowohl bei Ihnen, Herr Neumann, als auch bei Herrn Schäfer. Wenn das eine humane Flüchtlingspolitik ist, dass man mehrfach vergewaltigte und traumatisierte Mütter getrennt von ihren Kindern abschiebt, dann frage ich mich, was das noch mit Sozialdemokratie zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Und Sie, Herr Neumann, erzählen, wie toll die Hamburger Politik mit ihren Unterkünften sei. Das ist eine rechtliche Verpflichtung, das ist keine Humanität, das ist Selbstverständlichkeit. Es geht um die politische Haltung und politische Ansagen. Der

Hamburger Senat und die Ausländerbehörde verstricken sich penibel technokratisch – Herr Ritter hat gesagt, es werde dann letztendlich eine herzlose Politik – in die Paragrafen, indem sie ausschließlich immer restriktiv argumentieren. Dabei geht es doch nicht darum, Rechtsstaatlichkeit zu unterlaufen, sondern es geht um Humanität, es geht um Ermessensspielräume.

An dieser Stelle muss ich sagen, dass ich nach zehnjähriger Pause – ich bin 2000 aus dem Eingabenausschuss ausgeschieden – im Januar 2011 wieder in den Eingabenausschuss eingetreten bin und sich nichts verbessert hat, es ist sogar schlimmer geworden. Wir haben damals unter Rot-Grün darum gerungen, dass die Familien nicht in der Nacht abgeschoben werden. Wir haben darum gerungen, dass die Familien nicht getrennt abgeschoben werden

(*Olaf Ohlsen* CDU: Unter Schwarz-Grün nicht, oder was?)

und dass sie nicht vor 6 Uhr abgeholt werden. Und jetzt sind wir wieder an einem Punkt, wo all das passiert. Herr Neumann, Sie haben gestern Abend in einer Veranstaltung Menschlichkeit eingefordert, um für sich selbst klar zu sein, um handeln zu können und die Aufgaben des Staates gemeinsam zu gestalten. Das sind schöne Worte, aber es fehlt die politische Ansage an die Ausländerbehörde. Es fehlt die politische Haltung und es fehlt der politische Mut.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Und das fehlt auch dem Präses dieses Senats, Herrn Scholz. Sie als Bürgermeister haben Richtlinienkompetenz, aber Sie machen keine politische Ansage in Sachen Flüchtlinge, Sie schütteln vielleicht gerade noch Kindern die Hand. Selbst in Ihren eigenen Reihen werden Sie abgestraft. Schauen Sie sich Ihr Parteitagsergebnis an, das lag unter anderem an der Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Herr Münster, ich weiß nicht, ob Sie gestern Abend Markus Lanz gesehen haben, der fragte, wo die Sozialdemokratie geblieben ist. Uwe-Karsten Heye, ehemaliger Pressesprecher von Willy Brandt, hat die fehlende Humanität in der Flüchtlingspolitik der SPD angemahnt. Deshalb sind wir froh, dass es wenigstens Hamburger Schülerinnen und Schüler gibt, die aufstehen. Kommen Sie bloß nicht damit, dass das Schwänzen sei.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es ist doch klar, dass man dann hinnimmt, unentschuldig zu fehlen. Seien wir doch froh, dass es so viele bürgerliche Hamburgerinnen und Hamburger gibt, die von Lokstedt bis Bergstedt Solidaritätskreise für Flüchtlinge gründen,

(Christa Goetsch)

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja! Das sind Sozialdemokraten, die das gründen!)

aber dann irritiert sind, lieber Herr Dressel, wenn plötzlich am anderen Tag Familien nicht mehr da sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Sie können doch nicht als politisch Verantwortliche für diese Stadt angesichts dieser Menschen und unserer Stadt Hamburg wegschauen. Ich habe die Mütter schon genannt oder den Christen heute, der nach 22 Jahren abgeschoben werden soll, oder Roma-Familien mit kleinsten Kindern, die abgeschoben werden. Ich weiß, dass wir im Eingabenausschuss darum ringen. Ich bin auch dankbar, Herr Schumacher, dass Sie die eine Abschiebung verhindert haben.

Aber unterm Strich ist das keine humane Flüchtlingspolitik. Es entscheidet leider immer noch oft die Ausländerbehörde allein, und die politische Ansage vom Präses und vom Senator fehlt. Damit tragen Sie die Verantwortung und auch schwere Schuld. – Danke.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war schon beachtlich, wie Sie sich verbal noch einmal betätigt haben, Frau Goetsch. Ich finde, dass das bei den Bemühungen, die in den letzten Jahren in der Flüchtlingspolitik in Hamburg an sehr vielen Stellen getätigt worden sind, nichts mit dem zu tun hatte, was Sie sagten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von *Tim Golke* und *Mehmet Yildiz*, beide **DIE LINKE**)

– Sie können sich auch gleich melden.

Der Senator hat selbst ausgeführt, dass humanitäre und rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik bedeutet, dass man sich jedem Einzelfall zuwendet.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Das ist Ihre Politik, das war nicht die Politik der Vorgängersenate!)

Man muss genau schauen, ob Gründe dafür vorliegen, dass ein Bleiberecht besteht oder nicht. Das gilt in diesem Fall, das gilt bei der Lampedusa-Gruppe und das gilt bei allen anderen Fällen. Das ist das Recht, und es ist richtig in einem Rechtsstaat, sich jeden Einzelfall anzusehen; das ist humanitär und rechtsstaatlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP* – *Jens Kerstan GRÜNE*: Das ist technokratische Unmenschlichkeit!)

Dann sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen, was in den letzten drei Jahren geleistet wurde. Sie haben wohl nicht genau zugehört, als Herr Schäfer noch einmal ausgeführt hat, dass seit November 2012 insgesamt 2651 neue Plätze in der öffentlich-rechtlichen Unterkunft und bei der Erstaufnahme geschaffen worden sind. Wenn Sie das, Frau Goetsch, als Selbstverständlichkeit darstellen, dann schauen Sie sich doch in der Stadt um, wie schwierig es ist, das an vielen Stellen durchzusetzen

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Da sind wir doch beteiligt!)

gegen Kommunalpolitiker und nörgelnde Anwohner. Das haben wir geschafft, gemeinsam mit der Stadt.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Wir auch!)

Das ist ein riesiger Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr dankbar, Frau Goetsch, dass Sie die Freundeskreise angesprochen haben. Es sind nämlich in der Regel Sozialdemokraten, die vor Ort diese Freundeskreise mit gründen, deshalb brauchen wir uns in diesem Bereich nicht zu verstecken.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN: Oh, oh!)

Schauen Sie sich einmal das Integrationskonzept an. Wer hat denn dafür gesorgt, dass Flüchtlinge in das Integrationskonzept aufgenommen wurden?

(Zurufe von *Norbert Hackbusch* und *Mehmet Yildiz*, beide **DIE LINKE**)

Das war nicht Ihr Senat, an dem Sie beteiligt waren, sondern es war dieser Senat, der dafür gesorgt hat, dass Flüchtlinge ins Integrationskonzept aufgenommen werden. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Residenzpflicht ist ein Thema, das wir immer wieder diskutiert haben.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Ist doch immer noch da!)

Sie haben es während Ihrer Regierungszeit nicht geschafft, die Residenzpflicht zu lockern und bestimmte Ausnahmen zu schaffen. Wer hat es geschafft? Es war dieser Senat. Wir brauchen keine Nachhilfe.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Andreas Dressel)

Auf das Thema der Syrer ist der Senat doch schon eingegangen, nämlich dass er in der Innenministerkonferenz für eine Vervierfachung plädiert hat.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Was hat denn der Bürgermeister dazu gesagt?)

Herausgekommen ist immerhin eine Verdoppelung. Auch das ist ein Erfolg dieses Senats, auf Bundesebene für Rechtsstaatlichkeit und Humanität einzutreten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden gleich noch zum Koalitionsvertrag kommen, denn gerade im Bereich der Ausländer- und Integrationspolitik trägt er eine Hamburger Handschrift. Wer ist es gewesen, der dafür gesorgt hat, dass es ein Bleiberecht für langjährig Geduldete gibt, für gut integrierte Jugendliche? Das haben wir mit durchgesetzt und darauf ist die SPD stolz.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich eine Mahnung an uns alle richten.

(Jens Kerstan GRÜNE: Nach 22 Jahren wollten Sie die abschieben! – Gegenruf von Dr. Martin Schäfer SPD: Sie haben gar nichts gemacht!)

Das Entscheidende ist doch, lieber Jens Kerstan, dass man in einem Rechtsstaat dafür sorgen muss, dass Gesetze geändert werden. Gesetze macht in diesem Fall der Deutsche Bundestag. Deshalb nützt es nichts, immer schöne Forderungen vom Balkon zu erheben, sondern man muss Gesetze in das Gesetzblatt schreiben. Genau dafür kämpfen wir, nämlich jetzt ein Bleiberecht im Rahmen der Möglichkeiten ins Gesetzblatt zu schreiben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN)

Abschließend noch ein Punkt. Ich möchte eine Mahnung an uns alle richten. Wir führen diese Diskussion in einer durchaus aufgeheizten Stimmung in der Stadt, auch mit Blick auf die Demonstration, die für den 21. Dezember angekündigt worden ist. Auch als SPD-Fraktion sind wir durchaus betroffen davon. Gerade gestern Abend hat ein Abgeordneter eine ekelerregende Droh-SMS bekommen, die auch in diesem Zusammenhang steht. Wir sollten alle gut daran tun, dass wir uns zwar streiten, aber es muss gleichzeitig klar sein, dass wir alle miteinander eine klare Grenze ziehen gegen Gewalt und verbale Gewalt. Wir müssen die Meinungsverschiedenheiten austragen und eine klare Grenze ziehen.

(Jens Kerstan GRÜNE: Das haben wir doch alles schon getan!)

Das sind wir gemeinsam der Diskussion in der Stadt schuldig.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat das Wort jetzt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Dressel, Sie haben, ebenso wie vorher Herr Schäfer – von Herrn Neumann will ich gar nicht erst reden – das eine gegen das andere ausgespielt. Sie sagen, der Senat mache viel; da stimme ich in gewisser Weise zu. Das ist eine große Herausforderung, das wissen wir alle, und ohne die Solidarität von so vielen Menschen würde das auch nicht gelingen. Was sich von Lokstedt bis Bergstedt tut – hier hatte ich gerade eine sehr interessante Veranstaltung mit sehr bürgerlichen Menschen, die hochinteressiert an der Flüchtlingspolitik waren –, ist wirklich großartig, und das ist ein Schatz in unserer Stadt, den wir hüten müssen.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Aber wir können doch nicht sagen, weil wir das tun, haben wir das Recht, andere abzuschieben

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sind zwei Seiten einer Medaille!)

– Sie haben das gesagt, ich habe es nicht gesagt –, und zwar in eine schutzlose Situation.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Sie können mir jetzt gern eine Frage stellen, aber Ihre Zwischenrufe verstehe ich einfach nicht.

Sie spielen etwas Zweites aus, indem Sie sagen, es müsse Einzelfallprüfungen geben. Aber was Sie meinen, ist, dass angesichts von Minderheiten, und zwar von großen Minderheiten in Europa, die auf eine furchtbare Weise diskriminiert werden, uns das nichts angehe. Und ich sage Ihnen: Das geht uns etwas an.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Sie können die Diskriminierung von Minderheiten wie den Roma in allen Ländern des Balkans nicht ausspielen, indem Sie sagen, dass Sie nur die Einzelfälle prüfen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es gibt ja auch gruppenbezogene Abschiebungen!)

Die typische Argumentation ist, da es doch allen Roma so schlecht gehe, könne man da leider nichts machen. Ich finde, das gehört sich nicht.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas zu der Aufnahme von Syrern sagen. Ich bin mir noch nicht ganz im Klaren darüber, was da stattfindet. Es ist gut, dass Sie fordern, das Kontingent zu erhöhen, aber ich finde es

(Christiane Schneider)

katastrophal – ich las es auch in einer Pressemitteilung von PRO ASYL –, dass alle Landesregierungen die Sicherung des Lebensunterhalts durch in Deutschland lebende Angehörige fordern. Bei der Aufnahme von zusätzlichen Syrern zu fordern, dass die Angehörigen den Lebensunterhalt sichern, bedeutet, dass die Armen aus Syrien keinerlei Chance haben. Nur wer schon wirklich sehr wohlhabende Angehörige in Deutschland hat, der kann dann hier aufgenommen werden. Auch das ist eine Art von Einzelfallprüfung, die nicht geht.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat noch einmal Frau Möller das Wort.

Antje Möller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, verehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich glaube, Sie müssen sich einigen. Führen wir, wie die SPD es eben beschrieben hat, lediglich, weil am 21. Dezember eine Demonstration angekündigt ist, diese Debatte, oder führen wir sie, wie Herr van Vormizeele gesagt hat, jedes Jahr und es sei immer das Gleiche und gäbe keinen Anlass? Das eine wie das andere Argument ist dermaßen absurd, dass es der Notsituation, in der sich diese Menschen befinden, nicht angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es gibt noch etwas ganz anderes, nämlich die Idee, Flüchtlingspolitik so zu gestalten, dass der eine Teil offen diskutiert wird und immer wieder darüber geredet wird

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja! Darauf sind wir stolz!)

– ich bin der Kollegin Goetsch dankbar, dass sie von Demut geredet hat –, dass man sich bemüht, Menschen unterzubringen. Sie wollen Bleiberechtsänderungen, das diskutieren Sie öffentlich. Aber den Rest der Flüchtlingspolitik versuchen Sie, klandestine zu betreiben, und das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es kann nicht sein, dass man für eine große Gruppe von Menschen, die sich in Europa bewegen – ich habe das eben schon skizziert, das kann man schwer in fünf Minuten im Detail besprechen – und für die auch aus Hamburg nicht die angebotenen EU-Förderprogramme abgerufen worden sind, plötzlich sagt, es könne nur individuelle Einzelfallprüfungen geben, wenn selbst das Bundesland inzwischen standardisierte Texte für die Ablehnung von Asylanträgen formuliert. Das ist politisch nicht verträglich,

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

und Hamburg ist in der Zuständigkeit dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Damit einher geht die Aufgabe, die besonders schutzbedürftigen Gruppen, die auch EU-rechtlich definiert sind, tatsächlich auch bei uns zu schützen. Ich habe vorhin gesagt, es sei eine ganz kleine Geste, den Menschen, die aus den bekannten Ländern des ehemaligen Jugoslawien zu uns kommen, die dort zu den Minderheiten gehören und in der Regel Roma sind, einen jahreszeitlichen Schutz zu bieten. Das hat nichts damit zu tun, ob sie im Sommer bessere Chancen haben, wenn sie zurückkehren, sondern jetzt im Winter sind die Überlebenschancen fatal. Darum brauchen wir eine Lösung aus humanitären Gründen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Damit einher geht keine große politische Linie, sondern es ist schlicht eine humanitäre Entscheidung, die uns gut anstände.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zum zweiten, vierten und fünften Thema, angemeldet von der FDP-, der SPD- und der CDU-Fraktion: Koalitionsvertrag in Berlin.

Große Koalition, großes Risiko: SPD und CDU verfrühstücken Deutschlands und Hamburgs Zukunft

Koalitionsvertrag in Berlin – auch ein Erfolg für Hamburg!

Koalitionsvereinbarung in Berlin – Chancen für Hamburg nutzen

Das Wort hat Frau Suding.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Große Koalition, großes Risiko, kein Fortschritt. So lautet die ernüchternde erste Bilanz beim Blick auf den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD im Bund.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Sie sind doch bloß neidisch!)

Der vorliegende Vertrag gibt falsche oder auch gar keine Antworten auf drängende Fragen und Herausforderungen, die vor uns liegen. Stattdessen erleben wir Gefälligkeitspolitik statt notwendiger Ausgabendisziplin,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Gefälligkeitspflicht!)

Bürokratisierung statt Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Law and Order statt Schutz der Bürgerrechte. Die Große Koalition greift tief in die politische Mottenkiste und verschafft politischen Rezepten der Vergangenheit eine Renaissance.

(Katja Suding)

Was Deutschland aber braucht, ist eine Politik, die Chancen für alle Menschen erarbeitet anstatt sie zu verbauen.

(Beifall bei der FDP)

Und was Deutschland braucht, ist eine Politik, die Gefahren für die Freiheiten in unserem Land abwehrt anstatt sie einzuschränken. Was Deutschland braucht, ist eine Politik, die dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft folgt anstatt die Innovationskraft durch überbordende Bürokratie abzuwürgen.

(Zurufe von der SPD)

Ich will ganz konkret auf einige Punkte eingehen. Wichtige und zentrale Fragen der Generationengerechtigkeit werden von Schwarz-Rot ignoriert, wie die Rentenpolitik zeigt. Bei allem Verständnis für die individuelle Situation der Betroffenen, aber mit der Mütterrente und der Rente ab 63 Jahren wurden ohne Not riesige neue Belastungen für das ohnehin angespannte Rentensystem geschaffen. Die Verantwortung für nachfolgende Generationen verbietet es, den Renten- und Pflegekassen immer neue Ausgabenlasten aufzuerlegen. Politik darf nur versprechen, was sie bezahlen kann, und das kann sie auf Dauer nicht bezahlen.

(Beifall bei der FDP)

Gerade die CDU rühmt sich doch damit, Steuererhöhungen verhindert zu haben. Doch das stimmt nicht, das Gegenteil ist der Fall. Im Koalitionsvertrag findet sich kein einziges Wort dazu, die kalte Progression abzumildern. Bis zum Jahr 2017 werden den Menschen damit klammheimlich 17,5 Milliarden Euro aus der Tasche gezogen, und betroffen sind vor allen Dingen die Arbeitnehmer in Deutschland und in Hamburg, die nicht so viel verdienen.

(Urs Tabbert SPD: Sie hatten vier Jahre Zeit, das zu ändern!)

Das ist die erste saftige Steuererhöhung für die Menschen in unserem Land, und wir werden nicht müde werden, auf diese schreiende Ungerechtigkeit hinzuweisen.

(Beifall bei der FDP)

Ein mehr als zweifelhafter Erfolg, für den sich die Spitze der SPD von ihren Genossen feiern lässt, ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. SPD und Union zerstören, was über Jahrzehnte in Deutschland hervorragend funktioniert hat, die Lohnfindung durch die Tarifparteien. Anstatt die bewährten Instrumente zu nutzen, wird der Arbeitsmarkt weiter reguliert. Seine Flexibilität, um die uns in der Krise ganz Europa beneidet, geht verloren, und der Jobeinstieg, gerade für die gering Qualifizierten, wird erschwert.

(Wolfgang Rose SPD: So ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren! Hamburg und Deutschland werden damit nicht sozialer, aber den sozial Schwachen wird das Leben damit schwerer gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Beeindruckend oder eher beängstigend war die Geschwindigkeit, mit der sich die Großkoalitionäre auf die Einführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung geeinigt haben. Gerade in Zeiten, in denen sich die Menschen zu Recht um die Überwachungsorgien der NSA sorgen, ist das absolut unsensibel. Unter Schwarz-Rot wird jeder zum Verdächtigen und muss damit rechnen, jederzeit vom Staat beobachtet zu werden. Aber wer damit rechnen muss, überwacht zu werden, der ist nicht mehr frei. Wir wollen aber nicht unter Generalverdacht gestellt werden, der uns unfrei macht. Wir fordern deshalb von SPD und CDU mehr Respekt vor der Privatsphäre der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der FDP)

Eine der zentralen Grundlagen für Entfaltungs- und Entwicklungschancen ist die Bildung. Wir sind uns alle einig, dass gute Bildung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Es ist deshalb ein Skandal, dass sich CDU, CSU und SPD von der Prioritätensetzung "Vorrang für Bildung" verabschiedet haben. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Maßnahmen sind, wenn man es wohlwollend formuliert, mutlos. Von den vollmundigen Ankündigungen bei der Verbesserung der Kindertageseinrichtungen, einer besseren Hochschulfinanzierung oder des BAföG sind nichts als Sprechblasen geblieben.

Meine Damen und Herren! Die Große Koalition übt sich im Verteilen teurer Wahlgeschenke, statt die Menschen in die Lage zu versetzen, für sich und ihre Familien Verantwortung zu übernehmen. Der von der Großen Koalition eingeschlagene Weg wird die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und damit auch Hamburgs schwerwiegend gefährden. Gerade die Wirtschaftsmetropole Hamburg wird von diesem Wunschkonzert einer großen Schuldenkoalition sicher nicht profitieren. Dieser Vertrag wird Deutschlands Zukunft nicht gestalten, er wird sie verspielen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Suding, wenn Sie so weitermachen, wird es wohl noch sehr lange dauern, bis die FDP wieder in den Deutschen Bundestag einzieht.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

(Dr. Andreas Dressel)

Das Beste an der Rede fand ich, dass eine FDP-Politikerin das Wort "Gefälligkeitspolitik" in den Mund genommen hat; das fällt auf die FDP zurück.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Unser Maßstab waren Verbesserungen für die Menschen in Deutschland. Und wer sich das Papier durchliest, der wird an sehr vielen Stellen sehen, dass es konkrete Verbesserungen für die Menschen gibt, und deshalb ist es ein guter Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

– Offenbar hat der Kollege Hackbusch den Vertrag noch nicht gelesen.

Weil wir jetzt in der Hamburgischen Bürgerschaft sind und nicht im Deutschen Bundestag, will ich noch einmal auf die Punkte eingehen, die für Hamburg konkret relevant sind; das lässt sich an sehr vielen Stellen genau ablesen.

Zum einen – und da muss man dem Senat ein großes Kompliment machen – ist an vielen Stellen die Handschrift Hamburgs und der Hamburger Senatsmitglieder in diesem Papier erkennbar, und das hat diesem Vertrag erkennbar gutgetan.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind nun kein sehr großes Bundesland, aber dass wir es als kleines Bundesland geschafft haben, in der Arbeitsgruppe Finanzpolitik, in den Arbeitsgruppen Soziales, Gesundheit, Wohnen und Kultur durch vier Senatoren, den Bürgermeister und die Staatsräte ganz konkret etwas zu bewirken, ist nicht nur gut für Deutschland, sondern auch gut für die Menschen dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nicht zu allen einzelnen Fragen etwas sagen, das würde vermutlich ein bisschen zu lange dauern.

(Zuruf von *Jens Kerstan GRÜNE*)

– Nix Prüfaufträge, das ist ein schönes Stichwort.

Es gibt ein zusätzliches Volumen von 23 Milliarden Euro, und Sie sollten einmal genau nachsehen, was davon bei den Ländern ankommt. Die Eingliederungshilfe, die Zusagen im Bereich Bildung, die Zusagen bei der Städtebauförderung, bei der Infrastruktur und so weiter, das alles ist konkretes Geld für Investitionen auch in dieser Stadt. Und das ist ein Erfolg, den man auf jeden Fall erwähnen muss.

(Beifall bei der SPD)

Zum Beispiel der Bereich Gesundheit und Pflege. Ich glaube, es gab einmal eine Anfrage von der FDP, bei der gefragt wurde, wie viele Bundesratsinitiativen wir eigentlich gestellt hätten und warum

wir eigentlich so viel im Bundesrat machen würden. Gerade in dem Bereich kann man richtig gut ablesen, dass diese Hamburger Bundesratsinitiativen jetzt konkret in den Koalitionsvertrag eingebracht wurden, beispielsweise zum Präventionsgesetz oder zum Thema Korruption im Gesundheitswesen. Auch das sind ganz konkrete Verbesserungen für die Menschen in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Bereich Justiz: Die Bekämpfung der Haftkriminalität, eine Initiative von Frau Schiedek in der Justizministerkonferenz, und auch die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität sind ganz konkrete Punkte, ebenso die Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung; darüber haben wir übrigens einmal in der Bürgerschaft geredet. Gerade in diesem Bereich gibt es last, but not least jetzt eine konkrete, gesetzliche Geschlechterquote in den Aufsichtsräten. Es war die Hamburger Bundesratsinitiative, die dafür auch politisch den Weg gebahnt hat, und das ist deswegen ein großer Erfolg für diesen Senat.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, über den wir in jeder zweiten Bürgerschaftssitzung reden, ist der Bereich Wohnungspolitik. Was wir an konkreten Verbesserungen im Mietrecht erreicht haben, ist ein ganz großer Erfolg aus der stadtstaatlichen und großstädtischen Perspektive.

(Zuruf von *Tim Golke DIE LINKE*)

Und, da die GRÜNEN auch gleich sprechen werden, es war sogar ein Punkt, den die GRÜNEN hier mit eingebracht und den wir gemeinsam übernommen haben.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Genau, Kollege Tjarks, sogar grüne Handschrift findet sich an einer Stelle im Koalitionsvertrag, nämlich die Initiative "Wer bestellt, der bezahlt" bei den Maklerleistungen. Das kam von den GRÜNEN und wir haben es gemeinsam beschlossen. Auch das findet sich dort wieder. Das ist sogar ein Erfolg für die GRÜNEN, für die Stadt und die Mieterinnen und Mieter.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Es ist deshalb ein gelungener Koalitionsvertrag, der natürlich auch Kompromisse beinhaltet, keine Frage, aber ich glaube, es wird nach diesen vier Jahren den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und in Hamburg besser gehen. Das ist der Maßstab für die Sozialdemokraten, und deshalb werben wir um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Suding, ich möchte zunächst einmal sagen, dass ich das Ergebnis der Bundestagswahl in einem Punkt sehr bedauere, nämlich, dass die FDP es nicht geschafft hat. Wir hätten am liebsten die schwarz-gelbe Koalition fortgesetzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Es gehört jedoch natürlich dazu, den Wählerwillen zu akzeptieren. Und da sage ich ganz klar: Ich gehörte auch zu denen, die sich hätten vorstellen können, dass wir zu einer schwarz-grünen Zusammenarbeit im Bund gekommen wären. Aber die GRÜNEN selbst haben, möglicherweise verständlich vor dem Hintergrund ihres Wahlprogramms und ihres Ergebnisses, die Zeit dafür nicht für reif gehalten. Deshalb war es an den großen Parteien, Verantwortung zu übernehmen, dieses Wahlergebnis umzusetzen und Kompromisse zu schließen, auch wenn es länger dauert, wenn wir gründliche Absprachen gemacht haben, damit hinterher im Regierungsgeschäft die Zusammenarbeit klappt. Am Ende haben wir den Wählerauftrag erfüllt: Es gibt eine unionsgeführte Bundesregierung und Angela Merkel bleibt unsere Kanzlerin, so wie sich das die überwiegende Mehrheit der Deutschen gewünscht hat.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn die FDP in ihrer Anmeldung sagt, da werde die Zukunft Hamburgs verfrühstückt, oder wenn es bei den LINKEN heißt, wir verschärfen die soziale Spaltung, so ist das hanebüchen.

(Beifall bei *Dr. Andreas Dressel* SPD)

Ich glaube, da geht es eher darum, in der Opposition und auch in der außerparlamentarischen Opposition Aufmerksamkeit um jeden Preis zu finden.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Wir sind doch drin!)

Es gibt durchaus auch Dinge, die uns nachdenklich stimmen. Zum Beispiel ist die SPD sehr stolz darauf, dass sie mit so vielen Ländervertretern dabei war. Ich habe Zweifel, ob es gemäß unserer Verfassung richtig ist, dass sich die Bundesländer eine Bundesregierung aussuchen. Es ist das gute Recht – und es ist notwendig – des Deutschen Bundestags, dass seine Abgeordneten so selbstbewusst sind, eine starke Bundesregierung zu bilden. Viele SPD-Ländervertreter sind nach Hause gekommen mit dem Spruch auf den Lippen: Seht mal her, was wir für Beute beim Bund gemacht haben. Das sehe ich durchaus skeptisch.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg ist finanziell entlastet worden, schon von Schwarz-Gelb mit der Grundsicherung und jetzt mit der Eingliederungshilfe. Aber genau daraus er-

wächst doch die Verantwortung, dass wir in Hamburg, ebenso wie der Bund, ab 2015 keine neuen Schulden machen. Die Möglichkeiten sind da, das muss jetzt umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre aber auch ein Fehler, wenn dieser Koalitionsvertrag nur unter dem Aspekt der finanziellen Entlastung für unsere Stadt gelesen würde. Wir haben, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes geht, zwei große Herausforderungen in Deutschland, die Frage der Fachkräfte und die Frage der Infrastruktur. Und wenn dann im Koalitionsvertrag vereinbart ist, dass wir mehr Geld für Bildung und die Hochschulen bekommen, dann darf Hamburgs Antwort darauf nicht sein, dass das den Etat entlaste. Diese Chance muss genutzt werden, denn jetzt muss auch Hamburg mehr Geld in die Universitäten stecken, damit Hamburgs Universitäten endlich besser werden. Das ist die Verantwortung aus dem Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Schauen wir auf die Infrastruktur. 5 Milliarden Euro mehr für die Infrastruktur sind ein erster wichtiger Schritt. Aber schauen wir einmal in den Koalitionsvertrag. Dort steht erstmalig, dass bei Neu- und Erweiterungsbauten im Verkehr nach einem nationalen Prioritätenkonzept vorgegangen werden soll. Das betrifft 80 Prozent der Mittel. Es ist höchste Zeit, dass sich die Hamburger Landesregierung mit den Nachbarregierungen endlich wieder gut stellt, denn wir brauchen jetzt eine norddeutsche Kooperation. Wir brauchen eine Zusammenarbeit,

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Haben wir schon!)

damit diese Investitionsmittel für die Infrastruktur auch nach Hamburg fließen, um unseren Hafen besser an die Hinterlandverkehre anzubinden.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Erledigt!)

Wenn Sie sagen, Herr Dressel, das sei erledigt, dann haben Sie die Zeichen der Zeit genau nicht erkannt,

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Die haben wir schon vor Ihnen erkannt!)

denn sowohl die grüne Beteiligung in Niedersachsen als auch Schleswig-Holstein blockieren wichtige Verkehrsvorhaben, und der Streit um die Windmesse und der Verlust des Vertrauens zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wirkt fort. Widmen Sie sich diesen Aufgaben. Es ist Zeit, dass Hamburg nicht nur verwaltet wird, sondern dass es gestaltet wird und die Chancen aus dem Koalitionsvertrag nutzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Große Koalitionen schmiedete man angesichts großer Projekte und großer Herausforderungen. Und was war das zentrale Thema in den Medien,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ihr wolltet doch nicht!)

die große Unbekannte, als die beiden großen Parteien über eine Koalition verhandelt haben? Es war die Maut für ausländische Autofahrer, die Pkw-Maut in Deutschland – zweifellos ein kreatives und innovatives Projekt für Seehofer, den Parteivorsitzenden einer bayerischen Regionalpartei, um zu demonstrieren, dass er auch in einer Großen Koalition das Alphatierchen sein wird. Wie es ausgegangen ist, ist bekannt: Ein Sieg auf der ganzen Linie für den bayerischen Parteivorsitzenden und seine Partei, für die Zukunft unseres Landes ein völlig unbedeutendes und sinnloses Projekt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Daran wird deutlich, wie diese Große Koalition in Zukunft arbeiten wird: Kreativität und Innovation – Fehlanzeige, Zukunftsfähigkeit – Fehlanzeige. In dieser Großen Koalition bleibt viel zu viel beim Alten. Das Betreuungsgeld, milliardenschwer und sinnlos, bleibt. Die Mövenpick-Steuer, die Prämie der untergegangenen FDP im Bundestag, auch sie bleibt. Alleine diese Beispiele zeigen eines: Je größer die Koalition, desto kleiner der gemeinsame Nenner. Das Ergebnis ist Stillstand. Wo man sich nicht einigen kann, lässt man alles, wie es ist. Das ist zu wenig für unser Land. So kann man die Zukunft Deutschlands nicht sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD* und *Dietrich Wersich CDU:* Ihr wolltet doch nicht!)

Zukunft, nein danke, so sieht es aus bei einem ganz entscheidenden Projekt unseres Landes, der Energiewende. Die Große Koalition sichert die Bestandswahrung der Vergangenheit. Die schmutzige und klimaschädliche Kohleverstromung bekommt eine Bestandsgarantie, und anders als die Mövenpick-Steuer wird die Brennelementesteuer für die Atomkonzerne als Trostpflaster für den Atomausstieg abgeschafft, ein Milliardensteuergeschenk. Akzeptable Ergebnisse allein ein Stück weit bei der Offshore-Energie – kein Wunder, denn die kommt den großen Energiekonzernen zugute. Und anstatt den Energiekonzernen beim Umbau unseres Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien endlich Beine zu machen, wird der Ausbau der erneuerbaren Energien gedeckelt. Der Ausbau der Windenergie an Land wird faktisch abgewürgt und damit auch die Energiewende von unten, die Energie-

wende der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und der Stadtwerke, die bisher der Garant ihres Erfolgs war. Dieser Vertrag schädigt damit ganz direkt auch Hamburg als Hauptstadt der Windenergie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Bürgermeister, haben als einer der Hauptverhandlungsführer in diesem entscheidenden Punkt die Interessen Hamburgs schlecht vertreten.

Genau das Gleiche gilt für einen weiteren Punkt, an dem die Zukunftsfähigkeit unseres Landes durch diese Koalition gefährdet wird, den Zusammenhalt der Generationen in diesem Land. Die Vereinbarungen zur Rente gehen allein zulasten der Jungen ohne jede Kompensation. Das unsinnige Kooperationsverbot in Sachen Bildung und Hochschulen bleibt bestehen, auch dies zulasten der jüngeren Menschen in unserem Land und ihrer Bildungschancen. Die Finanzierung der vielen Steuergeschenke der Großen Koalition ist völlig unklar und überhaupt nicht geregelt, aber eines ist klar: Sie wird zulasten einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik gehen. Letztlich werden auch das die zukünftigen Generationen teuer bezahlen müssen. Hier gibt es nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt für unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was steht dem gegenüber? Womit will die SPD ihrer Basis die Zustimmung beim Mitgliederentscheid schmackhaft machen? Fortschritte, die sich, wenn man genau hinschaut, als halbherzige Schritte entpuppen. Der Mindestlohn soll erst 2017 kommen, am Ende der Legislaturperiode.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Prüfauftrag!)

Der Optionszwang wird abgeschafft, aber die doppelte Staatsbürgerschaft für alle, die versprochen war, wird es mit dieser Koalition nicht geben. Die Gleichstellung der Homo-Ehe wird nicht vollendet, und das wird mit dieser Koalition auch nicht kommen. Das bedeutet, dass wichtige Schritte, um unsere Gesellschaft gerechter und offener zu machen, um mehr Teilhabe und Integration zu ermöglichen, unterbleiben. Für eine weltoffene, moderne Stadt wie Hamburg kann das nicht gut sein.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE (fortfahrend): Ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren! Das Schlimme an dem Ganzen ist: Es gibt viele Geschenke, aber die Jüngeren schauen zu, und die einzige Gewissheit, die

(Jens Kerstan)

sie haben, ist, dass sie in Zukunft dafür werden bezahlen müssen. Das ist keine nachhaltige und zukunftsfähige Politik für unser Land. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Große Koalition sollte in einer Demokratie immer die Ausnahme sein. Was uns jetzt droht, ist eine Regierungsübermacht, wie es sie noch nie gegeben hat. Mit 504 zu 127 Sitzen wird die Opposition im Deutschen Bundestag es sehr, sehr schwer haben,

(*André Trepoll* CDU: Was können wir denn dafür, dass Sie so schwach sind?)

ihrem Verfassungsauftrag nachzukommen. Die Redezeitregelung, die jetzt aufgekommen ist, ist ein Signal – ob es ausreicht, ist ausgesprochen zweifelhaft.

Große Koalitionen sollten die großen Probleme unserer Gesellschaft aufgreifen und mutig zukunftsweisende Entscheidungen fällen. Aber genau das hat die Regierung aus CDU, CSU und SPD offenkundig nicht vor. Herr Wersich hat schon eine Erklärung geliefert: Die Sozialdemokraten sind für Frau Merkel dritte Wahl.

Drei Fraktionen haben heute die Frage in der aktuellen Stunde angemeldet, welche Bedeutung die Große Koalition für Hamburg hat. Da muss man sich natürlich erst einmal fragen, was Hamburg eigentlich von allen anderen Bundesländern unterscheidet.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Die Elbe!)

Wir haben ein ganz wichtiges Unterscheidungsmerkmal, was noch gar nicht angesprochen wurde, nämlich Hamburg hat im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern überproportional viele Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Das ist hamburgspezifisch. Bei den letzten Volksentscheiden in der Stadt ist immer wieder problematisiert worden, dass über 200 000 Hamburgerinnen und Hamburger, die teilweise schon über 30 Jahre in dieser Stadt wohnen, kein Wahlrecht haben. Das kommunale Wahlrecht war im SPD-Programm groß proklamiert. Es ist nicht umgesetzt. Das ist ein glatter Wortbruch.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phylliss Demirel* GRÜNE)

Die SPD und insbesondere ihre Spitzenkandidatin in Hamburg hat im Wahlkampf vehement für die doppelte Staatsbürgerschaft geworben und versprochen, sie einzuführen; so auch Gabriel vor den Mitgliedern der SPD. Was jetzt im Koalitionsvertrag steht, ist wieder ein glatter Wortbruch.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phylliss Demirel* GRÜNE)

So sieht es die türkische Gemeinde, so sehen es viele andere Communities. Die zahlenmäßig größte Gruppe der Migranten auch hier in Hamburg sind die Türken, aber wir haben auch Bosnier, Serben, Russen, Polen, Iraner und Afghanen. Und die Hamburger Spitzenkandidatin sagt dazu – ich zitiere –:

"Wir haben ein integrationsfeindliches Signal aufheben können. Allerdings hätte ich mir mehr gewünscht und deswegen trete ich auch in Zukunft für die doppelte Staatsangehörigkeit für alle ein."

Das ist zu wenig, man könnte auch sagen, das ist zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Künftig entfällt für in Deutschland geborene Kinder von Eltern mit ausländischem Pass der Optionszwang. Die Mehrstaatigkeit für diese jungen Menschen wird akzeptiert, aber die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft sieht anders aus.

(Zuruf von *Arno Münster* SPD)

In der Frage der knappen Kassen, beim leidigen Thema Schuldenbremse und Kürzungspolitik ist Hamburg mit den anderen Bundesländern vergleichbar.

(*Arno Münster* SPD: Wer hat Ihnen die Rede geschrieben?)

Gerade die SPD hat im Bundestagswahlkampf besonders betont, dass sie sich für Steuergerechtigkeit einsetzen wolle. Das hat sie gemeinsam mit uns, mit NGOs, den Sozialverbänden und den Gewerkschaften gemacht. Sie fragen sich, was davon jetzt im Koalitionsvertrag steht. Es steht nichts davon drin. Das ist ein glatter Wortbruch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich frage mich, was die Sozialdemokraten in der Arbeitsgemeinschaft Finanzpolitik in der Koalitionsrunde gemacht haben. Auf jeden Fall haben sie das, was sie im Wahlkampf versprochen haben, nicht eingeführt, auch nicht ansatzweise. Eines ist klar: Die Zukunft können Sie sowohl im Bund als auch in Hamburg nur gestalten, wenn Steuergerechtigkeit hergestellt wird. Das Spiel ist wieder eröffnet. Die SPD redet sich mit dem Hinweis auf die Große Koalition heraus nach dem Motto, sie hätte einen Politikwechsel gern umgesetzt. Sie hätten es gekonnt, aber Sie haben es nicht getan.

Ich möchte noch ein paar Worte zu dem sagen, was Herr Dressel angesprochen hat. Fakt ist: Die Residenzpflicht bleibt. Da hat sich nichts geändert.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Die haben wir aber in Hamburg geändert!)

(Dora Heyenn)

Was das Bleiberecht betrifft, so ist es zwar richtig, dass Hamburg eine Bundesratsinitiative gestartet hat, aber diese Initiative ist im Koalitionsvertrag nicht 1:1 umgesetzt. Was drin ist – Sie haben es eben selber gesagt und ich finde es hoch problematisch –, ist das Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, und langjährig Geduldete!)

Ich habe schon seit Langem ein Grausen davor, dass nur Jugendliche, die Abitur haben, gut integriert seien, und Jugendliche mit Hauptschulabschluss seien es nicht. So geht das überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Phyliss Demirel GRÜNE – Zurufe aus dem Plenum)

Der letzte Punkt. Im Wahlkampf haben Sie immer gesagt, die Rente mit 67 sei ein Fehler gewesen und Sie müssten das ändern. Jetzt steht im Koalitionsvertrag, dass man das beibehalten will, dass man sogar große Chancen mit 67 habe. Nach 45 Jahren mit 63 ohne Abschläge in Rente gehen zu können, trifft nur auf einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung zu. Insgesamt ist das also sehr enttäuschend und für Hamburg kein gutes Signal.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist etwas Besonderes, wenn in Deutschland das dritte Mal eine Große Koalition auf der Ebene des Gesamtstaats gebildet wird. Von 1966 bis 1969 gab es die erste Große Koalition – über die wurde hinterher und auch während ihres Bestehens gut berichtet – mit dem für die SPD sehr erfreulichen Ausgang, dass Willy Brandt später Kanzler geworden ist. Es gab eine zweite Große Koalition von 2005 bis 2009, von der auch berichtet wird, dass die Arbeit dort ganz gut gelaufen sei. Und jetzt wird es das dritte Mal eine Große Koalition geben, wenn die Mitglieder der SPD so entschieden haben sollten, was ich annehme und hoffe.

Natürlich sind solche Regierungsbildungen immer etwas ganz Besonderes, weil die SPD und die beiden Unionsparteien diejenigen sind, die um die Führung des Landes konkurrieren und letztendlich auch diejenigen sind, die bei einem Wahlerfolg den Anspruch erheben, den Kanzler oder die Kanzlerin zu stellen. Man muss es sich also schwer machen, wenn man eine solche Entscheidung trifft. Aber es gilt in der Demokratie und in dem parlamentarischen System, das wir in Deutschland haben, dass die Regierung nicht direkt, sondern vom Parlament gewählt wird, dass Kompromisse geschlossen und Koalitionen gebildet werden müssen – nicht überall

und nicht immer, aber insgesamt gehören Koalitionen in der Bundesrepublik oft zum Geschäft. Darum ist es richtig, jetzt zum dritten Mal diesen Versuch einer Großen Koalition in Deutschland zu unternehmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich habe sehr sorgfältig zugehört, was die GRÜNEN und die Partei DIE LINKE im Hinblick auf die noch nicht umgesetzten Forderungen der SPD vorgetragen haben. Ich habe das durchaus mit Interesse und auch mit ein klein wenig Freude gehört, denn das macht deutlich, dass es auch bei der Bundestagswahl 2017 gute Gründe geben wird, die SPD zu wählen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir aber zu diesem Vertrag und zu dem, was in ihm vereinbart worden ist. Handelt es sich doch um eine ganze Reihe von Dingen, die für diese Stadt und auch für unser Land insgesamt von größter Bedeutung sind.

Eines der großen Themen, das wir in Hamburg mit großem Engagement vorgebracht haben, wird nun auch in Deutschland etwas leichter voranzubringen sein. Wir haben massiv in die Bildung, den Ausbau von Krippen und Betreuungseinrichtungen und die Universitäten investiert. Die Mittel, die die Stadt Hamburg dafür zur Verfügung stellt, sind enorm gesteigert worden; allein 1000 zusätzliche Lehrer sind eingestellt worden, um die Dimension einmal anhand eines Beispiels zu schildern. Das ist natürlich eine große Aufgabe, die nicht nur in Hamburg existiert, sondern in ganz Deutschland. Deshalb ist es richtig, wenn der Bund bei der Verteilung der Steuermittel den Ländern und Gemeinden für diese drei Aufgabenkomplexe etwas mehr Geld zur Verfügung stellt. Natürlich ist es nicht so viel, wie wir uns gewünscht hätten, aber 6 Milliarden Euro, die neu verteilt werden, zusätzliche Investitionen des Bundes in Bildungsaufgaben und für Forschungseinrichtungen in einer Größenordnung von 3 Milliarden Euro sind nicht wenig, und das wird sich positiv auf die Betreuungs-, Bildungs- und Schullandschaft in Deutschland auswirken.

(Beifall bei der SPD)

Gut ist auch, dass in größerem Maße Mittel für die Infrastruktur zur Verfügung stehen, zwar nicht so viel, wie nötig wäre. Alle 16 Verkehrsminister sind sich einig, dass pro Jahr etwa 6 bis 7 Milliarden Euro zusätzlich notwendig wären, um die erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesverkehrswegeinfrastruktur zu finanzieren und um den Ausbau an den Punkten voranzubringen, an denen es besonders drängt und wo es besonders eng geworden ist. Alle diese Maßnahmen können mit den Mitteln, die die künftige Regierung gemäß Koalitionsvertrag in diesem Bereich hat, nicht finanziert werden, aber 5 Milliarden Euro zusätzlich und außerdem die Einnahmen aus der Lkw-Maut sind

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

schon ein bedeutender Schritt vorwärts, damit wir die überregionale Infrastruktur, auf die Hamburg insbesondere angewiesen ist, weiter ausbauen können. Auch das ist ein Erfolg, auf den wir in dieser Stadt gemeinsam mit einer gewissen Freude blicken können.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Es sind wichtige Fortschritte für die Situation behinderter Bürgerinnen und Bürger erzielt worden. Wenn es das in Deutschland seit vielen Jahren geforderte Bundesteilhabegesetz endlich geben wird, dann ist das zuallererst einmal ein sozialpolitischer Fortschritt, denn es geht doch darum, dass die behinderten Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Integration in das Arbeitsleben nicht als Sozialhilfefälle betrachtet werden, als Gegenstände der Fürsorge, sondern dass ihr Teilhabanspruch anerkannt und eine Möglichkeit geschaffen wird, nach der diese Leistungen nicht alle auf ihr Einkommen angerechnet werden. Das ist die sozialpolitische Reform, die wir anstreben, und die ist in diesem Koalitionsvertrag verankert worden.

(Beifall bei der SPD)

Auch für die Stadt Hamburg, die nicht nur ein Staat, sondern eben auch eine Gemeinde ist, bedeutet das eine Entlastung. Das ist gut und wird sich über die Legislaturperiode hinaus positiv auswirken, aber das ist der zweite Aspekt. Der viel wichtigere ist der sozialpolitische Fortschritt, der damit verbunden ist, und der seit vielen Jahren dringend erforderlich war. Ich bin froh, dass er jetzt zustande kommt.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner Sicht ist es gut, dass Deutschland jetzt einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn bekommt. Ich will ausdrücklich sagen, dass das etwas ist, an dem die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit fast zehn Jahren arbeiten. In der letzten Großen Koalition haben wir viele zusätzliche Branchenmindestlöhne durchgesetzt. Damals haben wir gesagt: Am Ende wird ein flächendeckender Mindestlohn stehen. Nun kommt er 2015 für ganz Deutschland. Das ist auch für viele Hamburgerinnen und Hamburger eine dringend notwendige Verbesserung ihrer spärlichen Einkünfte.

(Beifall bei der SPD)

Der Missbrauch der Leiharbeit wird zurückgedrängt werden durch eine gesetzliche Höchstüberlassungsdauer und die Festlegung, dass ab einem gewissen Zeitpunkt "equal pay" gilt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit innerhalb eines Betriebs. Auch das ist eine Verbesserung, mit der manche nicht gerechnet haben. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zum Teil seit Jahren in ein und demselben Betrieb eingesetzt werden und weniger verdienen als die Kollegen, neben denen sie ste-

hen, werden das als eine große Verbesserung für ihr Leben sehr wohl wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Und natürlich ist es schön, dass aus der Diskussion darüber, dass Tarifverträge etwas Feines wären – man hörte das auch aus Mündern, von denen man das in den letzten Jahren nicht so oft gehört hat –, jetzt auch noch eine Stärkung der Tarifautonomie geworden ist, indem das Tarifvertragsgesetz mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge zulässt. Auch das wird dazu beitragen, dass der Tarifvertrag, der für die Löhne viel wichtiger ist als die Mindestlohnregelung, eine neue Bedeutung für das Arbeitsleben bekommen wird. Das wird noch viel mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei ihrer Lebensgestaltung sehr helfen.

(Beifall bei der SPD)

Nun mag man über die Beschlüsse zur Rente vieles sagen, aber bei jeder Diskussion ist immer Respekt angesagt. Es ist kein Zufall, dass über 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sagen, dass sie die einzelnen Vorschläge sehr gut finden. Ich greife einmal zwei heraus. Da ist zum einen die Erwerbsminderungsrente für Männer und Frauen, die in ihrem Leben plötzlich beeinträchtigt sind und ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr richtig nachgehen können. Dass diese Menschen etwas besser gestellt werden, als es bisher der Fall war, sodass sie nicht mehr mit so wenig Geld auskommen müssen wie bisher, ist eine Forderung, die viele erhoben haben. Gut, dass das jetzt im Koalitionsvertrag steht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Friederike Föcking CDU*)

Natürlich ist es auch gut, dass jemand, der wirklich 45 Jahre gearbeitet hat – das sind nicht so viele –, sagen kann: Jetzt ist mal gut. Ich glaube, das versteht jeder. Für jemanden, der so lange einer schweren Arbeit nachgegangen ist – meistens geht es mir nämlich um gewerbliche Arbeit –, ist das eine Verbesserung. Dieser sozialpolitische Fortschritt hat viele Freunde, und er wird jetzt Realität in der zukünftigen Gesetzgebung werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Hans-Detlef Roock und Dietrich Wersich, beide CDU*)

Lassen Sie mich zum Schluss ein Thema ansprechen, das mir sehr wichtig ist. Wir haben gute Fortschritte erreicht für die Situation derjenigen, die nach Deutschland zugewandert sind. Hier gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die es wert sind, darüber zu berichten. Ich will ausdrücklich ein Thema in den Vordergrund stellen, das mir seit vielen Jahren sehr am Herzen liegt. Hamburg ist – darauf ist vielfach hingewiesen worden und so stand es auch als Ergebnis der Recherchen unseres Statistischen Landesamtes in den Zeitungen – eine

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Stadt mit sehr vielen Männern und Frauen, die einen Zuwanderungshintergrund haben. Wir sind als kosmopolitische Stadt immer in der Lage gewesen, daraus gute Perspektiven für uns alle und die einzelnen zu entwickeln. Ich sage ausdrücklich: Hamburg ist für viele in Deutschland und in der Welt eine Hoffungsstadt. Sie muss das sein und sie muss das bleiben, wir sind stolz auf diese Tradition unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei *Karin Prien CDU*)

Dazu gehört zum Beispiel, dass wir uns so viel Mühe geben, dass diejenigen, die lange in Deutschland leben, die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Ich will ausdrücklich sagen: Es gibt kaum etwas Berührenderes als die Einbürgerungsfeiern, die wir in unserem Rathaus veranstalten, wo manchmal fast 1000 Leute im Saal sind, ganze Familien. Das ist jedes Mal ein großer Moment für alle, die sich daran beteiligen, und ich bin froh, dass sich so viele auf den Brief hin, den ich ihnen geschrieben habe, einbürgern lassen.

Es ist ein großer Fortschritt, dass die jungen Leute, die Deutsche sind und gleichzeitig die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern haben, die als Ausländer hier lebten, als ihre Kinder geboren wurden, sich nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr zwischen der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern und der mit der Geburt erworbenen deutschen entscheiden müssen.

(Beifall bei der SPD – *Phyliss Demirel GRÜNE*: Und was ist mit den Eltern?)

Dass dieser Optionszwang bisher im Gesetz war, war damals die Bedingung dafür, um überhaupt eine Mehrheit für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland zu erreichen. Sonst wäre das nicht möglich gewesen angesichts einer hessischen Kampagne gegen die Mehrstaatigkeit, die ein späterer Ministerpräsident angefacht hatte. Aber umso wichtiger ist es, das jetzt geschafft zu haben, denn jetzt ist der Zeitpunkt, zu dem sich Tausende entscheiden müssten, die seit Wochen, Monaten oder auch ein paar Jahren darauf warten, dass diese Verbesserung vor ihrem 23. Geburtstag kommen möge. Wir haben sie gerade rechtzeitig hinbekommen, und ich bin froh, dass das Gegenstand dieses Koalitionsvertrags ist. Auch das wäre ein guter Grund, den Koalitionsvertrag zu unterschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch Verbesserungen für diejenigen erreicht, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Immer wieder haben wir im Bundesrat eine Verbesserung beantragt, die sich in diesem Koalitionsvertrag wiederfindet, in dem sogar ausdrücklich die Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg erwähnt ist, mit Drucksa-Chennummer. Das ist also exakt das, was wir im-

mer beantragt haben. Im Koalitionsvertrag steht, dass junge Leute, die zum Beispiel durch Erfolg in der Schule gut integriert sind – dazu gehört auch ein Hauptschulabschluss und ein Realschulabschluss und nicht nur das Abitur –,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

die also einen Schulabschluss in Deutschland erworben haben oder die durch Arbeit integriert sind, die Möglichkeit haben, einen lediglich geduldeten Status in ein festes Bleiberecht zu verwandeln. Dafür haben wir uns lange eingesetzt. Jetzt steht das in einem Koalitionsvertrag mit der Union, und ich glaube, das ist ein guter Erfolg, weil er Leistung und Anstrengung honoriert, und das ist etwas, was unsere Gesellschaft zusammenhält und auch auszeichnen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart – darauf hätten Sie bestimmt nie gewettet, und wenn Sie gewettet hätten, dann hätten Sie eine ziemlich gute Quote im Wettbüro gehabt –, dass Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten eine Arbeitserlaubnis bekommen können. Das ist eine wesentliche Verbesserung, denn es trägt dazu bei, dass jemand Gelegenheit hat zu zeigen, dass es mit ihm eine Perspektive in diesem Land gibt, unabhängig von der Frage, was nun bei der rechtlichen Prüfung von Asyl- und Duldungsgründen herauskommt. Ich finde, das ist ein guter rechtspolitischer Fortschritt, der auch manche Diskussion verändern wird, die wir in den nächsten Jahren in dieser Bürgerschaft und anderswo führen werden, weil er immer möglich macht, auf einem zu beharren: Diejenigen, die geflüchtet sind vor Verfolgung und schlimmsten Zuständen werden in diesem Land nach unseren Gesetzen und den von uns unterschriebenen internationalen Verträgen Schutz finden. Diejenigen, die eine Integration geschafft haben – wie auch immer, als junge Leute oder durch Arbeit –, werden auch eine bessere Perspektive bekommen. Das ist das beste Integrationssignal, das eine Gesellschaft aussenden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wie einst beim Mindestlohn ist es nur eine Frage der Zeit, bis wir uns auch im Hinblick auf die Neueinbürgerung mit der Hinnahme der Mehrstaatigkeit nicht mehr so anstellen. Daher finde ich es einen guten Fortschritt, dass nun freundlicherweise die CSU und die CDU in Baden-Württemberg und in Hessen und anderswo mithelfen zu begründen, warum zunächst einmal die Abschaffung des Optionszwangs eine gute Sache ist und gut funktionieren wird. Es wird dann kein Argument mehr gegen den letzten Schritt geben.

(Beifall bei der SPD)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist ein ordentlicher Koalitionsvertrag. Ich hoffe, die SPD-Mitglieder, die darüber eine demokratische Entscheidung herbeiführen dürfen, werden am Sonnabend so abstimmen, wie ich es jedenfalls empfohlen habe. Wenn das geschieht, dann werden wir vier Jahre lang eine Regierung begleiten, die auch viele Gesetze auf den Weg bringen wird, die Hamburg und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nützen. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Bevor ich dem Abgeordneten Dr. Kluth das Wort gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass der Erste Bürgermeister mehr als das Dreifache der Abgeordneten zur Verfügung stehenden Redezeit in der Aktuellen Stunde genutzt hat. – Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ist eben so dick, der Koalitionsvertrag!)

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe der Rede des Bürgermeisters sorgfältig und aufmerksam zugehört.

(*André Trepoll CDU:* Das ist ein Anfang!)

Herr Scholz, bei Ihrer Rede – auch bei der Rede des Kollegen Dressel, streckenweise auch bei dem Debattenbeitrag des Kollegen Wersich – konnte man schon meinen, Sie wollen ernsthaft den Eindruck erwecken, Ihnen sei mit dem Koalitionsvertrag ein großes Reformwerk gelungen. Ich denke, das glauben Sie selbst nicht. Das glauben auch die Mitglieder Ihrer Partei nicht. Ich habe einen ganz anderen Eindruck: Das ist kein großer Wurf geworden, das ist bestenfalls großer Murks.

(Beifall bei der FDP – *Jan Quast SPD:* Sie haben ja doch nicht zugehört!)

Das fängt schon beim Titel an. "Deutschlands Zukunft gestalten", das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das ist eine bemerkenswerte Null-Botschaft.

(*Gerhard Lein SPD:* Und das ohne die FDP!)

Wenn man Deutschland gestalten will, dann muss man doch auch sagen, wie man gestalten will, in welche Richtung man gestalten will,

(Zurufe von der SPD)

etwa sozialer, gerechter, marktwirtschaftlich oder innovativ. Stattdessen Fehlanzeige, eine vertane Chance, Stillstand statt Aufbruch. Insbesondere in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist der Koalitionsvertrag eine Rolle rückwärts, er ist mittelstandsfeindlich und auf Kosten der nächsten Generation ausgehandelt.

(Beifall bei der FDP)

"Zukunft gestalten" steht drauf, Zukunft verbrauchen ist drin. Meine Damen und Herren, das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt bemerkenswerte Stimmen, die den Koalitionsvertrag genauso kritisch bewerten, wie wir das tun – Zitat –:

"Jeder Mindestlohn muss vor dem Hintergrund der Lage der Langzeitarbeitslosen bewertet werden. Geschieht dies nicht, kann er zu mehr und nicht zu weniger Armut führen. Deshalb bedeutet ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, dass Menschen ihre Arbeit verlieren oder zukünftig keine mehr erhalten."

– Zitatende.

Das sagt nicht etwa die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände oder die FDP, das sagt der Caritas-Verband, ein Verband also, der mit Armen und von Dauerarbeitslosigkeit betroffenen Menschen arbeitet, ein Verband, der konkret weiß, wovon er spricht und für den das Thema Mindestlohn eben nicht nur eine ideologische Monstranz ist, die er vor sich herträgt.

(*Gerhard Lein SPD:* Sogenannter dritter Weg!)

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher – und ich schaue einmal in diese Richtung –, dass dies viele Kolleginnen und Kollegen von der CDU, vielleicht insbesondere die aus der Mittelstandsvereinigung, genauso sehen. Auch der Redebeitrag von Herrn Wersich hatte streckenweise den Charakter einer Pflichtübung.

(*Dietrich Wersich CDU:* Es war eine fröhliche Pflicht!)

Daher verstehe ich nicht, warum man während der Koalitionsverhandlungen hierzu von Ihnen so gut wie gar nichts gehört hat. Sie haben sich schlicht weggeduckt. Daraus kann man nur die Schlussfolgerung ziehen: Machterhalt ist halt ein süßes Gift, und dafür opfert man schon einmal seine grundsätzlichen Positionen.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Das sagt die FDP, das ist wirklich ein Witz!) – *Gabi Dobusch SPD:* Die kennen sich damit aus!)

Genau das zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Koalitionsvertrag: ein Dreiklang aus weniger Marktwirtschaft, aber mehr Staat und Regulierung, dem flächendeckenden Abrücken von der Agenda 2010, also von einem Erfolgsmodell – ich sage ausdrücklich einem sozialdemokratischen Erfolgsmodell –, das uns den höchsten Beschäftigungsstand in der Geschichte der Bundesrepublik,

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

sprudelnde Steuereinnahmen und stabile Sozialversicherungsbeiträge beschert hat. Dieser Koalitionsvertrag ist in der Tat großer Murks.

(Beifall bei der FDP)

Anstatt sich angesichts der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels Gedanken über eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit zu machen, nutzt Rot-Schwarz die vollen Rentenkassen, um auszuteilen. Allein die rentenpolitischen Versprechen im Koalitionsvertrag, allen voran die Rente mit 63, summieren sich auf 20 Milliarden Euro. Es werden schlicht Reserven geplündert und Risiken auf morgen verschoben. Die Zeche für dieses Rentenpaket zahlen die Betriebe und die Bürger, denn das bedeutet nichts anderes als höhere Beitragssätze in der Rentenversicherung und somit höhere Lohnzusatzkosten. Das belastet insbesondere die kleinen Leute. Das schwächt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit auch die Beschäftigung. Während CDU und SPD diese Rentenversprechen als Erfolg verbuchen, nennt die OECD dies Jobkiller – Zitat –:

"Das wird sich negativ auf Konjunktur und Beschäftigung auswirken."

Ich komme zum Ende und bleibe dabei: Dieser Koalitionsvertrag ist großer Murks. – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Rose hat das Wort.

Wolfgang Rose SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu dieser Debatte über den Koalitionsvertrag und das, was hier dazu gesagt worden ist, gern drei Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung bezieht sich auf Frau Suding und das, was sie zum Thema Mindestlohn erzählt hat. Wir führen seit vielen Jahren Debatten, auch hier im Hause, über das Thema Mindestlohn. Und wenn man sich nach diesen Debatten hinstellt und sagt, dieser Vertrag, in dem der Mindestlohn vereinbart worden ist, richte sich gegen die Menschen, gegen die Arbeitnehmer und insbesondere gegen die mit niedrigen Löhnen,

(*Katja Suding FDP:* Dann ist das richtig!)

dann ist das nicht nur eine intellektuelle Entgleisung, sondern darüber hinaus eine Provokation von insgesamt 160 000 Menschen in dieser Stadt, die von dieser Entscheidung profitieren, die sich freuen

(*Katja Suding FDP:* Oder auch nicht!)

und die am Ende des Monats die Möglichkeit haben, mit mehr Geld ihre Existenz zu sichern. Ich finde, diese Entgleisung sollten Sie zurücknehmen,

im Zweifel sich bei diesen Menschen entschuldigen.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP:* Das ist eine Bankrotterklärung für die Gewerkschaften!)

Ich kann jedenfalls auch als Gewerkschafter nur sagen – und das tue ich nicht allein, sondern wir haben von allen Gewerkschaften positive Rückmeldungen bezüglich dieses Koalitionsvertrags –, dass dieser Koalitionsvertrag unter den Bedingungen, die nach diesem Wahlergebnis möglich waren, ein Vertrag ist, der genau bei den schwierigen Punkten, die wir in der Vergangenheit diskutiert haben – Leiharbeit und so weiter, der Bürgermeister hat das aufgezählt –, in erheblichem Maße dafür sorgt, dass die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederhergestellt wird, und der nicht den Arbeitsmarkt durcheinanderbringt, wie Sie es gesagt haben.

(Beifall bei der SPD – *Katja Suding FDP:* Leider ist das nicht so!)

Meine zweite Bemerkung richtet sich an DIE LINKE, weil ich das Gefühl habe – jedenfalls hat das Ihre Fraktionsvorsitzende ausgeführt –, dass Sie die SPD dafür kritisieren, das Wahlprogramm nicht hundertprozentig durchgesetzt zu haben.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Das habe ich nicht gesagt!)

Dora, du bist Lehrerin und du kannst rechnen.

(Zurufe von *Olaf Ohlsen CDU* und *Finn-Ole Ritter FDP*)

Wir haben ein Wahlergebnis von 42 Prozent für die CDU und 25 Prozent für die SPD, und wir haben ein Verhältniswahlrecht in Deutschland. Wenn man dann das Wahlergebnis ins Verhältnis setzt zu dem, was bei den Koalitionsverhandlungen herausgekommen ist – ich will nicht noch einmal alles aufzuzählen –, dann ist das mehr als 25 Prozent im Verhältnis zu 42 Prozent. Das ist ein gutes Verhandlungsergebnis, auch wenn es nicht 100 Prozent unserer Forderungen beinhaltet. Das ist kein Wortbruch, sondern ein gutes Verhandlungsergebnis, auf das wir stolz sein können.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Rose, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heyenn?

Wolfgang Rose SPD: Ja, gern.

Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE:* Wolfgang, du hast eben vorgerechnet

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

25 Prozent zu 42 Prozent. Meine Frage ist: Sind denn nach Auffassung der Sozialdemokraten

(Dora Heyenn)

25 Prozent des Programms für Steuergerechtigkeit umgesetzt?

Wolfgang Rose SPD (fortfahrend): Das war die Frage? – Ich glaube jede Bürgerin und jeder Bürger dieses Landes, die die Verhandlungen beobachtet haben, wissen, dass es einen zentralen Punkt für die SPD gegeben hat und einen zentralen Punkt für die CDU. Der hieß bei der CDU: keine Steuererhöhungen und bei der SPD: gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Betreuungsgeld muss bleiben!)

Von daher ist doch klar – und das weiß doch jeder, deswegen muss man hier nicht ein solches Theater aufführen –, dass wir das nicht haben durchführen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich will aber noch einen sehr ernsten Punkt ansprechen, der daraus resultiert, dass ich in den letzten Tagen ferngesehen habe.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Rose, bitte kommen Sie zum Schluss.

Wolfgang Rose SPD (fortfahrend): Einen Satz noch. Ich fand es unerträglich, dass ich im Fernsehen hören musste, dass ein neugewählter Bundestagskandidat der LINKEN gesagt hat, der Bürgermeister dieser Stadt sei ein Rassist. Ich finde, das muss korrigiert und zurückgenommen werden. Das gehört sich nicht.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Heintze.

Dr. Roland Heintze CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Rechenspielen von Dora und Wolfgang

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

würde mich in der Tat einmal die dahinterliegende Methode interessieren. Ich würde es auch eher auf den Satz bringen, den der Kollege Rose gesagt hat: Es gab zentrale Projekte für die CDU, es gab ein zentrales Projekt für die SPD. Beide Parteien haben ihre zentralen Forderungen im Koalitionsvertrag durch- und, wie ich glaube, gut zueinander gebracht. Das ist es, was für uns entscheidend ist. Da hilft auch nicht Ihre Pflichtübung, Herr Kluth, dreimal von Murks zu sprechen. Wenn Sie das Wort Murks noch ein viertes Mal erwähnt hätten,

dann wäre es inhaltlich auch nicht gehaltvoller geworden. Das war eine liberale Pflichtübung.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Pflichtübungen gab es auch bei den anderen Kolleginnen und Kollegen. Für die GRÜNEN hat Herr Kerstan die umweltpolitische Pflichtübung in den Mittelpunkt gestellt, die LINKEN haben den Klassenkampf in den Mittelpunkt gestellt, die FDP hat Murks in den Mittelpunkt gestellt. Wenn das Ihre Beiträge zu diesem Koalitionsvertrag sind, dann ist mir nicht bange. Dann ist der Vertrag nämlich gar nicht so schlecht, wie er hier gemacht werden soll.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich kann Ihnen das an einem zentralen Feld der CDU belegen. Zwei wesentliche Punkte in diesem Koalitionsvertrag sind das Thema Haushaltskonsolidierung und mehr Investitionen. Beides, und zwar auch das, was konkret in diesem Koalitionsvertrag vereinbart ist, hilft Hamburg extrem. Hamburg hilft es, dass der Bund sich verpflichtet, 2014 den strukturellen Ausgleich herzustellen und 2015 ohne neue Schulden auszukommen. Ich glaube, Hamburg ist gut beraten, sich von dem von SPD und CDU auf Bundesebene festgeschriebenen Ziel eine Scheibe abzuschneiden. Ich glaube, auch in Hamburg ist ein Ende der Neuverschuldung vor 2020 möglich, und ich würde mich freuen, wenn der Wind dieses Koalitionsvertrags auch ein bisschen stärker in Hamburg wehen würde. Dann hätten wir nämlich auch ein lohnendes Ziel, an dem wir gemeinsam als CDU und SPD hier in Hamburg arbeiten könnten.

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren geht es darum, die Investitionsorientierung zu stärken. Auch hier profitiert Hamburg extrem, sei es im Infrastrukturbereich, sei es bei Bauprojekten, die von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftskraft der Hansestadt sind. Auch hier sieht der Koalitionsvertrag sehr viel Wichtiges vor. Denn auch hier ist gut verhandelt worden und ein gutes Ergebnis für Hamburg herausgekommen.

Es geht weiter. Hamburg wird 2014 komplett bei der Grundsicherung entlastet, bei der Eingliederungshilfe entlastet, es gibt Entlastungen bei Kitas, Schulen und Hochschulen mit bundesweit 6 Milliarden Euro. Insgesamt beträgt die Entlastung für die Kommunen in den nächsten vier Jahren 30,1 Milliarden Euro. Wenn man einmal die üblichen Schlüssel zugrunde legt, dann bringt Hamburg dieser Koalitionsvertrag eine Entlastung von rund 760 Millionen Euro. Als Haushaltspolitiker in diesem Parlament nenne ich das einen großen Erfolg. Ich kann nur hoffen, dass der Koalitionsvertrag an diesen Stellen genauso umgesetzt wird.

Das gute Ergebnis für Hamburg bedeutet für uns als CDU aber auch, dass wir darauf achten werden, was der Senat mit diesen Entlastungen von-

(Dr. Roland Heintze)

seiten des Bundes macht. Was macht der Senat mit den Impulsen, die aus Berlin kommen? Da bin ich gespannt, was das für unsere politische Arbeit bedeutet. So gut die Signale sind, so sehr werden wir in Hamburg aufpassen müssen, dass sie auch in konkrete Politik umgesetzt werden. Die Steuer- und Haushaltspolitik habe ich bereits genannt, aber meines Erachtens ist auch das Absinken der Investitionsquote auf inzwischen 6 Prozent des Haushalts ein Fehler. Auch hier bietet der Koalitionsvertrag Impulse, die den Senat veranlassen sollten, noch einmal darüber nachzudenken, ob man nicht einmal praktische Politik in Hamburg daraus macht. Das würden wir uns als CDU wünschen.

Fazit: Der Koalitionsvertrag ist gut. Die Impulse, die in Hamburg ankommen, sind auch gut. Und jetzt geht es darum, dass wir diese Impulse in gute Politik für Hamburg umsetzen. Dafür werden wir uns als CDU-Fraktion in den nächsten vier Jahren massiv einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Tjarks hat das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt der Makler!)

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: – Wenn Sie noch weitere gute Ideen brauchen, Herr Dressel, dann melden Sie sich.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heintze, Sie haben die Debattenbeiträge der Opposition als Pflichtübung dargestellt. Ich habe aber eher das Gefühl, dass in Hamburg die Truppen der Großen Koalition noch nicht richtig beisammen sind. Der Bürgermeister hält eine Rede, die er wahrscheinlich genauso vor dem SPD-Parteikonvent gehalten hätte. Man möchte ihm am liebsten zurufen: Hier wird nicht darüber abgestimmt, Olaf, das muss die SPD schon selbst machen.

(Gerhard Lein SPD: Was richtig ist, bleibt richtig!)

Die CDU weiß dementsprechend die ganze Zeit über nicht, ob sie dazu klatschen oder ob sie eher heulen soll, weint dann der FDP Krokodilstränen nach, um in der eigenen Rede wiederum die SPD anzugreifen. Das, meine Damen und Herren, passt noch nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Ich glaube, der rote Faden, der diese Debatte eigentlich durchziehen sollte, ist die Frage, was das für Hamburg bringt. Es gibt ein Projekt – und es ist keine Pflichtübung, Herr Heintze, das zu nennen, es ist den GRÜNEN wichtig –, nämlich die Energiewende. Das ist das größte industriepolitische

Projekt Europas. Die Position des Bürgermeisters dazu ist zwar nicht ganz klar, aber es hat sich auch eher die Kollegin Kraft aus Nordrhein-Westfalen durchgesetzt. Wenn die EEG-Umlage so abgeschmolzen wird, wie es im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, dann werden wir ein großes Problem bekommen. Wir sind die Welthauptstadt der Windenergie, weil Schwarz-Grün etwas dazu getan hat, weil Sie etwas dazu getan haben. Wir haben hier die großen Firmen, und was ist das Resultat? In Deutschland werden viel weniger Windanlagen an den Markt gehen. Am Tag der Bekanntgabe ist die Aktie von Nordex um 30 Prozent abgestürzt. Das ist es nämlich, was Sie für den Wirtschaftsstandort Hamburg im Bereich erneuerbare Energie verhandelt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! In einem weiteren Punkt ist auch für Hamburg alles offen. Es soll alles und jedes bezahlt werden; dazu komme ich gleich noch. So gibt es die berühmten Milliarden für die Infrastruktur. Aber schauen wir uns einmal an, was zum Nord-Ostsee-Kanal im Koalitionsvertrag steht. Erstens sollen die Gebühren erhöht werden und zweitens heißt es, dass er funktionstüchtig gehalten werden soll. Funktionstüchtigkeit ist das Minimum dessen, was man eigentlich haben möchte. Wir würden sogar gern Seite an Seite mit Ihnen streiten, aber wir wissen noch nicht – vielleicht im Gegensatz zu Ihnen –, wer Kabinettsmitglied wird. Der letzte Minister war ein Bayer, und der hat dem Nord-Ostsee-Kanal nicht besonders gut getan. Hier müssen Sie überhaupt erst einmal liefern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann die Mütterrente, die Rente mit 63. Je nachdem, für welchen Zeitraum man das berechnet, kostet es einen dreistelligen Milliardenbetrag. Im Koalitionsvertrag sind jenseits davon 23 oder 30 Milliarden Euro vereinbart worden. Es stellt sich doch die Frage, wie das eigentlich bezahlt werden soll. Sie wollen viel mehr ausgeben, aber nicht mehr einnehmen, denn in dem Punkt hat sich die CDU durchgesetzt,

(Dietrich Wersich CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

und gleichzeitig gilt die Schuldenbremse. Das ist nicht nur nicht nachhaltig, das ist nicht nur nicht generationengerecht, sondern das ist auch ein bisschen schizophoren. Das wird Ihnen am Ende auf die Füße fallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann ist noch die Frage – und dazu haben wir den salbungsvollen Worten des Bürgermeisters nichts entnehmen können –, was alles nicht im Koalitionsvertrag steht. Sie freuen sich darüber, weil Sie meinen, dass Sie dafür dann das nächste Mal

(Dr. Anjes Tjarks)

auch gewählt werden können. Vielleicht wählen aber auch einige den Koalitionsvertrag demnächst nicht. Was fehlt, ist das Thema Kooperationsverbot, das Thema echte Homo-Ehe, es ist die Frage, warum das Betreuungsgeld noch existiert und es ist auch die Frage nach einer echten Staatsangehörigkeitsrechtsreform. Es gibt jenseits des Koalitionsvertrags viel zu tun. Sie haben in Interviews immer wieder gesagt, dass Sie das sozialliberale Erbe antreten wollen. Wir haben uns immer gefragt, was Sie eigentlich mit sozialliberalem Erbe meinen. Das Einzige, was wir dazu aus dem Koalitionsvertrag herauslesen konnten, ist die Mövenpick-Steuer. Die ist immer noch da. Das ist das liberale Erbe; jetzt wird das ein sozialliberales Erbe. – Vielen Dank. In Deutschland kann es noch weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Diskussion um den Berliner Koalitionsvertrag birgt natürlich immer das Problem, dass man sich 125 Punkte heraussuchen, alle einzeln durchdiskutieren und dementsprechend an allen Aspekten irgendetwas bewirken kann. Ich glaube, es ist nicht vernünftig, das zu machen. Ich habe mitbekommen und mich auch darüber gefreut, dass die SPD gesagt hat, sie wolle, wie der Bürgermeister ausgeführt hat, einige Dinge am Arbeitsmarkt politisch wieder etwas ordentlicher machen. Das will ich hier ausdrücklich begrüßen, möchte Sie aber daran erinnern, dass gerade die SPD und der Bürgermeister diejenigen waren, die während Rot-Grün und der Großen Koalition den Arbeitsmarkt sehr durcheinandergebracht haben,

(Beifall bei der LINKEN)

und viele schlechte Situationen, wie sie nun bei der Leiharbeit und den Werkverträgen entstanden sind, überhaupt erst initiiert haben. Das nun ein bisschen zu korrigieren, ist schon einmal etwas Gutes, aber aufgrund dessen kann man nicht Sozialdemokrat werden.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Das verlangen wir auch nicht!)

Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, die gesamte Diskussion anhand der Überschrift zu organisieren, die Herr Dressel uns vorgeschlagen hat. Herr Dressel hat gesagt, das Entscheidende ist – und das stimmt auch –, was am Ende für die Menschen dabei herauskommt.

(*Sören Schumacher SPD:* Richtig viel!)

Das ist immer sehr schwer zu messen. Das wissen wir auch, darüber gibt es etliche Debatten, aber es

gibt auch harte Fakten und Zahlen, die wir uns ansehen können. Das eine ist der Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung in diesem Jahr aufgelegt hat und der darstellt, wie sich Armut und Reichtum verteilen und wie sich die Situation der Menschen in den vergangenen zehn Jahren verändert hat. Das sind zehn Jahre unter Rot-Grün und vor allen Dingen auch unter der Großen Koalition von 2005 bis 2009, an die wir uns gut erinnern können. Was sind die Kennzeichen des Armuts- und Reichtumsberichts dieser Bundesregierung? Erstens hat die Spaltung zwischen Arm und Reich kräftig zugenommen, zweitens ist in dieser Zeit der Reichtum der Allerreichsten explodiert und drittens hat das Armutsrisiko kräftig zugenommen. Das ist die Bilanz von sozialdemokratischer Mitregierung in den vergangenen zehn Jahren. Aufgrund dessen sind wir äußerst skeptisch, ob diese Trippelschritte, die uns als positiv dargestellt worden sind, in der Grundsubstanz wirklich etwas für diese Gesellschaft bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Einwände, die gegen solche Kritik vorgebracht wurden, lauteten, das seien teilweise aktuelle Zahlen gewesen oder wegen Krisensituationen der Wirtschaft könne man das noch nicht richtig behandeln. Es gibt seit zwei, drei Wochen einen neuen Bericht der Bundesregierung, den "Datenreport 2013: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland", herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. In diesem Bericht – das gilt jetzt vor allen Dingen für die CDU und die FDP und ihre Bilanz – werden zwei Dinge festgestellt. Erstens, dass das Armutsrisiko in diesen Jahren trotz guter ökonomischer Grundlagen noch einmal kräftig gestiegen ist.

(*André Trepoll CDU:* Das ist Ihre Anmeldung für morgen!)

Das liegt in Ihrer Verantwortung, und diese Politik war nicht gut für die Menschen. Das Schlimmste ist aber, dass mittlerweile 5 bis 6 Prozent der Menschen in dieser Gesellschaft unter erheblichen materiellen Entbehrungen, wie etwa unbeheizten Wohnungen, leiden. Auch das, meine Damen und Herren, ist nicht mehr zu ertragen.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Es gab in diesem Wahlkampf ein Hoffnungszeichen für mich, nämlich dass es so etwas wie eine rot-rot-grüne Stimmung gibt, die besagte, dass dieses Thema vor allen Dingen angegangen werden muss. Armut ist nicht nur ein Problem der Gerechtigkeit, sondern Armut ist auch entscheidend zu bekämpfen, um diese Gesellschaft sozial, aber auch wirtschaftlich voranzubringen. Für solche Veränderungen ist in diesem Koalitionsvertrag kein Ansatzpunkt zu sehen. Das sind große Aufgaben, die hier zu leisten sind, das sind große Auseinandersetzungen, und es wird nicht gelingen, wenn

(Norbert Hackbusch)

man nicht auch den Reichtum in dieser Gesellschaft angeht.

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Ohnedem gibt es keine Lösung dieses Problems, ohnedem gibt es keine sozialere Gesellschaft in dieser Welt. Als Letztes sage ich Ihnen: Die Situation ist vor allen Dingen im Zusammenhang mit der von Ihnen für diese Stadt beschlossenen Schuldenbremse dramatisch. Ich weiß nicht, wie das ohne Mehreinnahmen gehen soll. Das werden wir aber leider in den nächsten Monaten debattieren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Die Geschäftsordnung sieht nicht vor, dass ich während eines Redebeitrags nach hinten gehe und eine Frage stelle. Deshalb werde ich von hier aus kurz etwas zu dem Redebeitrag des Abgeordneten Tjarks sagen, und zwar nur zu einem Punkt. Das mit der Windenergie stimmt nicht, das Gegenteil ist richtig.

(Beifall bei der SPD)

Die norddeutschen Ministerpräsidenten haben – auch wenn es kritisiert wurde, dass sie so viel Einfluss genommen haben – alle gemeinsam dafür gesorgt, dass die besondere Berücksichtigung der Entwicklungsmöglichkeiten der Windenergie in diesem Koalitionsvertrag untergebracht worden ist, indem nämlich jetzt schon vereinbart wurde, dass das sogenannte Stauchungsmodell, das für die Perspektive der Offshore-Windkraftindustrie von größter Bedeutung ist, bis 2019 verlängert wird. Diese Verlängerung war bis zur letzten Sekunde umstritten, ist aber die Voraussetzung dafür, damit es endlich losgeht mit den vielen geplanten Windparks. Es geht um Milliardeninvestitionen, die sich – das allerdings ist richtig – unmittelbar auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt auswirken werden, weil viele Unternehmenszentralen und Ingenieursfirmen, die sich mit der Windkraftentwicklung beschäftigen, ihren Sitz in Hamburg haben.

(Beifall bei der SPD)

Nun könnte man noch viel dazu sagen, aber selbstverständlich gehört zu den Perspektiven der erneuerbaren Energien und ihrem Ausbau, um den wir uns sehr bemühen, immer auch, dass wir diese fördern, weil wir davon ausgehen, dass der technische Fortschritt wohl in den Zwanzigerjahren und bei einigen sogar schon etwas früher dazu führen wird, dass sie ohne Förderung wirtschaftlich sein werden. Wir hoffen, dass das mit der Offshore-Windkraft Mitte der Zwanzigerjahre der Fall sein

wird, und bei der Onshore-Windkraft ist es in vielen Fällen schon jetzt der Fall. Deshalb wird es auch einen weiteren Ausbau von Onshore-Windkraft geben, allerdings nicht an Standorten, wo es gar nicht weht. Das kann man vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren, nun hätte jede Fraktion noch einmal die Möglichkeit zu einem Debattenbeitrag. – Frau Suding, Sie haben das Wort.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Noch ein paar Punkte: Ich habe das Thema kalte Progression angesprochen und angemerkt, dass in den nächsten vier Jahren 17,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen für den Staat drin sind und dass das vor allem zu Lasten der kleineren und mittleren Einkommensbezieher geht. Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass aus den Reihen der LINKEN, der Sozialdemokraten und vom Bürgermeister hierzu eine Antwort gekommen wäre. Die Gewerkschaften werden in den nächsten Jahren – und tun das auch jetzt schon – gute Verhandlungsergebnisse erzielen, aber selbst diese moderaten Lohnerhöhungen werden komplett oder zu großen Teilen wieder aufgezehrt. Da hätte ich wirklich von den Sozialdemokraten erwartet, dass sie im Koalitionsvertrag eine Antwort finden – eine Sache, die wir als FDP in den letzten vier Jahren versucht haben, wo wir aber klar sagen müssen, dass wir gescheitert sind, auch am Widerstand der CDU. Hier hätte ich mir mehr erwartet.

(Beifall bei der FDP)

Noch ein Thema, auf das keiner der Redner eingegangen ist, ist die Vorratsdatenspeicherung. Sie haben keine Garantie dafür, dass die Daten, die jetzt gespeichert werden, auch tatsächlich sicher sind. Niemand weiß das. Da werden große Mengen an digitalen Datenbanken angelegt, und wir haben in der Vergangenheit oft erlebt, dass diese Daten auch nach außen getragen werden und es da Löcher gibt. Wer garantiert Ihnen denn, dass die Verbindungsdaten, die von jedem Einzelnen von Ihnen gespeichert werden,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wer garantiert Ihnen denn bitte, dass Ihre Rechnung nicht gespeichert wird?)

dann nicht auf einmal durch einen Fehler, durch ein Versagen oder durch bösen Willen an die Öffentlichkeit geraten? Auch hier hätte ich gerne eine Antwort gehört.

(Beifall bei der FDP)

Herr Scholz, ich habe Sie jetzt schon häufiger über den Koalitionsvertrag sprechen hören, und immer wieder betonen Sie – und das immer auch als Erstes und lang und breit –, welche Unterstützung

(Katja Suding)

das Land Hamburg durch den Koalitionsvertrag vom Bund bekommt. Das ist erst einmal nichts Schlechtes,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nein, das ist ziemlich gut!)

aber ich habe durchaus das Gefühl – den Eindruck vermitteln Sie und den konnten Sie mir auch nicht nehmen –, dass Sie dadurch die Schuldenbremse, die wir gemeinsam mit SPD und GRÜNEN verankert haben, ein bisschen aushebeln wollen und dass dadurch der Ehrgeiz, der eigentlich notwendig wäre, etwas nachlässt, da Sie jetzt sagen können, das Geld komme vom Bund und deswegen könnten wir uns in Hamburg ein wenig zurücklehnen und es uns ein wenig besser gehen lassen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Niemand lehnt sich hier zurück!)

Das darf nicht sein, und das hätte ich mir gerne noch etwas klarer von Ihnen gewünscht.

(Beifall bei der FDP)

Ein letzter Punkt, wenn ich schon einmal hier stehe, Herr Rose, zum Thema Mindestlohn: Es gibt leider überhaupt nichts zurückzunehmen, im Gegenteil, ich würde mir wünschen, Sie hätten recht. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass gerade Jugendliche und Geringverdiener, die in den Arbeitsmarkt einsteigen, durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro davon abgehalten werden, einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu bekommen. Das mag in Hamburg vielleicht noch nicht so schlimm sein, wie es in anderen Teilen Deutschlands ist, aber schauen Sie einmal in den Osten. Da wird es massive Probleme für Geringverdiener und Jugendliche geben. Ich hoffe, Sie haben recht, aber ich bin sicher, dass es nicht so sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bürgermeister hat eine Frage an unsere Fraktion gerichtet, und dann soll er natürlich auch eine Antwort bekommen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das ist das Mindeste!)

Wir haben zugestanden, Herr Bürgermeister, dass in diesem Koalitionsvertrag im Bereich der Offshore-Energie für die Absicherung der Lieferindustrie, die es auch in Hamburg gibt, durchaus Fortschritte erzielt werden. Das ist unbestritten, aber es ist auch klar, dass dies zulasten der Onshore-Windenergie erkaufte wird, also der Windenergiegewinnung an Land, die bei einer Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien angesichts des Klimawandels auch langfristig unser Ziel blei-

ben muss. Auch diese Firmen, die Onshore-Anlagen entwickeln, sitzen in Hamburg, und allein der Aktienkurs der Gesellschaft Nordex, die in Hamburg sitzt, ist bei Bekanntgabe des Koalitionsvertrags um 15 Prozent gegen den Börsentrend gefallen.

(André Trepoll CDU: Dann müssen Sie die Aktien verkaufen, alles verkaufen!)

Das spricht wirklich nicht dafür, dass Sie, wie Sie hier behauptet haben, Herr Bürgermeister, die Industrie in Hamburg mit diesem Koalitionsvertrag nachhaltig gestärkt haben. Das Gegenteil ist leider der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt der Offshore-Energie eine stärkere Entwicklungsperspektive geben wollen, dann hätten Sie natürlich im Koalitionsvertrag auch den Ausbau der Übertragungsnetze bundesweit regeln müssen. Da hat es bis in die CDU hinein Debatten darüber gegeben, ob es eigentlich richtig sei, das privaten Konzernen zu überlassen, oder ob dort nicht stärker der Staat eine Rolle spielen müsse. Das Problem hinsichtlich des Ausbaus der Netze ist überhaupt nicht geregelt in diesem Koalitionsvertrag. Was in den letzten Jahren die Energiewende blockiert hat, wird auch unter der Großen Koalition so bleiben. Das ist mitnichten ein Vorteil für die Windenergie, sondern ein Manko für die Energiewende in Ihrem Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und der letzte Punkt: Warum steigt die EEG-Umlage im Moment eigentlich so stark? Nicht, weil die erneuerbaren Energien so massiv ausgebaut werden, sondern weil unrentable Braunkohlekraftwerke insbesondere in Ostdeutschland und in Nordrhein-Westfalen rund um die Uhr laufen und mit subventioniertem Strom die EEG-Umlage nach oben treiben. Gerade für diesen Faktor, der die Energiewende unnötig teuer macht und das Klima massiv belastet, hat sich Frau Kraft aus Nordrhein-Westfalen gegen die Windenergieinteressen in Hamburg durchgesetzt, und auch das haben Sie nicht verhindert, Herr Bürgermeister. Insofern ist es am Ende ein schlechtes Ergebnis für den Windstandort Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin! Erst einmal an Herrn Tjarks: Es ist gut, dass auch Sie bemerkt haben, dass wir in Hamburg keine Große Koalition haben – herzlichen Glückwunsch zu der Erkenntnis. Wenn man die Debatten heute verfolgt, dann sieht man allerdings auch, dass die Nä-

(Dietrich Wersich)

he zwischen GRÜNEN und SPD nicht allzu ausgeprägt sein dürfte.

Herr Tjarks, Sie haben behauptet, dieser Koalitionsvertrag enthalte eine Absage an steigende Steuereinnahmen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben seit Jahren wachsende Steuereinnahmen, weil wir auf Wirtschaft, Innovation und den Wohlstand der Menschen setzen. Die Menschen sollen mehr Geld verdienen, und wer mehr Geld verdient, der zahlt dann auch mehr Steuern. Das ist unser Kurs.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es auch ein Programm für mehr Steuereinnahmen. Ich bin sicher – und das ist einer der Kernpunkte, die wir durchgesetzt haben –, dass die Einführung höherer Steuersätze oder neuer Substanzsteuern wie die Erbschaftsteuer genau den gegenteiligen Effekt gehabt hätten. Wir würden in Deutschland wieder zurückfallen in die Zeiten, in denen Sie in Berlin mitregiert haben, als unter Rot-Grün die Steuereinnahmen sanken und die Massenarbeitslosigkeit anstieg. Diese Zeit haben wir mit der Union überwunden.

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite, weshalb ich mich noch einmal gemeldet habe, ist die Hoffnung, Herr Kollege Hackbusch, dass Sie mit Ihrem Beitrag die Debattenanmeldung für morgen erledigt haben; deswegen möchte ich dazu auch noch etwas sagen. Dieser Koalitionsvertrag trägt die Handschrift der sozialen Marktwirtschaft. Es gibt weiter Werkverträge, aber wir machen Schluss mit dem Missbrauch, dass über Werkverträge Scheinselbstständigkeiten mit Absenkung sozialer Maßstäbe ermöglicht werden. Es gibt weiter Leiharbeit, aber wir machen Schluss mit dem Missbrauch, dass Leiharbeit reguläre Arbeit billiger auf Dauer ersetzt. Leiharbeit ist ein Instrument, um Spitzenbelastung in den Unternehmen abzudecken. Es gibt einen Mindestlohn, aber er wird zukünftig von den Tarifparteien ausgehandelt, und es gibt Übergangsregelungen, in denen die Tarifparteien davon abweichen können. Das ist soziale Marktwirtschaft, und das ist auch die Handschrift der Union in diesen wichtigen Fragen. Es ist mir wichtig, das hier heute noch einmal festzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, Sie haben mit Ihrer langen Rede die Chance genutzt, viel vorzustellen. Ich würde für die Zukunft vorschlagen, dass Sie, wenn Sie ein so großes Mitteilungsbedürfnis haben, durchaus auch eine Regierungserklärung abgeben, denn dann könnten wir alle hier auf Augenhöhe miteinander diskutieren. Das wäre einer solchen Sache dann auch angemessen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Bei all dem, was Sie vorgestellt haben und was uns deutlich gemacht hat, wie sehr Ihnen die Berliner Bühne gefallen hat – das war spürbar –, waren wir umso enttäuschter, dass Sie so gut wie nichts zu den Auswirkungen für Hamburg gesagt haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Stimmt doch gar nicht!)

Sie haben bis heute keinen Auftrag aus diesem Koalitionsvertrag und keine Chance für uns in Hamburg abgeleitet. Diese Chancen aus dem Koalitionsvertrag wird man in Hamburg nicht herbeiverwalten, sondern es wird sie nur geben, wenn sie politisch kraftvoll gestaltet werden.

(*Jan Quast SPD*: Dann ist ja alles gut! Dann müssen wir uns ja keine Sorgen machen!)

Diese Gestaltung vermissen wir, Herr Bürgermeister, und deswegen hätte ich mir mehr von dem Engagement auf der Berliner Bühne endlich auch hier in Hamburg beim Regieren unserer Stadt gewünscht. Das erwarten auch die Hamburgerinnen und Hamburger von Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun erst Frau Dr. Schaal und dann Frau Heyenn.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch einmal auf das Thema erneuerbare Energien eingehen. Herr Kerstan, das kann ich nicht so stehen lassen. Es ist nicht richtig, dass die erneuerbaren Energien und insbesondere die Windenergie an Land abgewürgt werden. Sie müssen auch berücksichtigen, dass wir einen wachsenden Anteil von erneuerbaren Energien im Netz haben. Wir sind froh darum, und bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes soll auch überlegt werden, wie man dieses Gesetz verändern muss, um wachsende Mengen an grünem Strom ins Netz zu integrieren. Den Vorrang wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz in den Grundstrukturen erhalten, und das ist bei der Diskussion, die vorher geführt wurde, durchaus nicht selbstverständlich. Es bleibt beim Vorrang für erneuerbare Energien im Netz – das war bisher und wird auch weiterhin der Motor für den Ausbau der erneuerbaren Energien sein.

(Beifall bei der SPD)

Es war auch bisher so, dass die Einspeisevergütung ständig degressiv gestaltet wurde, das heißt, sie sinkt und wird jetzt möglicherweise noch stärker sinken. Aber auf der anderen Seite müssen die erneuerbaren Energien auch mehr eigene Verantwortung übernehmen, um eben Stabilität im Netz zu erzeugen. Das ist eine sehr technische Diskussion, und dazu wird die Reform des EEG sicher einiges beitragen. Das sind ganz neue Fragen, die

(Dr. Monika Schaal)

im Koalitionsvertrag gestellt wurden und die mit der Novelle auch eine Antwort bekommen müssen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Haben Sie auch mitverhandelt?)

Ich halte es für sehr wichtig, dass endlich das Thema Effizienz weiter hervorgehoben wird. Das ist bisher vernachlässigt worden, und das ist auch ein weiterer Pluspunkt dieses Koalitionsvertrags.

Wichtig finde ich außerdem, dass beim Thema Netzausbau – und das ist behandelt worden – endlich dafür gesorgt wird, dass Bedingungen geschaffen werden, die es den Städten und Gemeinden erleichtern, die Netze zu rekommunalisieren, das heißt in eigene Hand zu übernehmen, wie wir es im Moment machen. Bisher haben wir eine rechtliche Lage, die solche Vorhaben eher erschwert, und das soll jetzt in Angriff genommen werden. Der Koalitionsvertrag enthält also viele Dinge, die die Energiewende voranbringen statt sie zu behindern, und hier muss man sehen, wie dies weiterentwickelt wird. Wir werden da noch viel diskutieren, aber es ist ein positiver Weg, der eingeschlagen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Heyenn, jetzt haben Sie das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Jetzt einmal zum Erfolgsmodell Schwarz-Gelb, Herr Wersich.

(Finn-Ole Ritter FDP: Wer hat das denn gesagt?)

– Das haben Sie eben vorgestellt.

Viele in diesem Land verdienen viel zu wenig. Wenn Sie davon sprechen, Ihre Regierung habe dazu beigetragen, die Arbeitslosenstatistik so aufzubessern, dass es weniger Arbeitslose gebe, dann verschweigen Sie natürlich wieder einmal, dass der Anteil prekärer Beschäftigung dramatisch gestiegen ist. Das war das Erfolgsrezept von Schwarz-Gelb, und darauf können wir gut verzichten.

(Beifall bei der LINKEN – Dietrich Wersich CDU: Frau Heyenn, damit hat Rot-Grün angefangen!)

Auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze haben so wenig Gehalt, dass man davon nicht leben kann und Aufstockung braucht. Das ist nicht erstrebenswert, und das muss aufhören.

(Beifall bei der LINKEN – Finn-Ole Ritter FDP: Was ist die Alternative? – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren und Herr Ritter, folgen

Sie bitte auch der letzten Rednerin in dieser aktuellen Stunde.

(Zuruf: Was heißt die letzte?)

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): – Das war nur zeitlich gemeint.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Selbstverständlich war das nur zeitlich gemeint.

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): Wenn wir vom Arbeitsmarkt sprechen, dann sprechen wir von einem deregulierten Arbeitsmarkt. Die Deregulierung hatte ihre Hochzeit bei Rot-Grün und wurde von der Großen Koalition fortgesetzt. Wenn wir uns jetzt anschauen, was im Koalitionsvertrag steht, dann stellen wir fest, dass die prekäre Beschäftigung auch weiterhin in großem Umfang Bestand hat. Der gesetzliche Mindestlohn wird auf die Wartebank geschoben, und die geplanten Maßnahmen für Leiharbeit sind eher kosmetischer Natur und nutzen einem großen Teil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nichts. Ob Missbrauch mit dieser Regelung ausgeschlossen wird, was Leiharbeit betrifft, das soll sich erst herausstellen und ist mehr als fraglich. Weiterhin gibt es die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen, und bei der dringend notwendigen Regulierung von Werkvertragsarbeit, was eben auch schon angesprochen wurde, haben sich CDU, SPD und CSU gerade einmal auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt.

Nun zum flächendeckenden Mindestlohn, für den unsere Partei bekanntlich seit 2005 eintritt. Irgendwann hat die SPD ihn auch entdeckt, aber bevor jetzt alle Beschäftigten in den Genuss eines flächendeckenden Mindestlohns kommen, werden wir das Jahr 2017 haben. Da ist die SPD mit ihrem großen Vorzeigeprojekt in den Verhandlungen grandios gescheitert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben überhaupt keinen Mindestlohn durchgesetzt! Was haben Sie denn durchgesetzt? Gar nichts!)

Das ist ein Rohrkrepierer geworden, weil sich die Millionen von Beschäftigten mit niedrigen Löhnen weitere drei Jahre mit ihrem Niedriglohn begnügen sollen. Der Mindestlohn soll erst 2015 eingeführt werden, und für weitere zwei Jahre darf per Tarifvertrag auch noch davon abgewichen werden. Mit dieser Einigung werden die Niedriglohnbeschäftigten weiter im Regen stehen gelassen. Wenn der Mindestlohn für alle erst 2017 greift, dann kann er 2018 erstmals erhöht werden. Das stellt natürlich, was die Steigerung der Lebenshaltungskosten und die Tarifverträge betrifft, eine dramatische Entwertung dar. Am 1. Mai hat der damalige DGB-Vorsit-

(Dora Heyenn)

zende Uwe Grund auf dem Fischmarkt klar und deutlich gesagt, ein Mindestlohn von 8,50 Euro sei auch jetzt unterhalb dessen, womit der Lebensunterhalt gesichert sei.

(Finn-Ole Ritter FDP: 12 Euro!)

Wir brauchen mindestens 10 Euro, und wenn die 8,50 Euro nun auch noch ohne weitere Erhöhung bis 2018 festgeschrieben werden, dann reicht der Mindestlohn nicht einmal zur Sicherung der Existenz. Damit erfüllt der Mindestlohn seine zentrale Aufgabe nicht, die darin besteht, dass jemand, der Vollzeit arbeitet, von seinem Lohn auch leben können muss, und das kann er nicht. Wer Vollzeit arbeitet, muss dann auch eine Rente haben, die oberhalb der Aufstockungsgrenze liegt, und das ist auch nicht der Fall. Sie haben mit dieser Regelung dazu beigetragen, dass die prekäre Beschäftigung festgeschrieben ist, und das ist alles andere als ein Erfolg.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden diese morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 2, Drucksache 20/9993, der Wahl einer Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

– Drs 20/9993 –]

Der Stimmzettel für diese Wahl liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte nun, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf nun Frau Timmermann und Herrn Wanikum bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Bitte zeigen Sie noch einmal deutlich an, wo es noch einzusammelnde Stimmzettel gibt.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich hiermit die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt, und ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.**

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 65, Drucksache 20/10124, Antrag der CDU-Fraktion: Ham-

burg fit machen für die Zukunft – Elektromobilität voranbringen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hamburg fit machen für die Zukunft – Elektromobilität voranbringen
– Drs 20/10124 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/10267 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
An Erfolge anknüpfen – Elektromobilität weiterentwickeln
– Drs 20/10267 –]**

Meine Damen und Herren! Auch wenn die Aktuelle Stunde lang und anstrengend war, bitte ich doch diejenigen, die sich noch im Saal befinden, ihre Konzentration auf die nächste Debatte zu legen.

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen. Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, liebe verbliebenen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit uns zum Thema Elektromobilität austauschen wollen! Wir hatten eben eine aus meiner Sicht sehr interessante Aktuelle Stunde zum Koalitionsvertrag und haben gelernt, was auf Bundesebene alles ausgehandelt wurde. Da war für jeden etwas dabei, aber nicht jede Erwartung wurde erfüllt. So ist das mit Koalitionsverträgen. Man macht es eben keinem recht, vielleicht ist das aber auch ein Qualitätszeichen eines Koalitionsvertrags, wenn man nicht alles richtig findet, was in solch einem Vertrag steht.

Nichtsdestotrotz gibt es in diesem Koalitionsvertrag Themen, die über die Fraktionsgrenzen hinweg Akzeptanz finden sollten und auch finden. Das sind nicht nur Themen der Infrastruktur, Herr Senator, wo wir wissen, dass wir in den kommenden Jahren 1,25 Milliarden Euro zusätzlich in die Infrastruktur stecken wollen, sondern das ist auch das Thema Elektromobilität. Dieses Themas haben sich die Koalitionäre in Berlin zumindest in zwei Absätzen sehr intensiv angenommen. So steht auf Seite 19 ff. der Satz:

"Wir werden aus vorhandenen Eigenmitteln der KfW ein Programm mit zinsgünstigen Krediten zur Anschaffung besonders umweltfreundlicher Fahrzeuge auflegen und damit insbesondere auch Elektrofahrzeuge fördern."

Und auf Seite 44 steht:

"Bei der Unterstützung des Markthochlaufes der Elektromobilität setzen wir auf nutzerorientierte Anreize statt auf Kaufprämien. Wir

** Das Wahlergebnis ist auf Seite 5625 zu finden.

(Klaus-Peter Hesse)

schaffen die Rahmenbedingungen für eine schnelle Kennzeichnung und Markteinführung elektrisch betriebener Fahrzeuge."

So gut der Bürgermeister in dem Punkt vielleicht auch in Berlin gehandelt hat und die Rahmenbedingungen dafür geschaffen hat, dass Elektromobilität vorankommt, umso trister sieht es in Hamburg aus, wenn wir uns anschauen, was hier bisher zum Thema Elektromobilität geschehen ist. Wir können unter anderem einmal in die Antwort des Senats auf meine Schriftliche Kleine Anfrage vom 4. Juni 2013 schauen, wo ich auch gefragt habe, wie hoch in Hamburg denn überhaupt die Zulassungszahlen von Elektrofahrzeugen seien. Im Jahr 2010 waren es 18 Elektrofahrzeuge, im Jahr 2011 220, 2012 232 – mühsam ernährt sich das Eichhörnchen – und von Januar bis April 2013 immerhin 71. Wenn sich dann der Senat hier hinstellt – und das macht er öfter, genauso auch die SPD-Fraktion – und sagt, Elektromobilität sei eines seiner Markenzeichen, dann verkennt er die Realität. Dann verkennt er, dass all das, was er bisher anscheinend gemacht hat, nicht von dem Erfolg gekrönt ist, den er sich vielleicht gewünscht hat. Und er sollte sich überlegen, ob das, was er bisher getan hat, ausreichend ist, um Elektromobilität in Hamburg zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt dafür noch andere Beispiele. Wir haben in Frage 4 der Drucksache 20/8196 auch gefragt, wann denn dieser berühmte Masterplan zur Ladeinfrastruktur für Elektromobilitätsfahrzeuge endlich veröffentlicht werde. Er wird schon sehr lange angekündigt, Herr Senator Horch, und der Senat hat gesagt, die Fertigstellung des Masterplans sei für das vierte Quartal 2013 vorgesehen.

(Dorothee Martin SPD: Ja, genau!)

Herr Senator, das vierte Quartal 2013 ist noch nicht ganz zu Ende, und ich freue mich schon, diesen Masterplan unterm Weihnachtsbaum vorzufinden, denn eigentlich müsste er vorliegen.

(Dorothee Martin SPD: Schönes Geschenk!)

Wenn ich mir allerdings den Antrag der SPD-Fraktion heute anschau, in dem Sie den Senat auffordern, diesen Masterplan doch vielleicht einmal vorzulegen, habe ich die Befürchtung, dass das dieses Jahr nichts wird. Auch hier viele Worte und viele Versprechen, aber nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Und da kann man nahtlos weitermachen. Auf die Frage 6, die ich damals gestellt habe, ob es Überlegungen vonseiten des Senats oder der Fachbehörde gibt, die rechtlichen Bedingungen, zum Beispiel in Bezug auf die Hamburger Bauordnung, zu verändern und auch dort Anreize für Elektromobilität zu schaffen, hat mir der Senat geantwortet, er

habe schon in Drucksache 20/2088 über diverse laufende Prüfaufträge berichtet. Berichten, berichten, aber nichts tun. Nichts ist aus diesen Prüfaufträgen geworden. Nichts ist umgesetzt worden, Herr Senator, auch hier Fehlanzeige. Nichts von dem, was Sie zur Elektromobilität umsetzen wollten, haben Sie bisher umgesetzt. Bisher waren das alles nur Ankündigungen. Die Handelskammer und die Handwerkskammer, wie wir seit heute wissen, sind da viel weiter. Sie verstecken sich hinter den Aktivitäten von anderen anstatt selbst aktiv etwas umzusetzen, und das ist einfach nur schwach.

(Beifall bei der CDU)

Heute musste nun ein Antrag der SPD-Fraktion eingebracht werden, der mit heißer Nadel gestrickt wurde und reflektiert, was im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gemacht werden soll. Wenn ich mir anschau, was die SPD-Fraktion anstelle des CDU-Antrags, der sehr dezidiert einige Punkte aufnimmt,

(Dorothee Martin SPD: Falsche Punkte!)

fordert, dann ist das einfach zu schön, und deswegen will ich es noch einmal vortragen. Die SPD-Fraktion fordert also heute, zeitnah einen Masterplan Ladeinfrastruktur mit einem tragfähigen Konzept für den Ausbau der erforderlichen Ladeinfrastruktur vorzulegen.

(Hansjörg Schmidt SPD: Das ist doch gut!)

Herzlichen Glückwunsch – das ist der Punkt, lieber Herr Schmidt, den ich eben schon angesprochen habe. Das sollte doch in diesem Quartal noch erfolgen. Aber vielleicht wird der Senat nach diesem netten Hinweis heute, dass das irgendwann einmal kommen könnte, dann auch endlich Entsprechendes vorlegen.

(Dorothee Martin SPD: Sie wissen doch, wie so was geht!)

Punkt 2 Ihres Antrags fordert, über gängige Portale wie www.hamburg.de beziehungsweise www.elektromobilitaethamburg.de Bauherren sowie Mieterinnen und Mieter zum Thema Nachrüstung und Neuplanung von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität auf privaten Stellflächen zu informieren. Wow, auf Websites informieren Sie die Leute, wie Elektromobilität funktioniert. Ich würde mich schämen, mit solch einem Antrag zum Thema Elektromobilität hier aufzulaufen. Der ist nicht nur schwach, sondern er ist wenig mutig, wenn nicht gar ängstlich, aber vor allen Dingen ist er eines nicht: erfolgversprechend. Wer solche Anträge in Hamburg schreibt, der hat sich mit dem Thema noch nicht ausreichend beschäftigt. Wer solche Anträge hier einbringt, der zeigt, warum Hamburg nicht zum Schaufenster Elektromobilität ausgewählt wurde und die Bundesmittel in andere Regionen gehen. Herr Senator, Sie haben dort versagt, und Ihre

(Klaus-Peter Hesse)

Fraktion macht es ebenso, wenn Sie solche Anträge hier schreiben.

(Beifall bei der CDU)

Nun habe ich dargestellt, was im Koalitionsvertrag steht, und ähnlich wie bei der Infrastruktur, die ich angesprochen habe, liegt der Spielball jetzt bei Ihnen, Herr Senator Horch, bei Ihrer Behörde und beim Bürgermeister. Sie müssen das, was in Berlin ausgehandelt und vorgegeben wurde, auch umsetzen. Es ist dringend notwendig, dass nicht wie beim Konjunkturprogramm, wo wir das schon einmal erlebt haben, der Bund Mittel zur Verfügung stellt, die überall hinfließen, etwa in die Ortsumgehung Kleinkleckersdorf, aber für Infrastrukturprojekte, die für unseren Wirtschafts- und Logistikstandort wichtig sind, oder auch für Elektromobilitätsförderung diese Mittel an Hamburg vorbeifließen.

Deswegen, Herr Senator Horch und meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir dringend mehr Planungskapazitäten in unseren Hamburger Behörden, damit die Mittel, die in Berlin zur Verfügung gestellt werden, auch in Hamburg ankommen und abgerufen werden. Sie sollten sich nicht um ein unsinniges Busbeschleunigungsprogramm kümmern, sondern um die Projekte, die unseren Wirtschafts- und Logistikstandort richtig voranbringen oder die zukunftsweisend sind wie die Elektromobilität. Das haben Sie bisher vernachlässigt, und es wird dringend notwendig, dass Sie das ändern.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte beim Thema Elektromobilität, dass man nicht immer nur mit dem Finger auf andere zeigt nach dem Motto: Macht ihr doch erst einmal etwas. Die Stadt muss als Vorbild dienen. Die städtischen Unternehmen müssen auch einmal ihren Fuhrpark anschauen und mehr für Elektromobilität tun. Sie können nicht von anderen Dinge verlangen, die Sie bei den städtischen Unternehmen nicht umsetzen. Ich habe es eben schon gesagt: Andere sind da sehr viel initiativer wie die Handels- und die Handwerkskammer, die dort mit ihren Handwerksbetrieben vorangehen. Der Senat versteckt sich dahinter. Das reicht auf Dauer nicht.

(Beifall bei der CDU)

Und weil Sie so gerne sagen, die Opposition kritisiere immer nur und mäkele herum, habe aber keine eigenen Vorschläge, haben wir mit unserem Antrag eine ganze Liste mit Vorschlägen vorgelegt. Man kann über den einen oder anderen dieser Vorschläge kontrovers diskutieren – auch gerne im Ausschuss, liebe Heike Sudmann. Es gibt sicherlich unterschiedliche Auffassungen, wann der eine oder andere Vorschlag wie umgesetzt werden sollte. Aber jeder dieser Vorschläge ist es wert, dass man darüber diskutiert, und das sollten wir auch tun.

Die CDU-Fraktion hat Punkte aufgenommen, bei denen wir von anderen Städten lernen können, zum Beispiel von Oslo. In Oslo ist es möglich, dass elektrobetriebene Fahrzeuge auch Busspuren nutzen können – warum nicht auch in Hamburg? Im SPD-Antrag steht, dass wir dann die paar Sekunden, die wir durch die Busbeschleunigung gewinnen, vielleicht wieder verlieren könnten. Wenn das der einzige Grund ist, keine Anreize für Elektromobilität zu schaffen, dann ist das wirklich zu wenig. Solange elektrobetriebene Fahrzeuge immer noch teurer sind als andere Fahrzeuge müssen wir uns hier im Parlament oder im Ausschuss Gedanken machen, welche Anreize wir schaffen können.

(Dr. Till Steffen GRÜNE: Aber nicht beim Reden!)

Ein solcher Anreiz kann die Busbeschleunigungsspur sein, kann aber auch zum Beispiel kostenfreies Parken in der Innenstadt sein. Die Menschen müssen Mehrwerte erkennen, dann werden sie sich auch für Elektromobilität entscheiden.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg wäre dann auf einem guten Weg, wenn die Infrastruktur und die Verkehrsangebote dem demografischen Wandel angepasst würden – und dazu gehört Elektromobilität –, wenn Multimodalität und Vernetzung der Verkehrsträger gestärkt würden – auch dazu gehört Elektromobilität – und wenn die Anforderungen der Wirtschaft an die Verkehrsinfrastruktur mehr Berücksichtigung fänden – und auch dazu gehört Elektromobilität. Die Wirtschaft, der Mittelstand zeigt, dass er es kann, nur muss der Senat die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass das in Zukunft noch besser funktioniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Tun wir alle mehr für Elektromobilität, nicht nur in Berlin in einem Koalitionsvertrag, sondern auch in Hamburg. Es gibt viel nachzuholen; der Senat hat bisher viel zu wenig getan. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Bevor ich Frau Martin das Wort erteile, möchte ich aus gegebenem Anlass noch einmal darauf hinweisen, dass es dem Publikum nicht gestattet ist, Fotos von der Sitzung zu machen, und dass die individuelle Ansprache dafür eigentlich genügender Hinweis sein sollte. – Frau Martin, Sie haben das Wort.

Dorothee Martin SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Hesse, wenn man sich Ihre Rede angehört hat, kann man eigentlich nur sagen: Gut gebrüllt, Löwe. Aber mehr auch nicht. Mehr war nämlich nicht dahinter.

(Dorothee Martin)

(Beifall bei der SPD – *Gerhard Lein SPD*: Immerhin mal gebrüllt!)

Sie haben es eben schon erwähnt: SPD, CDU und CSU haben sich in ihrem Koalitionsvertrag klar positioniert zur Elektromobilität. Aber nur, weil wir voraussichtlich im Bund koalieren werden, heißt das nicht, dass jeder Vorschlag zu diesem Thema, der aus Ihren Reihen kommt, bei uns Begeisterung auslöst. Ihr heute zur Debatte vorliegender Antrag hinkt völlig der Wirklichkeit in dieser Stadt hinterher.

(*Birgit Stöver CDU*: Sie haben keine Visionen, das ist es!)

Er zählt Maßnahmen auf, die sich entweder bereits in der Umsetzung befinden oder die aus unserer Sicht schlicht und einfach falsch und nicht umsetzbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Vor einiger Zeit – darauf haben Sie eben auch hingewiesen – haben wir uns über die Bewerbung Hamburgs als "Schaufenster Elektromobilität" unterhalten. Wir sind leider gescheitert, aber wir brauchen diese Diskussion bei Weitem nicht mehr, denn es geht nicht darum, Schaufenster für Lösungen zu sein, die irgendwann im Jahr 2020 umgesetzt werden, es geht darum, sie heute umzusetzen, und genau das machen wir. Das macht der Hamburger Senat in vielfältigen Kooperationen mit der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Wohnungswirtschaft, den Kammern und Verbänden. Es gibt zahlreiche Initiativen im Bereich der immobilen Stadtentwicklung, im Projekt "e-Quartier Hamburg", in dem umfassenden Projekt "Wirtschaft am Strom" von Handels- und Handwerkskammer. Und wir sind auf sehr gutem Weg, Hamburg zu einem Wirtschaftszentrum für Elektromobilität zu machen.

Vielleicht noch ein paar Daten, weil Sie eben sagten, hier würde nichts passieren. 28 Prozent der Elektrofahrzeuge aller acht Modellregionen fahren in Hamburg. Jedes vierte auf deutschen Straßen fahrende Elektroauto ist in Hamburg zugelassen. Mit insgesamt über 700 im Einsatz befindlichen Autos, ungefähr 140 öffentlich zugänglichen Ladepunkten und mit, ganz wichtig, grünem Strom, 60 Ladesäulen auf privaten Flächen, mit Hybridbussen, Elektrotaxis und der größten kommunalen "e-Flotte" in Deutschland ist Hamburg ganz klarer Vorreiter im Bereich Elektromobilität.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung geht weiter, und zwar rasant. Im Jahr 2020 werden laut einer Analyse der Handelskammer bereits über 18 000 eingesetzte Elektrofahrzeuge in Hamburger Unternehmen erwartet. Liebe CDU, wenn Sie diese Erfolge und diese Tätigkeiten bis heute nicht bemerkt haben, dann muss man sich wirklich fragen, ob Sie Interesse an

dem Thema haben oder ob das schlicht und einfach Ignoranz ist.

(Beifall bei der SPD)

Es wurde eben angesprochen, und da gebe ich Ihnen recht: Um Elektroautos weiter zu fördern, müssen vor allem Alltagsanreize für die Verbraucher geschaffen werden. Es gab in der Vergangenheit zahlreiche sogenannte Elektromobilitätsgipfel der alten Bundesregierung. Dort wurden diese Möglichkeiten immer wieder diskutiert, aber konkrete Ergebnisse sind bis heute leider Fehlanzeige. Der Bundesrat hat das vor Kurzem geändert und einer Initiative aus Hamburg zugestimmt, die unter anderem den Kommunen die Befreiung von Parkgebühren für Elektrofahrzeuge im Stadtgebiet ermöglichen soll und außerdem klare Regelungen zum Laden von E-Autos an Ladesäulen schafft, damit diese Plätze nicht von anderen Pkws blockiert werden. Mit diesen geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen unterstützt Hamburg die Etablierung dieser neuen Technologie im Straßenverkehr und schafft damit wichtige Anreize für die Elektromobilität, die wir brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Eine völlig unsinnige Forderung in Ihrem Antrag ist die Freigabe der Busspuren für die Elektroautos. Wir haben das Busbeschleunigungssystem und sind damit die Herausforderungen angesichts der Zuwächse im ÖPNV angegangen. Diese Bemühungen werden durch diesen Vorschlag völlig konterkariert, gerade wenn man sich die rasant steigende Zahl an Elektroautos in Hamburg vor Augen führt. Die Busspuren dienen der Busbeschleunigung und dem Kapazitätsausbau des innerstädtischen ÖPNV. Wenn Sie diese Busspuren durch weitere Autos belasten, dann stehen dort eigentlich alle im Stau, egal ob Auto oder Bus, und davon hat keiner etwas. Das sehen nicht nur wir so, das sieht der HVV so, das sieht der Verband der Deutschen Verkehrsunternehmen so und auch der Deutsche Städtetag. Alle lehnen es klar ab. Und da muss ich mich auch nicht verstecken, wenn ich da kein Vorreiter sein will. Eine unsinnige Maßnahme bringt auch nichts, wenn ich sie als Vorreitermaßnahme durchsetze.

(Beifall bei der SPD)

Sie hatten eben das schöne Beispiel Oslo angesprochen. Dieser Vergleich hinkt ganz gewaltig. Hamburg ist nicht Oslo. Oslo hat insgesamt nicht nur weit weniger Einwohner, Oslo hat auch viel weniger Verkehrsaufkommen zu bewältigen. Und siehe da: In Oslo ist seit wenigen Monaten zu beobachten ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Martin, entschuldigen Sie. – Meine Damen

(Vizepräsidentin Antje Möller)

und Herren! Ich würde gerne der Rednerin mehr Aufmerksamkeit verschaffen.

(Olaf Ohlsen CDU: Das wollen wir alle!)

– Herr Ohlsen, vielen Dank für die Unterstützung.

Frau Martin, Sie haben das Wort.

Dorothee Martin SPD (fortfahrend): Schönen Dank, Herr Ohlsen.

Also: In Oslo ist zu beobachten, dass es nämlich durch die enorm vielen Elektroautos, die dort auf den Busspuren fahren, zu Problemen und zu Staus kommt. Das hat vor Kurzem auch der Chef der Straßenverkehrsbehörde in Oslo berichtet.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das haben wir auch ohne Busspuren!)

Liebe CDU, Sie wettern immer über den Stau, den es angeblich in Hamburg gibt. Was Sie aber hier beantragen, das ist eine Staumaßnahme für den Hamburger ÖPNV und für die Fahrgäste, und das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Nationale Plattform Elektromobilität hält daran fest, dass in Deutschland im Jahr 2020, also gar nicht mehr so lange hin, eine Million Elektroautos auf den Straßen fahren sollen. So steht es auch im Koalitionsvertrag. Das bedeutet, dass es einen Bedarf von ungefähr 950 000 Ladepunkten in ganz Deutschland geben muss. Das ist bei Weitem noch nicht erreicht. Deswegen ist für uns gerade der Anreiz des weiteren Ausbaus einer ganz breiten und nutzerfreundlichen Infrastruktur Dreh- und Angelpunkt, mit dem auch die weitere Entwicklung der Elektromobilität steht oder fällt. Ich sage es noch einmal: Eine Million Autos, 18 000 in Hamburg, müssen angeschlossen werden und nicht auf Busspuren herumstehen.

Wir fordern den Senat daher nochmals auf, seinen Masterplan zeitnah vorzulegen, auf den auch wir gespannt warten. Natürlich ist es ebenso wichtig, nicht nur den öffentlichen Raum zu bestücken, sondern auch private Bauherren, Mieterinnen und Mieter weiter darüber zu informieren, wie sie sich Elektromobilität zu Hause anschaffen können und wie sie dafür sorgen können, ihren privaten Fuhrpark elektromobil umzurüsten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen Elektromobilität in Hamburg. Wir haben erkannt, wie es weitergehen soll, und wir freuen uns darauf, Hamburg auch auf diesem Gebiet weiter zukunftsfähig zu machen. Wir laden Sie alle herzlich ein, uns dabei zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden wieder einmal über Elektromobilität, also über das Wundermittel in der Verkehrspolitik. Hier wird wieder dieses Ziel 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland bis 2020 besungen. Alle wissen, dass es nicht erreichbar ist, deswegen hat es die Große Koalition auch noch einmal in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben.

Wenn man sich das Thema Elektromobilität anschaut, dann ist etwas mehr Nüchternheit angebracht. Das Elektroauto hilft uns bei manchen Problemen, aber es ist nicht das Allheilmittel für alle Probleme, die wir im Straßenverkehr haben.

(Hansjörg Schmidt SPD: Jetzt kommt's aber!)

Die Elektromobilität hilft uns wahrscheinlich – das ist nicht gesichert – bei der Energiewende. Wenn wir die Energiewende hinbekommen wollen und weg wollen von fossilen Energieträgern, dann gilt das auch für den Verkehr und dann brauchen wir auch andere Fahrzeuge. Deswegen ist es natürlich richtig, dass es diese Entwicklung in Richtung Elektromobilität gibt, dass weiter geforscht wird, dass das gefördert wird und dass Elektromobilität zu etwas Selbstverständlichem wird. Aber es gibt auch noch große Probleme, vor allem die Frage der Speicherung der Energie. Es gibt einen erheblichen Energieverlust zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch durch ein Elektrofahrzeug. Das ist eine Sache, an der noch sehr lange geforscht werden muss, weswegen wir hier auch nicht sofort eine für alle brauchbare Lösung haben werden. Es bleibt deswegen im Hinblick auf die Energiewende mindestens genauso wichtig, andere Verkehrsträger zu fördern, die weniger Energie verbrauchen. Das gilt für die Nahmobilität, für das Zufußgehen, für das Radfahren und es gilt für den öffentlichen Nahverkehr, für die schienengebundenen Systeme. Der Senat fokussiert sich auf den Bus, und auch hier ist das Ziel, ab 2020 nur noch emissionsfreie Busse anzuschaffen, nicht zu erreichen. Deswegen gilt es natürlich, wenn man die Energiewende im öffentlichen Nahverkehr schaffen will, insbesondere auf die schienengebundenen Systeme zu setzen, wo die Speicherprobleme nicht entstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichwohl bleibt es richtig, dass die Elektromobilität uns helfen kann bei der Energiewende für genau die Bedarfe, die wir nicht anders als mit Autos abwickeln können. Es ist aber auch wichtig, darauf zu schauen, an welcher Stelle sie uns nicht hilft. Sie hilft uns nicht bei unserem Platzproblem, das wir in der Stadt haben. Sie hilft uns nicht beim Stau, der durch motorisierten Individualverkehr entsteht, weil ein Elektroauto nicht weniger Platz wegnimmt. Und Elektromobilität hilft uns auch nicht beim Thema der lokalen Lärmemission, wie ich das letzte Mal sagte. Die Reaktion darauf war ganz

(Dr. Till Steffen)

interessant. Frau Stöver hat gleich gefragt, wie ich denn darauf käme, und Herr Holstein, der Pressesprecher des Senats, dessen Hauptaufgabe darin zu bestehen scheint, in sozialen Medien Mund-zu-Mund-Beatmung von einzelnen Oppositionsabgeordneten zu machen, hat in meinem Facebook-Profil gepostet, wie ich denn auf die absurde Idee käme, dass Elektroautos tatsächlich keinen Beitrag zur Lärminderung in der Stadt leisten würden. Ich wollte das kommentieren, das ging aber nicht, weil Herr Holstein seinen Beitrag schon gelöscht hatte.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Er hatte offenbar inzwischen selber eine Studie des Umweltbundesamtes gelesen. Ich möchte Ihnen kurz ein paar Sätze aus dieser Studie vorlesen zu der Frage, ob eine Lärminderung durch Elektroautos eintritt. Dazu sagt das Umweltbundesamt:

"Elektroautos können nicht pauschal als leise bezeichnet werden"

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Aber auch nicht als laut!)

"– ihre spezifischen Vorteile für den Lärmschutz liegen im Bereich des Anfahrens und bei Geschwindigkeiten bis ca. 25 km/h. In allen anderen Situationen sind sie genauso laut wie Fahrzeuge mit klassischem Verbrennungsmotor. Daher können Elektroautos auch kein alleiniges Mittel zur Minderung des Straßenverkehrslärms darstellen. Selbst wenn bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen unterwegs wären, würde dies nach unseren Schätzungen den Lärm am Straßenrand gerade einmal um 0,1 dB(A) mindern, das ist ein völlig unbedeutender Effekt."

Also noch einmal, damit wir das nicht jedes Mal wieder neu diskutieren müssen: Lärmschutz und Elektromobilität haben nichts miteinander zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

– Das können wir dann noch mal aufnehmen.

Herr Horch, vielleicht wollen Sie das tatsächlich flächendeckend einführen: Elektroautos mit 25 durch die Stadt. Dann sind wir nahe beieinander.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Alle Autos habe ich gemeint!)

– Natürlich, die anderen werden nach den Plänen des Senats ja ersetzt, das geht ratzfatz in Hamburg.

Noch einmal konkret zum Antrag der CDU: Natürlich ist es gut, wenn Elektromobilität künftig einen Beitrag zur Energiewende leisten kann. Deswegen ist es auch richtig, sich die konkreten Forderungen der CDU anzusehen. Nicht alles ist neu, aber nur, weil es alt ist, muss es nicht falsch sein.

(Beifall bei *Ralf Niedmers CDU*)

Darum unterstützen wir die Punkte, die unter 4 aufgelistet werden. Ich finde es ausgesprochen richtig – ein Punkt, den die CDU im Gegensatz zu den Konzeptionen des Senats aufgenommen hat –, dass man auch auf die verstärkte Nutzung von Pedelecs setzt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Dr. Steffen. – Meine Damen und Herren auf allen Bänken! Darf ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf den Kollegen Dr. Steffen und seine Rede lenken?

Dr. Till Steffen GRÜNE (fortfahrend): Es ist eine sinnvolle Forderung, auch die Pedelecs mit in den Blick zu nehmen; das würde uns helfen.

Zum Thema Busspur ist eben alles Richtige gesagt worden. Wie wir von Hape Kerkeling wissen, gibt es in Oslo hauptsächlich Elche, und deswegen ist das eine ganz andere Situation, die man nicht vergleichen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herrn! Die FDP unterstützt die Förderung von Elektromobilität.

(Beifall bei *Robert Bläsing FDP*)

Das darf aber nicht mit der Brechstange geschehen, wie das die CDU offenbar machen möchte. In der Verkehrspolitik ist es etwas komplizierter als bei John Wayne. Die einfachen Konzepte, im wilden Westen mögen sie funktionieren, hier funktionieren sie nicht. John Wayne hat die Devise: Das ist das Gute und das ist das Böse, und ich kämpfe für das Gute. So einfach ist es hier nicht. Wir können nicht sagen: Das ist das gute Verkehrsmittel, das ist das böse, und wir fördern die guten, egal, was bei den bösen passiert. Das Dumme ist nur, dass genau das uns regelmäßig von den anderen Fraktionen vorgeführt wird.

Frau Sudmann möchte gern alles mit dem Fahrrad transportieren, selbst die Container möchte sie mit dem Fahrrad transportieren. Das kann nicht funktionieren. Die GRÜNEN wollen die Stadtbahn, egal, was es kostet und egal, wie viele Autos am Winterhuder Marktplatz oder sonstwo im Stau stehen. Die SPD möchte den Bussen Vorrang gewähren, egal, ob die Autos dann im Stau stehen.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Und was will die FDP?)

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Und nun kommt Herr Hesse noch um die Ecke und sagt, es müsse auch noch die Busspur blockiert werden, damit auf jeden Fall unsere Elektromobilität gefördert werden kann. Das sind eindimensionale Betrachtungsweisen, die bei dem komplexen Zustand in einer Großstadt nicht weiterhelfen. Die FDP lehnt solche einseitigen Maßnahmen ab.

(Beifall bei der FDP – *Arno Münster SPD*: Dann haben Sie es aber nicht verstanden!)

Die FDP möchte einen fairen Wettbewerb unter den Verkehrsteilnehmern und durchdachte Lösungen im Einzelfall. Im Einzelfall ist es richtig, eine Busspur einzurichten. Im Einzelfall ist es richtig, einen Radweg anzulegen oder zu verbreitern. Aber das pauschal zu machen ist einfach viel zu simpel.

Ich möchte mich Herrn Dr. Steffen anschließen, der schon einige Vor- und Nachteile der Elektromobilität erwähnt hatte. Elektromobilität hat Vorteile, aber auch einige Nachteile. Einige Punkte wurden noch nicht angesprochen, ich möchte sie ergänzen.

Erster Punkt: Jede Bevorzugung einer Kategorie von Fahrzeugen führt zu einer Benachteiligung einer anderen Kategorie, und deshalb ist die Benutzung der Busspur verkehrt.

Zweiter Punkt: Elektrofahrzeuge sind, wahrscheinlich auf sehr lange Zeit, wesentlich teurer als verbrennungskraftstoffbetriebene Fahrzeuge. Ergebnis: Wenn Sie die Busspur für Elektroautos reservieren, dann ist das nichts anderes als eine Bevorzugung der Reichen. Mich wundert, dass eine Partei wie die CDU auf solch eine Idee kommt. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei *Robert Bläsing FDP*)

Dritter Punkt: Elektroautos sind, das hat Herr Dr. Steffen schon ausgeführt, nicht emissionsfrei. Sie wären es dann, wenn sie ausschließlich aus erneuerbaren Energien betrieben würden; auf die Dauer werden Sie das nicht hinbekommen.

Der vierte Punkt ist der entscheidende Punkt: Wir wollen doch nicht von einem Autofahrer auf den anderen umsteigen. Wir wollen nicht, dass die Leute umsteigen von einem Benzinauto auf ein anderes Auto, wir wollen, dass Autofahrer vom Auto

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Aufs Fahrrad!)

auf den ÖPNV oder das Fahrrad umsteigen oder dass sie zu Fuß gehen. Da hilft uns Elektromobilität nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Sie merken, dass wir uns für eine sehr differenzierte und intellektuell anspruchsvolle Diskussion einsetzen

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Und das von Ihnen!)

über die Frage, welches Verkehrsmittel notwendig ist. Das würden wir gerne im Verkehrsausschuss erörtern. Der CDU-Antrag ist bestenfalls eine kleine Gedankenanstrengung. Leider sind einige Punkte nicht so toll, deshalb unser Antrag auf Überweisung an den Verkehrsausschuss. Nun habe ich gehört, dass die SPD das nicht möchte. Das finde ich schade. Deshalb muss ich noch kurz sagen, wie wir zu den einzelnen Anträgen stehen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das sehen wir doch gleich!)

Die Punkte 1 und 2 des CDU-Antrags lehnen wir ab, weil wir eine Blockade von Busspuren ablehnen und auch Hauseigentümer nicht verpflichten wollen, nun auch noch Elektrostellplätze einzurichten. Beim dritten Punkt enthalten wir uns. Den Punkten 4a bis d und f werden wir zustimmen, 4e ablehnen. Den Punkten 5 und 6 werden wir zustimmen.

Der SPD-Zusatzantrag ist, das wurde zu Recht gesagt, nicht viel mehr als weiße Salbe. Aber da auch nichts Falsches drinsteht, werden wir ihm zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefragt, warum diese Debatte nicht so elektrisierend ist, und ich glaube, es liegt nicht an den Rednern und Rednerinnen, die vor mir gesprochen haben,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Also mich hat es schon mitgenommen!)

es liegt daran, dass man auf den ersten Blick denkt, dass es doch ein sehr schönes Thema ist. Es ist scheinbar ökologisch, es ist scheinbar umweltbewusst, es ist scheinbar zukunftsorientiert. Aber fast alle anderen Fraktionen geben sich einer großen Illusion hin,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Der Schein trügt!)

denn der saubere, problemlose Autoverkehr ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Auch wenn die Rednerin Fragen stellt, müssen Sie sie nicht alle beantworten. Ich bitte um Aufmerksamkeit für Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Okay, ich mache mit Aussagesätzen weiter.

Die Illusion lautet doch: Mit Elektromobilität können wir einen sauberen, problemlosen Autoverkehr hin-

(Heike Sudmann)

bekommen, und um das zu schaffen, wird die Autoindustrie noch heftig mit Milliarden Euro öffentlicher Gelder gepampert. Aber es gibt auch Institutionen und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Im letzten Jahr hat das Öko-Institut festgestellt, dass, wenn das Ziel erreicht würde, im Jahr 2020 eine Million Elektromobile zu haben, dies zu – davon sind Sie alle wahrscheinlich begeistert, ich auch – 6 Prozent weniger Treibhausgasen führen würde. Das klingt erst einmal ganz gut, aber sie haben es verglichen mit dem Effekt, den man erzielen könnte, wenn man sich mit ganz viel Aufwand darum kümmern würde, die Benzinmotoren effizienter zu machen. Und da sagt das Öko-Institut: Wenn das ernsthaft angegangen wird, beträgt die Einsparung 25 Prozent. Nun müssen Sie nicht alle kopfrechnen: Das ist mehr als das Dreifache. Das lohnt sich also. Warum wird es nicht gemacht? Ich zitiere gerne den ehemaligen Verkehrsdirektor des Umweltbundesamts, Herrn Friedrich, der in einer Diskussion die Elektromobile als Nachtspeicheröfen auf Rädern bezeichnete, weil sie keinen effektiven Beitrag zum Klimaschutz lieferten. Recht hat er, das habe ich Ihnen gerade anhand der Zahlen verdeutlicht.

Ich glaube, dass vor allen Dingen die CDU, aber auch die SPD es sich mit der Autoindustrie nicht verderben will, denn die hat wenig Interesse daran, auf Elektroautos zu setzen, weil diese eine ganz andere Klientel bedienen. Die Elektroautos werden nicht so schnell sein und nicht so groß. Ich glaube, Porsche hat mittlerweile auch ein schnelles Elektroauto gemacht für den jungen, modernen CDUler, der gerne schnell fahren will. Aber das nutzt der Umwelt überhaupt nichts.

(Zuruf von Dr. Roland Heintze CDU – Finn-Ole Ritter FDP: Die fahren StadtRAD!)

– Die fahren auch nicht StadtRAD.

Ich habe den Einwurf von Herrn Heintze nicht ganz verstanden, aber die CDU hätte ganz andere Möglichkeiten gehabt, als es darum ging, etwas für den Klimaschutz zu tun. Im Sommer hatten wir auf Europaebene die Diskussion, die EU-Abgasnorm zu senken. Es gab einen Kompromiss, alle waren zufrieden, und dann tauchte Frau Merkel von der CDU auf und sagte, das fände sie aber gar nicht gut, und dieser Kompromiss wurde noch einmal verschlechtert. Keine Woche später wurde bekannt, dass zufälligerweise die Firma BMW, also die Unternehmerfamilie Klatten, 700 000 Euro an die CDU überwiesen hat.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das hängt doch alles zusammen!)

Da zitiere ich doch gerne einmal das Handelsblatt, das am 15. Oktober titelte: "BMW hat Merkel im Sack". Das stimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen passiert auch so wenig im Bereich Benzinmotoren.

(Zuruf von Dr. Roland Heintze CDU)

– Joschka Fischer hat auch eine sehr interessante Position, da haben Sie völlig recht, Herr Heintze, aber die LINKE hat diese Position nicht. Die LINKE lässt sich auch nicht täuschen nach dem Motto, Elektroautos seien ganz toll.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe aus dem Plenum)

– Ich habe Sie eben nichts gefragt, deswegen sollen Sie ruhig sein, hat die Präsidentin gesagt.

Die LINKE lässt sich nicht täuschen. Wir sind dafür, dass weiterhin der öffentliche Personennahverkehr gefördert wird, dass die wirklich umweltfreundlichen Fahrzeuge gefördert werden und dass auch die Benzinmotoren verbessert werden; das ist auf jeden Fall wichtig.

Ich habe heute zwei Sachen gelernt, auf die ich wirklich nicht gekommen wäre.

(Olaf Ohlsen CDU: Das kann ich mir nicht vorstellen! – Hansjörg Schmidt SPD: Wenigstens etwas haben Sie gelernt!)

– Herr Schmidt, ich lerne gerne. Nicht immer von allen, aber von vielen.

Ich habe dank des Beitrags von Herrn Steffen gelernt, dass die CDU für eine radikale Tempobegrenzung in der Stadt ist. Das war mir vorher nicht klar. Tempo 25, um ruhigen Verkehr zu haben, finde ich super. Leider steht das in Ihrem Antrag nicht drin. Und ich habe gelernt, dass die FDP – der John-Wayne-Vergleich war ein bisschen schwer zu verstehen – lieber aufs Pferd setzt. Ich glaube, Sie sitzen auf dem Schaukelpferd.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Senator Horch, und ich bitte noch einmal darum, den Plenarsaal zu verlassen, wenn Sie der Debatte nicht folgen wollen.

Senator Frank Horch: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Elektromobilität ist ein Innovationstreiber für unseren Wirtschaftsstandort. Ihr kommt in den nächsten Jahren in ihrer Gesamtheit eine ganz wichtige Rolle in Hamburg zu: einmal als Instrument der Stadtentwicklung und der Verkehrspolitik, zur Verbesserung der Luftqualität, und zwar als Teil der Luftgütepartnerschaft, die wir zwischen Wirtschaft und Senat geschlossen haben, und darüber hinaus bei der Unterstützung der Energiewende mit einer stärkeren Ausrichtung auf Energien aus erneuerbaren Quellen und dies, besonders auf Hamburg bezogen, was die Windenergie betrifft. Der Senat nutzt die Chancen der Elektromobilität schon heute mit einer, und das betone ich, umset-

(Senator Frank Horch)

zungsbezogenen und pragmatischen Strategie. Hierbei setzen wir auf realistische Ziele und versprechen nichts, was wir nicht halten können, denn niemand, Herr Dr. Steffen, kann ernsthaft behaupten, sämtliche Verkehrsprobleme dadurch lösen zu können, dass man auf breiter Front auf Elektroautos baut. Außerdem kann niemand voraussagen, ab welcher kritischen Masse, also ab welchem Aufkommen Elektromobile ihren Umweltvorteil voll ausspielen können, sodass sich dies auch in den Umweltbilanzen unserer Stadt widerspiegelt. Es geht vielmehr darum, jetzt die erforderlichen generellen Weichenstellungen für E-Mobilität in der Stadt vorzunehmen. Und es geht darum, beständig zu prüfen, was verbessert werden kann. Gut gemeinte Vorschläge sind uns von allen sehr willkommen.

Ihr Vorschlag bezüglich der Nutzung der Busspuren, lieber Herr Hesse, ist sicherlich gut gemeint. Die Wahrheit ist allerdings, dass nicht eine einzige vergleichbare deutsche Großstadt ernsthaft darüber nachdenkt, Busspuren für Elektroautos zu nutzen. Auch im Bundesverkehrsministerium ist man, wie unsere Rücksprache ergeben hat, der Auffassung, dass diese Idee keine gute Idee ist und zum politischen Ladenhüter avancieren wird. Der Senat hält es nicht für verantwortbar, solche Ideen zur Umsetzung zu bringen, denn es besteht kein Zweifel, was die vorrangigen Zielsetzungen angeht: Der ÖPNV ist das Rückgrat der innerstädtischen Mobilität.

(Beifall bei der SPD)

Der ÖPNV hat Vorfahrt. Das ist unser Ziel beim Busoptimierungssystem, und dieses Ziel verfolgen wir auch bei der Gestaltung der Attraktivität und bei der Entwicklung. Das steht bei uns ganz, ganz vorn auf der Agenda bei der Lösung von Zukunftsproblemen.

(Beifall bei der SPD)

Die finanzielle und logistische Herausforderung, unser Bussystem bedarfsgerecht und zukunftsfähig weiterzuentwickeln, erfordert konsequentes Vorgehen und nicht gegenläufiges Herumexperimentieren, wie wir es immer wieder und gerade auch heute hören.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns deshalb den Blick auf das Wesentliche richten, was die Elektromobilität angeht. Der Senat baut eindeutig auf Elektromobilität in unserer Stadt, und konsequent setzen wir hier großflächig Förderprogramme an unterschiedlichsten Stellen ein. Hamburg ist bundesweit, das haben wir eben schon gehört, anerkannt für die zuverlässige Umsetzung der Modellprogramme mit bis zu 1600 Elektrofahrzeugen. Wir haben eines der dichtesten Netze frei zugänglicher Ladestationen im gesamten Straßenraum.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Und wir haben gerade erst im Bundesrat eine breite Ländermehrheit organisiert, um stabile rechtliche Rahmenbedingungen für die Nutzung von Ladepunkten zu schaffen. Das war übrigens auch ein Grund, weshalb sich der sogenannte Masterplan für die Ladeinfrastrukturen etwas verzögert. Diese öffentlichen Ladepunkte werden heute schon erfreulich gut genutzt und sollen im Zuge eines differenzierten Masterplans für die Zukunft weiter ausgebaut werden mit Steckdosen dort, wo sie dann auch gebraucht werden, und nicht irgendwo in der Stadt verteilt. So leisten sie hiermit einen Beitrag zur Energiewende in Hamburg, denn die dort eingesetzten Fahrzeuge nutzen diesen Fahrstrom, der dann ausschließlich regenerativ erzeugt wird.

Meine Damen und Herren! Für den Senat gelten bei der Elektromobilität drei Grundsätze: Verfügbarkeit, Wachstum und Sichtbarkeit. Konkret bedeutet dies erstens, dass wir mit attraktiven Konzepten und Angeboten dort hingehen, wo der Bedarf evident ist, und damit die Technologie für die Nutzer dort verfügbar ist, wo sie auch besonders sinnvoll eingesetzt werden kann.

Zweitens: Wir steigern kontinuierlich die Menge der eingesetzten Fahrzeuge und Ladestationen im Sinne einer entsprechenden Marktvorbereitung und erreichen hierüber perspektivisch auch verbesserte kaufmännische Konditionen, sprich eine Wettbewerbsfähigkeit bei der Fahrzeugbeschaffung, den Kaufpreisen und der Erstellung der Infrastruktur.

Drittens: Wir schaffen in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für saubere Antriebe und für moderne Verkehrssysteme. Ein aktuelles Beispiel macht dies besonders deutlich, mit dem wir hierbei auch den Mut für Konzepte haben, die ganz neue Wege beschreiben. Wir werden 50 E-Taxis bei Hamburger Taxiunternehmen in den kommenden Monaten zum Einsatz bringen, die während dieses Projekts 150 000 Kilometer fahren werden. Dies bedeutet, dass allein mit diesem Projekt "E-Taxi Hamburg", so wird der Titel sein, rund 7,5 Millionen Fahrkilometer, die bislang mit Dieselfahrzeugen gefahren wurden, nunmehr mit regenerativ erzeugtem Strom realisiert werden. Das sind dann erste messbare Größen auch bestimmter anderer Bilanzierungen im Luftreinhalteplan.

(Beifall bei der SPD)

Das unterstreicht noch einmal, dass wir mit der E-Mobilität, ob wir jetzt Schaufensterregion sind oder nicht, am weitesten in ganz Deutschland sind. Und mit diesem eben beschriebenen Feldtest haben wir den größten Feldtest in Europa überhaupt auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Ziele verfolgen wir aber auch an weiteren Stellen, zum Beispiel im Bereich der Ladeinfrastruktur. Ich kann Ihnen heute in Aussicht stellen, da der Masterplan immer wieder angesprochen

(Senator Frank Horch)

worden ist, die Inhalte, den Verlauf und auch die kurz anstehenden Ergebnisse in einer umfassenden Berichtsdrucksache, sprich in einem Masterplan, im kommenden Jahr entsprechend darzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Stöver, Sie haben das Wort.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz einige Ergänzungen machen. Zunächst möchte ich dem Senator den Dank aussprechen, dass Sie den Stellenwert der Elektromobilität noch einmal geraderückt haben, denn die Debatte ist nachher doch etwas humoristisch ausgefallen und wird der Elektromobilität nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei *Dorothee Martin SPD* – *Jan Quast SPD*: Enttäuschend!)

Wenn wir über das Voranbringen der Elektromobilität sprechen, dann bedeutet dies nicht, dass wir andere Verkehrsträger und andere Dinge ausblenden, sondern wir wollen einen Fokus setzen. Den Stand der Elektromobilität, den Sie jetzt vorfinden, haben Sie vor allen Dingen der Vorgängerregierung zu verdanken, denn hier sind Sie, Frau Martin, mit alten Zahlen gekommen, die noch aus 2011 stammen. Sie sagten, dass Sie erkannt hätten, wie es in Hamburg weitergehen solle. Das sehen wir definitiv nicht so, und das macht auch Ihr Antrag nicht deutlich, denn dieser Antrag ist sehr enttäuschend. Sie sprechen lediglich von Ladeinfrastruktur, und dieser Punkt ist unglaublich dünn. Damit sind wir sehr weit gekommen, das ist vollkommen richtig, das reicht aber überhaupt nicht aus. Ich werfe dem Senat und der SPD-Fraktion an dieser Stelle vor, dass Sie keine Visionen haben und keine Ideen, wie man Elektromobilität fortführen soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe sogar das Gefühl, dass Ihnen die Vorstellungskraft fehlt, wie Sie Elektromobilität weiterentwickeln wollen, und dazu macht der CDU-Antrag konkrete Vorschläge.

Herr Dr. Schinnenburg, Sie hatten gesagt, dass wir das mit der Brechstange machen wollten, aber dann haben Sie den Antrag und den Punkt mit den Busspuren nicht richtig gelesen. Ich kann noch einmal zitieren:

"Welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit Busspuren für die Nutzung von elektrobetriebenen Fahrzeugen freigegeben werden können."

Das heißt, hier geht es darum, wie es in den nächsten fünf Jahren aussieht, und warum – Herr Hesse sagte es noch einmal – wollen wir in diesem

Punkt eigentlich immer auf dem Status quo bleiben. Wir sollten neue, innovative Ideen bedenken und auch weiterdenken, ob es für Hamburg eine Möglichkeit wäre.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Aber keine Schnapsidee!)

Das hat nichts mit einer Brechstange zu tun. Auch die SPD und die anderen Fraktionen haben meiner Meinung nach den Punkt nicht richtig gelesen. Wir finden es schade, dass Sie definitiv nicht weiter daran denken, eine Ergänzung der Bauordnung vorzunehmen, denn in ihr steht im Moment noch nichts von Elektromobilität.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Gar nichts!)

Dementsprechend sollte man das mit einfügen, nicht als Zwang, aber es fehlt definitiv.

(Beifall bei der CDU)

Herr Steffen sagte, dass Elektromobilität nicht das Allheilmittel sei, aber Elektromobilität fördern bedeutet nicht, die anderen Verkehrsträger und Infrastrukturprojekte auszublenden. In unserem Punkt 5 des Antrags reden wir deutlich darüber, dass es eine Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern geben muss. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksachen 20/10124 und 20/10267 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über die beiden Anträge in der Sache abstimmen. Wir kommen zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/10124. Diesen möchten die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte die Ziffer 1 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Wer möchte der Ziffer 2 zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieses abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit hat auch dies keine Mehrheit gefunden.

Wer möchte sich den Ziffern 4a bis 4d und 4f sowie den Ziffern 5 und 6 anschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieses abgelehnt.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/10267.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das angenommen.

Wir haben die Ziffer 4e des CDU-Antrags noch nicht abgestimmt.

Wer stimmt der Ziffer 4e zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 4e und der Antrag insgesamt abgelehnt.

Meine Herren und Damen! Mir liegt jetzt ein Wahlergebnis vor.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sind 108 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig, und 107 Stimmen waren somit gültig. Frau Henriette von Enckevort erhielt 100 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist Frau Enckevort gewählt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 26 auf, Drucksache 20/10000, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg und Rechtliche Ausgestaltung der strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens – Beratende Äußerungen nach Paragraf 88 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung und Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 20/8400:

Entwurf eines Gesetzes zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg (SNH-Gesetz – SNHG) (Senatsantrag),

20/9054: Rechtliche Ausgestaltung der strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens – Beratende Äußerung nach § 88 Absatz 2 LHO (Bericht des Präsidenten des Rechnungshofs) und

20/9663 (Neufassung): Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg (Drucksache 20/8400)

– Drs 20/10000 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/10265 ein Interfraktioneller Antrag vor.

[Interfraktioneller Antrag:

Ein modernes Haushaltswesen für mehr Generationengerechtigkeit

– Drs 20/10265 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Quast, Sie haben es.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beschließen heute das SNH-Gesetz, mit dem die Landeshaushaltsordnung – die Rahmengesetzgebung für das Haushaltswesen, die Königsdisziplin des Parlaments – grundlegend geändert wird. Das kommt so nur selten vor. Erforderlich ist die Neufassung, weil sich Bürgerschaft und Senat 2002 auf den Weg gemacht haben, das Haushaltswesen der Stadt zu modernisieren, und das mit Erfolg.

Während es in der ersten Phase darum ging, das Vermögen Hamburgs zu erfassen und zu bewerten, um eine Bilanz aufzustellen, die im zweiten Schritt um eine Konzernbilanz ergänzt wurde, die alle Beteiligungen der Stadt einbezieht, wurde in den letzten Jahren die Modernisierung von Haushaltsplanung, Haushaltssteuerung und Bewirtschaftung vorbereitet und in Auswahlbereichen erprobt. Dies alles war mit konzeptionellen Erwägungen und aufwendigen technischen Entwicklungen verknüpft, die vornehmlich in der Finanzbehörde und in Projekten in den Fachbehörden geleistet wurden und die dabei Neuland betreten und gute Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Mit der neuen Landeshaushaltsordnung beenden wir die Erprobungsphase und schaffen die Grundlage dafür, dass der nächste Doppelhaushalt 2015/2016 nach doppischen, nach kaufmännischen Gesichtspunkten aufgestellt und bewirtschaftet wird. Die Doppik löst die Kameralistik endgültig ab.

Die althergebrachte Kameralistik, die sich darauf beschränkt, geplante Einzahlungen und Auszahlungen aufzulisten, genügt heutigen Ansprüchen an das Haushaltswesen nicht mehr. Die geringer werdenden finanziellen Spielräume und die Schuldenbremse stellen höhere Anforderungen an die Haushaltsplanung. Wir haben uns daher für die staatliche Doppik entschieden, die die Sicht auf den Ressourcenverbrauch und auf das Vermögen fokussiert.

Die Doppik berücksichtigt neben den Zahlungsströmen auch Erträge und Aufwendungen, die zwar heute noch nicht zahlungswirksam sind, aber in Zukunft zu erheblichen finanziellen Herausforderungen führen können. Die Doppik verlangt Rückstellungen für künftige Pensionen und Abschreibungen für Wertverluste von Investitionsobjekten. Sie schafft dabei bereits bei der Planung Klarheit über Folgekosten. Wer heute einen Beamten einstellt, muss auch heute schon für dessen Pension Vorsorge treffen. Wer heute investiert, muss auch heute schon den Aufwand für Sanierung und Ersatzbeschaffung berücksichtigen. Diese neue Transparenz bei der Haushaltsplanung führt zu mehr Generationengerechtigkeit.

(Jan Quast)

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Roland Heintze CDU*)

Künftig wird es schwerer sein, sich für Leuchttürme feiern zu lassen und die Rechnung erst kommenden Generationen zu präsentieren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zum gestern vorgestellten Geschäftsbericht 2012 für den Konzern Hamburg und zu den Reaktionen darauf sagen. Der Geschäftsbericht 2012 zeigt, wie wichtig und richtig es ist, dass wir künftig schon in der Haushaltsplanung die eben umschriebenen Grundsätze vorsichtigen kaufmännischen Planens berücksichtigen, um nicht erst nachträglich mit der Bilanzierung Überraschungen zu erleben. Das gestern veröffentlichte Ergebnis mit zum Teil drastischen Formulierungen dem Senat anzulasten, empfinde ich aber als töricht, denn wir wissen es doch alle besser.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht die Schuld dieses Senats, dass er jetzt die strengeren Bewertungsregeln des Handelsgesetzbuches anwendet und nicht die freundlicheren Regelungen der Vergangenheit fortführt. Dies ist unser aller Willen nach Klarheit und Wahrheit in der Bilanz geschuldet, die wir mit der Einführung der Doppik einfordern. Es ist nicht Schuld des Senats, dass er die Risiken, die Hamburg 2009 mit den Garantien für die HSH Nordbank eingegangen ist, jetzt entsprechend ihrer Bewertung in der Bilanz abbildet, was übrigens auch Fraktionen in der Bürgerschaft ganz konkret gefordert haben. Dieser Senat hat vielmehr mit einem großen Teil dieses Hauses gemeinsam die HSH Nordbank gestärkt, damit aus den Buchverlusten einer städtischen Bilanz möglichst keine realen Verluste für den Haushalt entstehen, für die der Steuerzahler dann tatsächlich zur Kasse gebeten wird.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Senat hat hingegen im Zusammenhang mit der Novellierung der Landeshaushaltsordnung eine Regelung vorgeschlagen, die verlangt, dass mindestens ein Viertel der positiven Überschüsse eines Haushaltsjahres dem Eigenkapital zugeführt werden muss, solange, bis zumindest eine schwarze Null erreicht wird. Diese Überschüsse stehen damit, anders als heute, nicht zur Verfügung, um in folgenden Haushaltsjahren Defizite auszugleichen.

Wir alle nehmen die negative Entwicklung des Eigenkapitals sehr ernst, auch wenn diese Entwicklung zunächst zu keinen zusätzlichen Zahlungen führt, und beschließen heute eine Regelung, die das Eigenkapital stärken wird.

Meine Damen und Herren! Wir belassen es nicht dabei, die Kameralistik durch die Doppik zu ersetzen. Wir gehen bei der Haushaltsmodernisierung einen großen Schritt weiter und verändern auch die Darstellung und die Ermächtigungsebene. Wir

führen einen Produkthaushalt ein, eine grundlegende Veränderung, die die Haushaltsmodernisierung 2010 fast hätte scheitern lassen. Erst mit der Ablösung des damals noch tiefer greifenden Modells des Neuen Haushaltswesens durch das Strategische Neue Haushaltswesen, SNH, das der Senat und alle Fraktionen dieses Hauses gemeinsam ausgehandelt und einstimmig auf den Weg gebracht haben, wurde dieser zweite Schritt möglich.

Der Produkthaushalt löst die kamerale Titelstruktur ab. Anstatt über Tausende von Titeln beschließt die Bürgerschaft künftig über Kontengruppen in weniger als 200 Produktgruppen. Die Ermächtigung des Haushalts findet also auf einer sehr viel aggregierteren Ebene statt als bislang. Der Spielraum der Verwaltung in der Bewirtschaftung erhöht sich. Zugleich muss der Senat seine Ziele formulieren und Kennzahlen und Kennzahlenwerte mit dem Haushaltsplan vorlegen, die Teil der bürgerchaftlichen Ermächtigung werden. Wir kommen von der Input-Steuerung zur Output-Steuerung, bei der die fachliche Zielsetzung Grundlage für die Mittelausstattung ist.

Anders als bei den Haushaltstiteln, von denen vor allem der Mittelansatz dargestellt wird, rückt jetzt die Realisierung der fachlichen Ziele in den Mittelpunkt der Darstellung, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushaltsplan, das Quartalsberichtswesen und die Haushaltsrechnung informieren über Ziele und Zielerreichung, sie liefern die Daten für die politische Diskussion. Die politische Fachdebatte wird durch das Berichtswesen unterstützt und damit solidiert.

(Beifall bei der SPD)

Der Produkthaushalt ist ein moderner, zeitgemäßer Ansatz, der aber das Budgetrecht des Parlaments berührt. Die Fehler, die dem NHH noch zu eigen waren, indem es allzu globale Ermächtigungen vorsah, sind im SNH korrigiert. Die uns mit dem SNH-Gesetz vorgelegte Novelle der Landeshaushaltsordnung sowie die Änderungen einer Vielzahl anderer Gesetze wahren das Budgetrecht und machen das Haushaltswesen für die Verwaltung handhabbarer.

Damit verbunden ist aber auch die Erwartung an die Verwaltung, Fach- und Ressourcenverantwortung zusammenzuführen. Die fünf Fraktionen dieses Hauses sehen an verschiedenen Stellen des SNH-Gesetzes noch Änderungsbedarfe und haben daher heute einen Interfraktionellen Antrag vorgelegt, der diese auflistet. Weil wir in Hamburg einen neuen Weg beschreiten, für den es in der Bundesrepublik keine Vorbilder gibt, gab es keine sachverständigen Praktiker, die uns mit ihrer Expertise zur Gesamtheit des Gesetzes zur Seite stehen konnten. Lediglich zu einer Bewertungsfrage im Zusam-

(Jan Quast)

menhang mit den Landesbetrieben konnten wir zwei Professoren hören.

Umso dankbarer bin ich dem Rechnungshof, der den Modernisierungsprozess von Beginn an begleitet hat; eine Reihe der Änderungen in unserem Interfraktionellen Antrag gehen auf seine Hinweise zurück. Für diese Unterstützung möchte ich dem Rechnungshof ganz herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Roland Heintze CDU*)

Eine Auswahl, zu welchen Punkten wir wesentliche Änderungen vornehmen oder Ersuchen formulieren, in aller Kürze. Wir konkretisieren die inhaltlichen und qualitativen Anforderungen an das Berichtswesen, um unseren parlamentarischen Aufgaben weiter gut nachkommen zu können. Und wir erwarten, dass das Berichtswesen künftig in enger Kooperation mit der Bürgerschaft fortentwickelt wird.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Roland Heintze CDU*)

Wir bessern bei den Ausführungsbestimmungen zur Schuldenbremse nach, indem wir dem der Planung der Steuererträge schon zugrunde liegenden gleitenden Stützzeitraum von 21 Jahren Gesetzesrang geben. Wir schreiben Obergrenzen für Kasensverstärkungskredite fest und etablieren ein diesbezügliches Berichtswesen. Wir stärken die Bezirke, indem wir zusätzliche Spielräume in der Bewirtschaftung anstreben und die erfolgreichen Anreizsysteme fortschreiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir formulieren klare Vorgaben für die Haushaltsführung von Landesbetrieben, Hochschulen und Sondervermögen. Wir entlasten im Sinne der Aufgabenkritik die Verwaltung von den Berichten über das vierte Quartal und verbinden dies mit der Erwartung, dass uns die Jahresrechnung künftig deutlich früher als bislang vorgelegt wird. Und wir sehen eine Evaluierung der Landeshaushaltsordnung vor, die die Erfahrungen von drei Doppelhaushalten umfassen soll, um dann gegebenenfalls Weiterentwicklungen vorzunehmen. Denn ich bin mir sicher, dass wir heute mit der Haushaltsmodernisierung noch nicht zu Ende sind.

Meine Damen und Herren! Zum Schluss möchte ich meinen Kollegen, den Obleuten der Fraktionen im Haushaltsausschuss und den Haushaltsreferenten der Fraktionen danken. Wir haben es zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode geschafft, gemeinsam einen Interfraktionellen Antrag für ein modernes Haushaltswesen auszuhandeln und zu formulieren. Diese Leistung, die nicht selbstverständlich ist, nicht immer einfach war und allen Zugeständnisse abverlangt hat, macht die neue Landeshaushaltsordnung nicht nur noch besser, sondern sie stärkt auch die Position des Parlaments.

(Beifall bei der SPD und bei *Thilo Kleibauer CDU* und *Robert Bläsing FDP*)

Dafür möchte ich Ihnen danken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Heintze, Sie haben jetzt das Wort.

(*Arno Münster SPD:* Sag einfach danke! – *Jens Kerstan GRÜNE:* Danke und gut ist!)

Dr. Roland Heintze CDU: – Haushaltspolitik ist schwieriger als Innenpolitik.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat ist das Danke, das auch an mehreren Stellen der Rede des Kollegen Quast schon vorkam, ein Danke, dem wir uns nur anschließen können. Ich habe es nämlich noch nie erlebt, dass so diszipliniert eine so große und umfassende Materie in vergleichbar kurzer Zeit zu einem Ergebnis gebracht wurde, hinter dem dann auch noch ein Interfraktioneller Antrag steht, der wesentliche Dinge richtigstellt und auch wichtige Punkte ergänzt, die in einem gemeinsamen Dialog über das Thema Landeshaushaltsordnung erarbeitet wurden. Dazu haben viele beigetragen, und daher auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön für die wirklich gute Zusammenarbeit und umfassende Unterstützung, ohne die ich das zumindest inhaltlich nicht geschafft hätte. Ich glaube, da geht es den Kollegen ähnlich, von daher auch aus unserer Richtung ein ganz großes Dankeschön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Einen wesentlichen Punkt hat Herr Quast schon genannt, den auch ich an den Anfang stellen möchte, nämlich das Thema Generationengerechtigkeit. Aber auch nachhaltige Haushaltspolitik ist eine der großen Leitideen nicht nur in der Landeshaushaltsordnung, sondern auch im gesamten Prozess der Modernisierung des Haushaltswesens hier in Hamburg. Das, was wir jetzt sowohl an Berichtslegung, an Steuerungsmöglichkeiten als auch an Schwerpunktsetzungsmöglichkeiten haben, wird dazu beitragen, dass die Haushaltspolitik insgesamt solider wird und mehr das Ganze im Blick hat.

Dazu muss man aber auch sagen, dass das sehr von uns abhängt. Wir haben sehr viele Vorbereitungen getroffen. Der Prozess, seitdem der Prüfungsauftrag gegeben wurde, das neue Rechnungswesen und die neue Haushaltsordnung einzuführen, ist nunmehr elf Jahre her. Ich glaube, in den Jahren 2001/2002 hat die Bürgerschaft den Beschluss gefasst, das einmal zu prüfen. Und jetzt, nach elf Jahren, ist das Königswerk vollbracht, indem ein wichtiger Meilenstein mit der neuen Landeshaushaltsordnung erreicht ist.

(Dr. Roland Heintze)

Allerdings stellt sich die Frage – und da weichen die Diskussionen der Praxis –, wie arbeiten wir eigentlich und wie arbeiten die einzelnen Fachpolitiker, die in den Ausschüssen schon ihre Kennzahlen festlegen. Wie arbeiten wir als Parlament mit diesem Instrumentarium? Es gibt drei Dinge, die sehr erfolgskritisch sind.

Zum einen wird man sich wohl zwangsweise sehr intensiv damit befassen müssen, das tun wir alle schon. Zum Zweiten wird man sicher auch üben müssen, sowohl auf Verwaltungsseite als auch auf Parlamentsseite. Und zum Dritten wird man an sehr vielen Stellen feststellen, dass wir vielleicht irgendwo eine Kennzahl falsch festgelegt haben oder dass dort gerade etwas schief läuft, sodass wir noch einmal ändern und nachbessern müssen. Ich wünsche uns, dass wir diesen Prozess genauso aktiv und erfolgreich gestalten, wie wir jetzt die Gestaltung der Landeshaushaltsordnung auf den Weg gebracht haben. Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, denn nur dann führt dieser Aufwand, den sehr viele Menschen dort betrieben haben, auch zum Erfolg. Wir von der CDU-Fraktion möchten dafür werben, diesen Prozess gemeinsam zu gestalten und dieses wirklich große Projekt in der praktischen Arbeit zum Erfolg zu bringen.

Das bedeutet aber nicht, dass inhaltlicher Streit vermieden wird. Herr Quast sprach schon an, dass uns gestern der Konzernbericht der Stadt vorgestellt wurde. Sicherlich haben Sie recht damit, dass der Konzernbericht viele Dinge abbildet, die man dem aktuellen Senat gar nicht anlasten kann, das ist überhaupt keine Frage. Wir bilden nämlich etwas ab, das über Jahre und Jahrzehnte in dieser Stadt entstanden ist. Es muss aber schon klar gesagt werden, dass die Kennzahlen, die wir da sehen, nämlich der Anstieg der Ausgaben bei gleichzeitig höheren Steuererträgen, durchaus Kennzahlen sind, bei denen sich der politische Streit aus Sicht der CDU lohnt und bei denen wir diesen politischen Streit auch weiterhin führen werden, denn genau da hilft uns doch dieses Instrument. Ich denke, wir sind gut beraten, gleich ins Tagesgeschäft überzugehen und nicht auf Erfolge oder Misserfolge vergangener Senate zu verweisen. Wir sollten es jetzt aktiv nutzen, und so habe ich diesen Aufschlag und die Diskussion gestern dazu auch verstanden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nichtsdestotrotz gibt es Punkte – viele hat Herr Quast auch schon benannt –, die der besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Wir sind immer noch nicht sicher, wie sich das Thema Kassenverstärkungskredite auswirkt und ob die Kassenverstärkungskredite mit den jetzigen Obergrenzen, die nur eine sehr kurze Verschuldung sein sollten, um bestimmte Dinge wie Liquiditätsengpässe zu überbrücken, nicht zum neuen Mittel für Verschuldung werden.

Der zweite Punkt ist die Rolle der öffentlichen Unternehmen. Es kann natürlich nicht sein, Ausgaben einfach bei den öffentlichen Unternehmen zu parken. Da müssen wir schauen, ob die Eigenkapital-Spiegelbildmethode, die genauso kompliziert ist wie sich das Wort selbst anhört, ausreichend ist oder ob wir da vielleicht auch noch nachsteuern müssen.

Ein dritter Punkt, auf dem wir ein Augenmerk haben müssen, ist die Möglichkeit der finanziellen Transaktionen, unverzinsliche Darlehen an Dritte. Hier gibt es eine sehr umfassende Berichtspflicht. Wir werden aber sehen, ob diese Berichtspflicht ausreicht.

Neben dem Üben mit dem Tagesgeschäft und wie wir die kennzahlenorientierte Steuerung umsetzen, müssen wir zusehen, dass unsere Politik und auch die Begleitung der Senatspolitik über diese Kennzahlen gesteuert werden. Es bedarf aus unserer Sicht einer hohen Aufmerksamkeit an diesen drei Stellen. Wir glauben, sie sind jetzt erst einmal geregelt, aber sie verdienen unsere Aufmerksamkeit, ob die Regelungen wirklich funktionieren oder ob wir nachsteuern müssen. Das sind drei Punkte, auf die die CDU ein besonderes Augenmerk haben wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nichtsdestotrotz haben wir jetzt eine Landeshaushaltsordnung und ein Haushaltsrecht in Hamburg, das es uns ermöglicht, nach qualitativen und quantitativen Kriterien zu steuern, anders, als wir es in der Vergangenheit getan haben. Es stellt deutlich stärker den Output, das Ergebnis von Politik in den Mittelpunkt. Das ist ein Prozess, auf den wir uns freuen und den wir gern mit Ihnen gemeinsam gestalten werden. Von daher ist der Beschluss der Landeshaushaltsordnung mit dem vorgelegten Interfraktionellen Änderungsantrag heute ein wichtiger Schritt.

Ich persönlich finde, es kann losgehen, und dann bin ich gespannt auf das Tagesgeschäft Steuern über Kennzahlen, und das über alle Ausschüsse. Das wird noch lustig, aber wir freuen uns darauf.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir freuen uns über das neue Haushaltswesen.

(Beifall bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE* und *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ob wir uns in fünf oder zehn Jahren auch noch darüber freuen werden, das wissen wir alle nicht, denn wir nehmen dort eine sehr große Operation vor mit ungewissem Ausgang, weil wir sehr viel än-

(Jens Kerstan)

dern. Aber grundsätzlich ist es auch bei uns GRÜNEN so, dass wir die Auffassung der anderen Fraktionen teilen, dass die Kameralistik, die einfach nur auf Einnahmen und Ausgaben des Staates schaut, die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt und ihr finanzielles Wirtschaften nicht richtig abbilden. Deshalb ist es richtig, mit den Umstellungen auf die Doppik auch Ressourcenverbrauch und Folgekosten schon bei der Haushaltsaufstellung in den zukünftigen Jahren besser abzubilden. Wir freuen uns, dass wir nach so vielen Jahren, nach so vielen Mühen und so vielen Irrungen und Wirrungen bei diesem Prozess jetzt den Einstieg in eine ehrlichere Haushaltspolitik bekommen, eine Haushaltspolitik, die, wenn es gut läuft, dann nachhaltiger, zukunftsfähiger und insbesondere generationengerechter wird.

Allerdings, und das klang eben bei meinen ersten Worten an, ist das auch eine große Herausforderung sowohl an uns als Bürgerschaft als auch an den Senat. Die Umstellung auf einen Produkthaushalt, bei dem es nicht mehr um die einzelnen Titel geht, sondern um Produktgruppen, bei denen man sich dann stärker die Ziele und den Output anschaut, bedeutet doch, dass wir als Parlament im Vergleich zur Vergangenheit an vielen Punkten deutlich weniger wissen, auch in Zukunft deutlich weniger sehen und wissen können. Und ob als Vergleich dazu die Kennzahlen, mit denen wir dann den Output steuern wollen, den gewünschten Effekt haben, setzt eine weiterhin sehr aktive Bürgerschaft und eine sehr aktive Zusammenarbeit von Haushaltspolitikern und Fachpolitikern voraus. Auch wenn wir jetzt mit der Landeshaushaltsordnung ein Stück weit am Ende eines Prozesses sind, ist es doch der Anfang des Prozesses, jetzt dieses Haushaltswesen mit Leben zu füllen, damit es dann auch die gewünschten Effekte aufweist.

Der Senat, das ist die andere Seite der Medaille, die gerade auch zu unserem gemeinsamen Antrag geführt hat, ist jetzt aufgefordert, diesen Vertrauensvorschuss – wir als Parlament verzichten in bestimmten Bereichen auf Informationen – nicht in dem Sinne auszunutzen, das Budgetrecht des Parlaments ein Stück weit zu untergraben. Wir mussten nämlich leider bei den Beratungen in den letzten Wochen feststellen, dass an ein oder zwei Stellen in dieser neuen Haushaltsordnung Änderungen vorgenommen wurden und vom Senat vorgeschlagen wurden, die mit der Doppik und den Kennzahlen gar nichts zu tun hatten, aber im Endeffekt durchaus eine Einschränkung des Budgetrechts des Parlaments beinhaltet hätten, denn eigentlich bestand die Aufgabe dieser Haushaltsordnung doch nur darin, die Doppik und die Kennzahlen in die Haushaltsordnung umzusetzen, und das ist ein Stück weit etwas Redaktionelles.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich dem Rechnungshof danken, dass er auf diesen Prozess ein sehr kritisches Auge geworfen und in seiner

Stellungnahme dem Parlament Hinweise gegeben hat, wo er auf kritische Punkte gestoßen ist. Er hat auch darauf hingewiesen, dass ein Parlament, das sein Budgetrecht ernst nimmt, genauer hinschauen muss.

Ich komme auf einige Punkte im Interfraktionellen Antrag, möchte aber nicht alle erwähnen. Eine gravierende Änderung, die diesen Versuch sehr deutlich macht, ist, dass dieser Senat eine 40-jährige Praxis in diesem Hause als verfassungsrechtlich bedenklich dargestellt hatte, nämlich dass wir in Zukunft bei Landesbetrieben nicht mehr die Wirtschaftspläne in Gänze ermächtigen, sondern nur noch die Zu- und Abführungen. Das wäre in der Tat eine gravierende Einschränkung des Budgetrechts gewesen. Ich bin froh, dass wir bei diesen Beratungen mit dem Rechnungshof, aber auch untereinander gemeinsam einen Weg gefunden haben, um gegenüber dem Senat als Parlamentarier unser Budgetrecht zu stärken. Das würde ich mir auch für die Zukunft wünschen. Es ist nicht gerade eine vertrauensbildende Maßnahme, im Zuge einer Umstellung auf die Doppik durchaus andere Maßnahmen unterjubeln zu wollen, die auch kritisch sein können. Deshalb werden wir GRÜNE auch weiterhin dieses Haushaltswesen mit kritischen Augen begleiten.

Der Hinweis, warum es jetzt so wichtig ist, dass die Fachpolitiker sich nun möglichst genauso intensiv mit dem neuen Haushaltswesen beschäftigen, ist vielleicht ein weiteres Beispiel aus den Beratungen, die wir dort hatten. Bei der Beratung im Sozialhaushalt war es beispielsweise so, dass unseren Fachpolitikern auffiel, dass die Zuwendungen, die am Anfang des Jahres für Vereine und Institutionen festgelegt werden, auf einmal in der Anlage nicht mehr auftauchten. Auf Nachfrage gab es dann vom Sozialsenator die Auskunft, dass das eine Anweisung der Finanzbehörde gewesen sei, aber man könne das auch anders machen. Wir als Parlament haben jetzt festgelegt, dass uns diese wichtigen Informationen am Anfang des Jahres auch weiterhin erreichen. Dort wäre nämlich letztlich eine Änderung der Praxis gar nicht mit Doppik oder Kennzahlen begründbar gewesen.

Dies zeigt sehr deutlich, dass wir in den nächsten Jahren bei den einzelnen Haushalten gemeinsam daran arbeiten müssen, dass das, was wir jetzt als Grundlage gelegt haben, wirklich funktionsfähig ist. Darum bin ich auch sehr froh, dass wir festgelegt haben, nach zwei Haushalten das Ganze noch einmal zu evaluieren. Es ist nämlich bei vielen Punkten nicht klar, wie die Bilanz am Ende aussehen wird.

Insofern haben wir bei allen politischen Unterschieden als Parlament gegenüber der Exekutive weiterhin die Hoffnung, dass uns das auch in Zukunft gemeinsam gelingen wird, wenn Handlungsbedarf bestehen sollte. Wir freuen uns allerdings auch,

(Jens Kerstan)

dass erst einmal ein langer Prozess mit dieser Landeshaushaltsordnung ein Stück weit zum Abschluss kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Jan Quast SPD*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Bläsing, Sie haben das Wort.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geld ist natürlich nicht alles,

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Was ist dann der Rest?)

aber ohne eine vernünftige Finanzierung und Finanzierungsregeln ist auch vieles nichts. Insofern habe ich die relativ undankbare Aufgabe, als vierter Redner zu dem Thema zu sprechen. Vieles wurde schon von meinen Kollegen der anderen Fraktionen gesagt.

Herr Kollege Heintze, ich möchte noch einmal auf Sie eingehen. Am 11. Dezember 2002, also vor genau elf Jahren, hat dieses Hohe Haus einstimmig auf Betreiben der FDP-Fraktion beschlossen, die Reform der Hamburger Haushaltsrechnung und die Einführung einer Generationenbilanz voranzutreiben. Heute befinden wir uns wieder in der Bürgerschaft und gehen mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung einen weiteren entscheidenden Schritt. Ich sage aber auch bewusst, dass es nur ein weiterer Schritt ist. Die praktische Umsetzung wird sicherlich hier und da noch einige Herausforderungen für uns bereithalten; auch da kann ich mich nur meinen Vorrednern anschließen.

Insgesamt sind wir von der FDP-Fraktion mit dem Ergebnis zufrieden. Ich persönlich möchte an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass wir einige Punkte anders gemacht hätten. Ich möchte natürlich auch allen für die gute, kollegiale Zusammenarbeit im Obleute-Kreis danken, ebenso den Vertretern des Rechnungshofs und nicht zuletzt den fleißigen Bürokraten im Weinberg des Dienstherrn, die das in den Behörden als größten Umbruch der letzten Jahrzehnte – das muss man sich auch einmal vor Augen halten – Tag für Tag umsetzen müssen. Auch das ist keine Kleinigkeit. Bei allem, was wir hier besprechen und beschließen, sollten wir uns diese Dimension der Auswirkungen auch vor Augen halten.

Ich möchte im Folgenden auf ein paar Aspekte eingehen, die uns auf der Basis des Senats-Entwurfs besonders wichtig waren. Das Herzstück des neuen Haushaltswesens ist ohne Frage das Konjunkturbereinigungsverfahren. Es war uns besonders wichtig, dass das Verfahren gesetzlich geregelt und spezifiziert wird, denn nur wenn wir verlässliche Aussagen über das strukturelle Defizit haben,

können wir die Haushaltslage tatsächlich beurteilen, und das auch über einen längeren Zeitraum.

Des Weiteren war es unser gemeinsam erklärtes Ziel, dass die Steuerung des Haushalts zukünftig über Ziele und Kennzahlen erfolgt. Mir ist bewusst, dass es für den Senat eine Herausforderung ist, Ziele wirklich treffgenau zu erreichen. Eine Punktlandung ist nahezu unmöglich, da machen wir uns nichts vor. Dennoch ist es aus Sicht des Parlaments wichtig, dass die Kennzahlen verbindlich sind. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass eine erhebliche Abweichung der Kennzahlen nicht folgenlos bleibt. Deshalb steht der Senat nun in der Pflicht, der Bürgerschaft jeweils eine Unterrichtung zukommen zu lassen und eine Anpassung des Haushalts vorzuschlagen.

Allerdings sind wir mit einem Aspekt nicht ganz zufrieden; Herr Kerstan, da muss ich Ihnen ein wenig widersprechen. Es handelt sich hierbei um die Frage der Landesbetriebe und inwiefern Wirtschaftspläne beschlossen werden sollten. Es ist meinem Eindruck nach ein wenig eine Diskussion um des Kaisers Bart. Wenn man Landesbetriebe haben möchte, dann ist das quasi ein kleines Outsourcing innerhalb der FHH, wo diese Landesbetriebe wirtschaftlich eigenständig agieren sollen. Dann ist es meiner Meinung nach auch ausreichend und hinreichend, die Zu- und Abführungen zu beschließen. Einen tatsächlichen Eingriff in den Wirtschaftsplan halte ich insofern nicht für notwendig. Eine Steuerung der Landesbetriebe sollte daher, wie auch von Professor Hilgers in der Expertenanhörung empfohlen, über Ziel- und Leistungsvereinbarungen erfolgen.

Die Fraktionen haben sich vor dem Hintergrund juristischer Schwierigkeiten geeinigt. Das Haushaltsgrundsätze-Gesetz ist da nämlich sehr eindeutig, und als FDP-Fraktion folge ich dem Senat auch argumentativ – Bundesrecht bricht nun einmal Landesrecht. Wir können natürlich sagen, dass 40 Jahre Praxis ganz anders aussahen. Wenn wir so eine Revision machen, dann müssen wir solche Dinge auch ernsthaft in Erwägung ziehen. Nun haben wir uns darauf geeinigt, dass die Wirtschaftspläne als erläuternde Anlagen quasi über den Begründungsteil des Gesetzes beschlossen werden. Im Sinne einer gemeinsamen Linie haben wir uns dem nicht verwehrt. Ich möchte natürlich nicht für schlaflose Nächte bei Herrn Quast und Herrn Kerstan sorgen. Es ist weiße Salbe, die im Grunde nur hingeschmiert wird, wenn wir jetzt auch noch die Wirtschaftspläne über den Begründungsteil beschließen. Wenn es Sie glücklich macht, dann machen wir es halt so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluss gilt es noch anzumerken, dass bei aller intensiven Beratung, die wir nun zum vorläufigen Ende bringen, eine Evaluation in einigen Jahren turnusmäßig stattfinden wird. Wir werden aber auch

(Robert Bläsing)

hin und wieder zwischendurch genau hinsehen müssen und vor allem auch sehr wachsam sein müssen. Ich habe neulich die Beratung der Kennzahlen im Unterausschuss Personalwirtschaft und öffentlicher Dienst erlebt. Wir müssen da gemeinsam und interfraktionell genau hinschauen und überlegen, wie weit man dem Senat, egal, wer die Regierung auch stellt, über den Weg trauen kann. Ich glaube, da müssen wir in Zukunft dem Senat öfter auf die Finger klopfen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort. Und ich bitte das Plenum um die ungeteilte Aufmerksamkeit.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin, für diese spannende Debatte, in der wir uns befinden. Wir können uns doch darüber freuen, dass wir das einvernehmlich machen. Wir verändern einiges, wir haben einiges im Haushaltsausschuss getan und dort kräftig gearbeitet. Allen anderen Personen in diesem Parlament kann ich nur sagen: Sie müssen sich auch noch anstrengen. In den Ausschüssen müssen Sie sich noch einmal ansehen, ob diese Kennzahlen, die dafür entwickelt worden sind, wirklich ausreichen. Das werden wir natürlich zum Teil erst in der Praxis merken, und dann wird die Debatte darüber erst richtig stattfinden.

Ich möchte mich bei den verschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden und natürlich beim Rechnungshof dafür bedanken, dass sie uns dabei kräftig unterstützt haben. Wir haben einen ersten, wichtigen Schritt erreicht, um in der Lage zu sein, in dieser Stadt ein bisschen besser darüber Bescheid zu wissen, was passiert. Das ist nämlich das Wichtige, denn wir erreichen mit diesem Gesetz leider nicht mehr Gerechtigkeit, sondern wir erreichen mehr Transparenz.

Wir haben gestern erfahren, dass wir seit einigen Jahren – nicht erst, seitdem die SPD allein regiert – von unserer Substanz leben. Das haben wir erst wirklich durch diese Art und Weise der Berichterstattung erfahren, weil sich natürlich durch die alte kameralistische Haushaltsführung Etliches verstecken ließ. Das wissen wir jetzt besser, das ist wertvoll für uns. Wir dürfen nicht länger von unserer Substanz leben, das ist die Herausforderung der Zukunft. Aber ich merke schon, das Interesse hier ist mir zu groß, ich sage Ihnen tschüs.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Dr. Tschentscher hat jetzt das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im

vorliegenden Gesetz wird ein Haushaltswesen beschrieben, das, oberflächlich betrachtet, alte Regeln durch ähnlich erscheinende neue Regeln ersetzt und dabei ein paar andere Begriffe verwendet. Statt Ausgaben und Einnahmen heißt es plötzlich Aufwand und Ertrag. Tatsächlich besteht aber der Unterschied zwischen einem doppischen Produkthaushalt und dem bisherigen kameralen Haushalt nicht in der Verwendung neuer Begriffe, sondern in einer anderen Denkart. Während der kameralen Haushalt das Ein- und Auszahlen von Geld in einem System von Haushaltstiteln beschreibt, sagt ein doppischer Haushaltsplan, welche Ressourcen für eine bestimmte Aufgabe oder eine staatliche Leistung eingesetzt werden sollen. Das klingt noch nicht sehr weltbewegend, ist aber ein wesentlicher Unterschied, weil es die Aufmerksamkeit nicht darauf richtet, Geld auszugeben, sondern anhand von Kennzahlen beschriebene Leistungen und Ergebnisse möglichst gut zu erzielen. Inwieweit dies gelingt, die Steuerung des Haushalts mit diesem neuen Ansatz auf eine ressourcenkritische, möglichst gute Leistungserbringung auszurichten, hängt davon ab, wie gut dieses neue System von Bürgerschaft und Senat genutzt wird.

Nun gibt es bei einem solchen Systemwechsel durchaus Bedenken, ob das alles der Weisheit letzter Schluss ist und uns nicht vielleicht neue Probleme bringt, die wir bisher nicht kannten. Das mag sein. Ich halte es sogar für wahrscheinlich, dass wir an der einen oder anderen Stelle noch Erfahrungen machen, die wir nicht erwartet haben, und dass wir das System an diesen Stellen dann nachbessern müssen. Aber das ist eben so, wenn man ein bisher nur im privaten Wirtschaftsleben erprobtes kaufmännisches Prinzip erstmalig auf einen öffentlichen und komplexen Stadtstaatenhaushalt anwendet. Dafür verlassen wir aber endgültig ein System, das voller Widersprüche ist und zahlreiche Fehlanreize setzt, über die man viele Geschichten erzählen kann, je länger man dabei ist und die Sachen im Hintergrund erfährt.

Darüber hinaus gibt es aber einen weiteren wesentlichen Grund, der die Umstellung auf ein doppisches Produktsystem mehr als rechtfertigt. Wir sind in einem kameralen System blind gegenüber zwei Sachverhalten, die eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung haben. Das sind die Abschreibungen, also die Abnutzungen und Entwertungen von Investitionsgütern über den Zeitablauf, und die Rückstellungen für zukünftige Belastungen. Diese beiden Sachverhalte haben wir in einem kameralen System nicht beachtet, nicht einmal dargestellt und schon gar nicht quantitativ erfasst. Diese Nichtbeachtung wirtschaftlich wesentlicher Sachverhalte wird mit der Einführung eines doppischen Produkthaushalts überwunden, indem wir den gesamten Aufwand, auch über das aktuelle Haushaltsjahr hinausreichende Belastungen und die fortlaufende Abnutzung von Investitionsgütern,

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

erfassen und in den Ausgleich mit allen Erträgen einbeziehen.

Dieses selbstverständliche Grundprinzip des privaten unternehmerischen Denkens soll uns auch in der öffentlichen Haushaltswirtschaft einen umfassenden Blick auf die Vermögensentwicklung ermöglichen. Bisher führen solche Betrachtungen im Rahmen einer rückblickenden Bilanzierung, so wie gestern erst, im Nachhinein zu unangenehmen Erkenntnissen.

Hamburg ist neben Hessen das einzige Bundesland, das sein Haushaltswesen konsequent auf die Doppik umstellt und damit den vollständigen Ressourcenverbrauch darstellt. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf werden die Grundlagen dafür geschaffen, das Haushaltswesen ab 2015 endgültig und vollständig auf das doppelte Produkt-Haushaltswesen umzustellen. Zugleich setzt der Gesetzentwurf die Anforderungen des Ersuchens der Bürgerschaft um, das Sie zum neuen Haushaltswesen beschlossen haben.

Der Rechnungshof hat in seinen beratenden Äußerungen und im Haushaltsausschuss den Weg zum doppelten Produkthaushalt unterstützt. Er hat zudem im Vorfeld – und das ist nicht selbstverständlich – bei der Erarbeitung vieler Regelungen mitgewirkt und wesentlich zu einem in sich schlüssigen Gesamtkonzept der neuen Landeshaushaltsordnung beigetragen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CDU und der FDP und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

An dieser Stelle möchte ich ausnahmsweise, das ist selten genug, einmal ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzbehörde danken, die an der Bearbeitung der zahlreichen Fragen zum neuen Haushaltswesen beteiligt waren und die damit auch noch einige Zeit beschäftigt sein werden, denn die Finanzbehörde arbeitet zum Beispiel mit Hochdruck an der technischen Umstellung der Haushaltssysteme, die Anfang 2015 abgeschlossen sein muss. Dazu gehört nicht nur die kaufmännische Planung aller Aufwands- und Ertragspositionen, sondern auch eine Modernisierung der Buchhaltung mit rund 5 Millionen Buchungen pro Jahr, die in ein neues Kontensystem erfolgen muss. Die hierzu erforderliche Einführung eines neuen IT-System – für die nicht sehr aufmerksamen Zuhörer sei es trotzdem gesagt –, diese Umstellung auf ein neues IT-System mit der gleichzeitigen Modernisierung und Anpassung zahlreicher, bestehender IT-Fachverfahren ist ein hoher Aufwand und durchaus ein erhebliches operatives Risiko.

Die Fraktionen haben den Gesetzentwurf in den Beratungen des Haushaltsausschusses kritisch, aber sachlich gewürdigt. Der vorliegende Interfraktionelle Antrag verknüpft viele Regelungen noch

einmal mit einer eindeutigen Erwartung oder Konkretisierung aus Sicht des Parlaments. Dem wollen wir als Senat gern gerecht werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Roland Heintze CDU*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Interfraktionellen Antrag aus Drucksache 20/10265 ab.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Drucksache einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus Drucksache 20/10000.

Hierzu stelle ich fest, dass die vom Haushaltsausschuss empfohlene Kenntnisnahme seiner Beratungen zu den Drucksachen 20/8400, 20/9054 und 20/9663 (Neufassung) erfolgt ist.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen in der Sache über die Senatsanträge aus den Drucksachen 20/8400 und 20/9663 (Neufassung).

Wer möchte dem Senatsantrag aus Drucksache 20/9663 (Neufassung) folgen und das Gesetz zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg aus Drucksache 20/8400 mit den in der Drucksache 20/9663 (Neufassung) vom Senat beantragten Änderungen und den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dies einstimmig erfolgt.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dies einstimmig. Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 51 auf, Drucksache 20/10117, gemeinsamer Bericht des Stadtentwicklungsausschusses und des Umweltausschusses: Windenergieanlagen in den Vier- und Marschlanden – Kompromiss mit den Vertrauensleuten des erfolgreichen Bürgerentscheids im Bezirk Bergedorf finden und Energiecampus verwirklichen und Bergedorfer Bürgerentscheid umsetzen mit Mediation Windenergie Bergedorf und der 133. Ände-

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

zung des Flächennutzungsplans und der 117. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg, Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in Hamburg sowie der Selbstbefassung zum Thema Windenergie.

[Gemeinsamer Bericht des Stadtentwicklungsausschusses und des Umweltausschusses über die Drucksachen 20/8944 (Neufassung): Windenergieanlagen in den Vier- und Marschlanden – Kompromiss mit den Vertrauensleuten des erfolgreichen Bürgerentscheids im Bezirk Bergedorf finden (Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU), 20/9486 (Neufassung): Energie-Campus verwirklichen und Bergedorfer Bürgerentscheid umsetzen (Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP), 20/9675: Mediation Windenergie Bergedorf (Antrag der GRÜNEN Fraktion), 20/9810: 133. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in Hamburg) und 117. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in Hamburg) (Senatsantrag) und zum Thema: Windenergie (Selbstbefassungsangelegenheit des Umweltausschusses) – Drs 20/10117 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/10268 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und der LINKEN vor.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der LINKEN: Energiewende jetzt – Ausbau der Windenergie voranbringen und Bürgerinteressen berücksichtigen – Drs 20/10268 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Schaal, Sie haben es.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich begrüße gleichzeitig Mitglieder der Bürgerinitiative aus Bergedorf und Vertreterinnen und Vertreter der Windbranche, alles Gesprächspartner, mit denen wir das Thema im Vorwege sehr intensiv diskutiert haben. Das heißt, in diesem Bereich wurde nicht nur im Parlament, sondern auch nach draußen kommuniziert und gearbeitet.

Wir wollen in Hamburg die Leistung der Windenergie auf circa 100 Megawatt verdoppeln. Mit dem heutigen Beschluss über den Senatsantrag zur Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms schaffen wir dazu die Voraus-

setzungen und schließen gleichzeitig einen fast sechs Jahre andauernden Vorgang ab. Mit dem Ausbau der Windenergie kann Hamburg dann einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten und auch den Klimaschutz voranbringen.

Es hat in Bergedorf im letzten Sommer einen Bürgerentscheid gegeben. Die Mehrheit der Abstimmenden hatte sich gegen die Senatspläne ausgesprochen. Obwohl die formale Zuständigkeit für die Flächenpläne nicht im Bezirk liegt, sind Senat und Bürgerschaft respektvoll mit den Ergebnissen des Bürgerentscheids umgegangen und haben sich mit den Argumenten der Bürgerinitiative intensiv auseinandergesetzt. Ich möchte auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass viele Einwendungen von Anliegern im Planverfahren bereits berücksichtigt und in die vorliegende Drucksache eingearbeitet wurden. Dafür bedanke ich mich beim Senat und auch bei den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

(Beifall bei der SPD)

So wurden Regelungen für die Hinderniskennzeichnung aufgenommen, bei den Abstandsregelungen wurden auch künftige Wohnbebauungen mit berücksichtigt. In Neuengamme wurde der östliche und mittlere Streifen im Eignungsgebiet verschoben, um die Abstände zur Wohnbebauung zu vergrößern. Und im F-Plan wurde eine Höhenbeschränkung der Windenergieanlagen auf maximal 150 Meter beziehungsweise auf 180 Meter in Curslack festgeschrieben. Dazu möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass es in dem seit 1998 gültigen Flächennutzungsplan keine Höhenbeschränkungen gab. Nur in Georgswerder, im Bezirk Hamburg-Mitte, wurde aufgrund der besonderen Lage des Energiebergs weiter auf eine Höhenbeschränkung verzichtet.

Meine Damen und Herren! Abgesehen von informellen Gesprächen mit Fraktionen hatten die Bergedorfer Bürgerinitiativen im Rahmen der Anhörung in der gemeinsamen Sitzung von Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss Gelegenheit, ihre Bedenken im Parlament zur Diskussion zu stellen. Darauf reagieren jetzt SPD und LINKE mit ihrer Zwölf-Punkte-Initiative. Wir wollen gemeinsam, dass der Ausbau der Windenergie möglichst anwohnerfreundlich erfolgen kann. Es ist nämlich nicht so, dass künftige Investoren mit der Darstellung von Eignungsgebieten automatisch einen Rechtsanspruch auf den Bau einer Windenergieanlage haben. Der Bau von Anlagen muss selbstverständlich nach den Vorschriften des Bundesemissionsschutzgesetzes von der Behörde erst genehmigt werden. Diese Genehmigungsverfahren sollen nach unserer Meinung für alle Beteiligten transparent sein.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn* DIE LINKE)

(Dr. Monika Schaal)

Auch dazu wollen wir eine Fortsetzung des Bürgerdialogs. In dem Zusammenhang wollen wir uns als Abgeordnete im Fachausschuss in öffentlicher Sitzung erst einmal darstellen lassen, welche generellen Aspekte Gegenstand der Einzelfallgenehmigungen sein sollen und wie sie geregelt werden. Dabei soll es dann um relevante Emissionen und Emissionen beispielsweise von Lärm und Schattenwurf gehen. Die damit zusammenhängenden Fragen werden nicht im Flächennutzungsplan geregelt, sondern erst im Genehmigungsprozess, was immer wieder durcheinander geriet. Auch der neueste Stand zum Thema Infraschall wird uns im Ausschuss dann sicher interessieren.

Bei den erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen, die durchgeführt werden müssen, sollen aus unserer Sicht auch die Wünsche der Gremien vor Ort und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Wir wollen außerdem ein begleitendes, transparentes Monitoring des Betriebs der zukünftigen Anlagen. Zusätzlich sollen sich Anlieger über eine telefonische Hotline und ein Online-Beschwerdepostfach melden können, wenn es zu Unregelmäßigkeiten oder Belästigungen durch den Betrieb kommt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Nach dem Repowering sollen Altanlagen selbstverständlich abgebaut werden. Darüber hinaus wollen wir eine Zusammenarbeit mit dem Energie-Campus Bergedorf und dem Pumpspeicherwerk im benachbarten Geesthacht sicherstellen, um die Forschungsmöglichkeiten am Energie-Campus zugunsten der Weiterentwicklung der Energiewende auszuschöpfen. Das wurde in der Debatte auch teilweise infrage gestellt.

Wir wollen, dass in Zusammenarbeit mit den Betreibern finanzielle Beteiligungsmodelle an Windenergieanlagen entwickelt werden. Dadurch sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, auch an den Erträgen der Windenergie teilzuhaben.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Damit wir aber auch erfahren, ob sich der Ausbau der Windenergie unseren Forderungen entsprechend entwickelt, wollen wir im Ausschuss mindestens einmal im Jahr einen Bericht über die Entwicklung erhalten. Ich denke, mit dem gemeinsamen Zusatzantrag von SPD und LINKEN haben wir den Bedenken und Einwänden der Bürgerinitiative in Bergedorf und auch in Francop Rechnung getragen. Darüber sollten auch die Kritiker nicht hinwegsehen.

Aber eines ist auch klar: Ohne Ausbau und Repowering von Windenergieanlagen in Hamburg hätte Windkraft hier keine Zukunft mehr. Das passt aber nicht zum Standort Hamburg als Hauptstadt

der Windenergie. Schließlich verdienen hier 15 000 Menschen ihr Geld in Unternehmen, die sich mit erneuerbaren Energien, vor allen Dingen aber mit der Windenergie beschäftigen. Die CDU, die 2008 die Ausbauplanungen und Flächensuche für Windenergie vorbereitet hatte, hat offensichtlich das wirtschaftliche Potenzial der erneuerbaren Energien aus den Augen verloren und sich von einem möglichen, maßvollen Ausbau der Windenergieanlagen in Hamburg verabschiedet. Das finden wir nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Meine Damen und Herren! In Bergedorf und Francop haben sich die Bürgerinitiativen für eine Höhenbegrenzung der Windenergieanlagen auf 100 Meter ausgesprochen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Dieser Forderung kann und will sich die Mehrheit in diesem Haus nicht anschließen. Aus Expertenanhörungen und Senatsbefragungen wissen wir, dass die Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von unter 100 Metern vor dem Hintergrund weiter sinkender Einspeisevergütungen nicht mehr zu finanzieren und auch nicht wirtschaftlich zu betreiben sind. Darum halten wir nach Abwägung aller Argumente an der Höhenbegrenzung der Windenergieanlagen auf 150 Meter beziehungsweise 180 Meter in Curslack fest. Die Begrenzung der Windenergieanlagen auf 100 Meter inklusive Rotor würde bedeuten, dass Windkraft in Hamburg mittelfristig vor dem Aus steht. Das wollen wir auch angesichts der Herausforderungen der Energiewende nicht verantworten.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Meine Damen und Herren! Eine zentrale Bedeutung für Hamburg hat auch der geplante Energie-Campus. Er wird gebaut vom Competence Center für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz der Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Seine Zielsetzung ist die Vernetzung zwischen Unternehmen, Hochschule und Forschungseinrichtungen bei der Erarbeitung und Erforschung anwendungsnaher Lösungen beziehungsweise Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien. So arbeitet ein HAW-Forschungsteam schon jetzt daran, die Energieeffizienz von Windenergieanlagen zu erhöhen und gleichzeitig die Geräuschemissionen der Rotoren zu reduzieren. Solche Projekte sind von zentraler Bedeutung, weil sie auch die Windenergie nachbarschaftsverträglicher machen, und das brauchen wir.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

(Dr. Monika Schaal)

In Bergedorf wird am Energie-Campus auch ein Bürgerinformationszentrum entstehen und damit ein Raum vor Ort geschaffen, wo Bürgerinnen und Bürger sich informieren können und wo man ins Gespräch kommt. Das halten wir für sehr wichtig. Für die Finanzierung des Energie-Campus hat der Senat EFRE-Mittel eingeworben. Sie verfallen, wenn es zu weiteren Verzögerungen käme. Jede weitere Änderung, die jetzt noch an den Plänen vorgenommen werden sollte, tragen wir deswegen nicht mit, denn jede weitere Änderung bringt neue Zwänge zur Auslegung mit sich, und das kostet wiederum Zeit. Das wollen wir nicht, uns ist daran gelegen, dass der Energie-Campus jetzt umgesetzt wird. Wir wollen zwar die Windenergie im Hafen ausbauen, aber für ein Forschungszentrum ist dort kein Platz. Und Forschung lässt sich dort auch nicht so ohne Weiteres mit Studenten realisieren, denn der Hafen unterliegt gewissen Sicherheitsbeschränkungen.

Wir wollen in Hamburg einen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leisten, indem wir die Windenergie landschafts- und nachbarschaftsverträglich ausbauen. Wir bieten aber den Anliegern in Bergedorf und auch in Francop weiter einen fairen Dialog an. Wir wollen weiter an einem Interessenausgleich arbeiten und bitten daher in diesem Hause um die Zustimmung zum gemeinsamen Bericht, der Ihnen vorliegt, mit den dazugehörigen Drucksachen, vor allem dem Senatsantrag und dem Zusatzantrag der SPD und der LINKEN. Alle weiteren Anträge werden wir ablehnen. Ich bin aber überzeugt, dass es zum Schluss eine breite Mehrheit in diesem Haus gibt, die für den Ausbau der Windenergie eintritt und gleichzeitig den Bürgerinteressen entgegenkommen will. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ziel, die Leistung der Windenergie in Hamburg zu verdoppeln, ist ehrenwert, und es war auch Ziel der schwarz-grünen Regierung – das sage ich in aller Deutlichkeit. Doch es hat Veränderungen gegeben, die wir nicht mittragen können.

Zum einen ist es die Ausgestaltung. Mit Repowering ist allgemein eine Reduzierung der Windenergieanlagen zugunsten leistungsstärkerer Anlagen einhergehend. Und damit geht auch eine Reduzierung der Beeinträchtigung der Anwohner einher.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Aber nicht an dem Standort!)

Aber die Zahl der Windenergieanlagen wird offensichtlich nicht reduziert, denn der Zusatzantrag der SPD und der LINKEN spricht sogar von einem Ausbau der Anzahl an Windenergieanlagen.

Zweitens geht es um den Bürgerentscheid. Frau Dr. Schaal hat die Vertreter der Bürgerinitiative aus Bergedorf begrüßt, das möchte ich auch gern tun. Aber, Frau Dr. Schaal, das ist ein Hohn, denn der Bürgerentscheid ist in Bergedorf erfolgreich gewesen, und das gilt es zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das geschieht jedoch offensichtlich nicht. Noch nicht einmal einem Mediationsverfahren wird gefolgt, und auch der sechsseitige Zusatzantrag ändert an dieser Tatsache nichts.

Mit dem vorliegenden Flächennutzungsplan wäre eventuell sogar eine Verdreifachung der Leistung möglich. Aber ist das wirklich der richtige Weg für Hamburg, ist das wirklich der einzig mögliche Beitrag zur Energiewende, auf den Hamburg sich stürzen sollte? Die CDU-Fraktion sagt ganz deutlich nein zu einer ausschließlich von wirtschaftlichen Gründen getriebenen Zielrichtung. Und vor allen Dingen sagen wir nein zu einer Durchsetzung am Willen der Bürger vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie alle in diesem Hause bitten, sich in die Lage der Anwohner hineinzusetzen. Seit Jahrzehnten stehen in Hamburg Windräder zur Stromerzeugung, zuletzt knapp 60 Stück. Diese stehen vor allen Dingen im Bezirk Bergedorf und in Harburg-Francop. Die Anwohner leben seit Jahrzehnten mit den 80 Meter hohen Riesen vor ihrer Tür, ohne auf die Straße zu gehen und ohne zu protestieren. Das finde ich sehr wichtig festzuhalten. Dabei sind die Francoper nicht nur durch Windräder beeinträchtigt, denn diverse Infrastrukturprojekte schränken ihren Alltag ein. Eine Berücksichtigung der Vielzahl an Einschränkungen in Francop erfolgte auch in diesem Fall nicht.

Ich möchte Sie noch einmal bitten, sich in die Lage der Anwohner hineinzusetzen, denn nun sollen diese 80 Meter hohen Riesen von der Höhe her nahezu verdoppelt werden auf 150 Meter und sogar auf 180 Meter. Die Rotoren ragen dabei so weit in den Himmel, dass eine Befeuerung für den Flugverkehr erforderlich wird. Die Abstände zur Wohnbebauung werden nicht angepasst. Daraus folgen die verschiedensten Beeinträchtigungen, die sich für die Anwohner summieren. Ich führe sie auf.

Erstens: die Bedrängung durch die Anlagenhöhe. Einzelne Häuser sind sogar nur 300 Meter von den Windriesen entfernt. Damit hat Hamburg die geringsten Abstandsflächen im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Eine Höhenbegrenzung

(Birgit Stöver)

kann allen Ernstes hier nicht als Schutz der Bevölkerung gewertet werden.

(Beifall bei der CDU)

Die zweite Belästigung ist die durch Lichtsignale, die ständig leuchten und mit niedriger Frequenz blinken. Die dritte Belästigung ist der Schattenschlag und auch der Lärm der Windräder.

Aber bleiben wir noch einmal bei den Abständen. Wieso stehen ausgerechnet in einem Ballungsraum wie Hamburg mit seiner großen Bevölkerungsdichte die Windräder am dichtesten an der Wohnbebauung? Ich habe noch gut die Aussage des Experten in Erinnerung, dass jedes Bundesland Windenergie nach seiner Möglichkeit fördern solle. In Stadtstaaten geht dies leider zulasten der Bevölkerung, das hat er mit einem Schulterzucken so gesagt.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Der hat sich versprochen!)

– Er hat sich nicht versprochen, das glaube ich nicht.

Die Bürgerinitiative in Francop führt aus, dass der Flächennutzungsplan die Überschreitung der Schutzziele – und Schutz brauchen Anwohner, Bevölkerung, Tier und Natur – zur Vorgabe macht. Das ist echt bitter und ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Anwohner.

(Beifall bei der CDU)

Man muss sich wirklich die berechnete Frage stellen, wieso hier wirtschaftliche Gründe vor dem Schutz der betroffenen Anwohner stehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte einen weiteren Aspekt beleuchten, der immer wieder als Argument angeführt wird, nämlich den Beitrag der Bundesländer zur Energiewende. In den Drucksachen wird dieses Argument immer wieder bemüht, und es wird ebenfalls deutlich gemacht, dass die Windenergie die effektivste Technologie bei den erneuerbaren Energien ist. Das stimmt, aber doch nur da, wo der Windertrag, sprich die Stärke des Windes auf freier Fläche, optimal ausgenutzt werden kann. Laut Senatorin hat Hamburg eine Vorreiterrolle bei der Windenergie inne. In der Tat hat Hamburg sich als Sitz umsatzstarker und international führender Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien entwickelt. Von Hamburg als etabliertem Standort für Unternehmen der Windbranche wie zum Beispiel Vestas, REpower, Siemens, Nordex und viele andere gehen heute wesentliche Impulse in diesem sehr dynamischen Markt aus. Der Zusatzantrag der SPD und der LINKEN formuliert hier sehr ausführlich, spricht aber nicht nur von Hamburg, sondern ausdrücklich von der Metropolregion und ihrer Steigerung der Beschäftigtenzahl und der Unternehmen.

Doch worüber sprechen wir heute? Heute sprechen wir nicht vom Unternehmens-, Forschungs- oder Entwicklungsstandort Hamburg,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Doch, schon, Energie-Campus zum Beispiel!)

sondern wir reden über die schöne Stromproduktion aus Wind. Die vielen kleinen Altanlagen sollen aus wirtschaftlichen Gründen repowert werden, die Leistungserhöhung erfolgt aus wirtschaftlichen Gründen – Zitat aus dem Zusatzantrag –:

"Diese zentrale Rolle [...] hat die Hansestadt nicht durch die Anzahl von Windenergieanlagen [...] errungen."

Daraus wird für mich ganz deutlich, dass es völlig absurd ist, die Stromproduktion aus Wind in Hamburg zu einem Schwerpunkt zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Jedes Bundesland soll seinen Beitrag zur Energiewende leisten, muss seinen Beitrag dazu leisten. Das stimmt, aber bitte mit Sinn und Verstand.

Hamburg hat andere Stärken, um seinen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ich möchte einige davon nennen. Hamburg kann seine Gebäude energieeffizient umbauen, denn, das wissen wir alle, 70 Prozent der Gebäude wurden vor 1978 errichtet und erfüllen die heutigen Effizienzstandards nicht. Bei der Energieeffizienz ist es immer noch so, dass jede eingesparte Kilowattstunde der beste Beitrag zur Energiewende ist.

Ein weiterer Beitrag zur Energiewende ist es, Hamburgs Dächer für den Klimaschutz nutzbar zu machen, sei es durch Solarenergie oder zur Aufwertung des Mikroklimas. Weiter ist es möglich, dezentrale Energieeinheiten zu schaffen, dort, wo es sinnvoll ist, bei Neubauquartieren oder bei Sanierungen von Quartieren.

Und last but not least ist es wichtig, die Förderung des Forschungsstandorts Hamburg weiter und konzentrierter voranzutreiben, und hierzu gehört in der Tat der Energie-Campus der HAW. Die unmittelbare Nähe des Windparks ist jedoch mit 180 Meter hohen Anlagen nicht notwendig, das hat die Expertenrunde ergeben. Sie dient offensichtlich vor allem der Finanzierung des Projekts, was nicht ehrenrührig ist, jedoch unserer Auffassung nach das Einverständnis des Umfelds voraussetzt.

Meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht wundern, dass wir den Flächennutzungsplan ablehnen und den Zusatzantrag ebenfalls, denn erstens lehnt der Zusatzantrag nämlich das Mediationsverfahren ab. Ein Zeitargument darf aber nicht dazu führen, den Schutz der Bevölkerung auszuhebeln. Zweitens bleibt der Bürgerentscheid in den Kernpunkten völlig unberücksichtigt. Da hilft es auch nicht, eine Auflistung der öffentlichen Beteiligungen anzuführen, sondern es ist eher die Beruhi-

(Birgit Stöver)

gung des schlechten Gewissens und ein weiteres Kapitel aus dem Märchenbuch der Genossen. Von einer umfassenden Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner zu sprechen, ist schon mehr als frech und ist schlicht die Unwahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Ein letzter Punkt. Transparente Verfahren sehen wir als selbstverständlich an. Dass Sie die Bürger im Nachhinein beteiligen, wo Sie schon Ihre Kernpunkte nicht erfüllen, ist mehr als selbstverständlich. Mein Fazit: SPD und Senat sehen in puncto Bürgerbeteiligung wirklich nicht gut aus. Wenn Sie das als gutes Regieren verstehen, dann heißt das, dass die SPD an den Bürgern vorbei regiert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute über die Flächennutzungsplanänderungen in Hamburg. Damit wird ein Prozess beendet, der vor sechs Jahren unter der schwarz-grünen Regierung gestartet wurde, und zwar genau so, wie wir es damals besprochen haben und uns darauf geeinigt hatten, nämlich in Hamburg den Windenergieanteil auf 100 Megawatt auszubauen. Dabei wollten wir auf Repowering setzen und zusätzliche Eignungsflächen ausweiten, sodass der Anteil der Windenergie in Hamburg nicht nur in der Stromproduktion erhöht werden sollte, sondern auch die Anzahl der Anlagen und der Flächen.

Wir GRÜNE stehen auch weiterhin zu diesem Projekt. Es gibt nicht viele Energieprojekte in dieser Stadt, die wir angestoßen haben, die dieser SPD-Senat fortgeführt hat, aber das ist ein Bereich. Deshalb werden wir auch dem Zusatzantrag der SPD heute zustimmen, und wir werden dann in der letzten Abstimmung auch den Änderungen des Flächennutzungsplans zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Letztendlich gibt es einen guten Grund, warum die Infrastruktur, die diese Stadt zum Funktionieren braucht, von der Bürgerschaft entschieden wird und nicht nur in den Bezirken, die durch die Anlagen vor Ort betroffen sind. Zweifellos handelt es sich bei dem Ausbau der Windenergie in Hamburg – aber nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit, wir sprachen heute darüber, als es um den Koalitionsvertrag in der Sache ging – um ein Projekt, dem sich keiner entziehen kann. Eine Zusammenarbeit in der Metropolregion nach dem Motto, die Lasten, die mit den Dingen verbunden sind, sollen doch unsere Nachbarn in der Metropolregion tragen, und die Vorteile, zum Beispiel die Windmesse in Husum, wollen wir dann für uns haben, geht nicht. So wird die Energiewende und so wird die

Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg in Zukunft nicht funktionieren können.

Frau Stöver, ich weiß nicht, wie Sie zu diesen Ausführungen gekommen sind, denn es handelt sich natürlich auch im Bereich Forschung und Entwicklung um ein Projekt von nicht nur städtischer, sondern von nationaler Bedeutung. Der Energie-Campus, den wir gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart haben, sieht eine Forschungseinrichtung für erneuerbare Energien und Energieeffizienz vor, daneben ein Fraunhofer-Institut – Hamburg ist bisher fast das einzige Bundesland, das kein Fraunhofer-Institut in seinen Grenzen beherbergt – und eine Ausbildungsakademie für Windenergie. Das ist ein wissenschaftlicher Cluster, der dort entsteht, der nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa seinesgleichen sucht. Auch deshalb ist das eine Entscheidung von gesamtstädtischer Bedeutung, und auch deshalb ist es richtig, dass wir das als Hamburgische Bürgerschaft für ganz Hamburg entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb haben wir GRÜNE uns auch bei dem Bürgerentscheid vor Ort gemeinsam mit SPD und LINKEN für dieses Projekt eingesetzt, und wir haben die Mehrheit nicht bekommen. Wir haben vor diesem Hintergrund vorgeschlagen, Gespräche mit der Initiative zu führen, aber auch danach den Vorschlag einer Mediation gemacht und nicht, weil wir der Auffassung waren, dass unsere Planungen unzumutbare Belastungen sind, die man den Menschen vor Ort nicht zumuten kann, sondern aus Respekt vor der direkten Demokratie, aus Respekt vor dem Engagement der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und vor Bürgerinitiativen. Wir sind nämlich der festen Überzeugung, wenn man von einer zentralen Energieerzeugung an wenigen Standorten mit großen Kraftwerken hin zu erneuerbaren Energien mit dezentralen Anlagen an sehr vielen Orten in der Stadt und im Land kommt, dann muss man das gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort diskutieren, um für Akzeptanz vor Ort zu sorgen.

Das Angebot der Mediation wird leider von der SPD abgelehnt. Das Verfahren ist mittlerweile weit fortgeschritten. Und man muss auch feststellen, dass einer Mediation viele Hindernisse in Bezug auf Zeit und Praktikabilität entgegenstehen; das verneinen wir keineswegs. Gerade der Energie-Campus steht unter einem erheblichen Zeitdruck. Dennoch sind wir der festen Überzeugung, dass bei mehr Bewegung auf beiden Seiten eine Mediation durchaus hätte erfolgreich sein können. Die Aussetzung des Planverfahrens vor der Bundestagswahl hat dazu geführt, dass bei Wiederaufnahme des Verfahrens nach der Bundestagswahl sehr wenig Zeit für eine Auslotung von Kompromissen übrig geblieben ist. Andererseits wäre es jetzt den-

(Jens Kerstan)

noch sinnvoll, in einem geordneten und transparenten Verfahren mit einem Mediator, auf den sich beide Seiten verständigen und ihm auch vertrauen, doch noch einmal Kompromissbereitschaft auszuloten.

Ich kann aber auch nicht verhehlen, dass ich mir in der Ausschusssitzung, als die Initiativen-Vertreter anwesend waren, deutlichere Signale von ihnen gewünscht hätte, nämlich sich nicht nur auf eine Mediation einzulassen, sondern in einer solchen Mediation bei zentralen Streitpunkten auch kompromissbereit zu sein. In der Expertenanhörung ist sehr deutlich geworden, dass im Jahr 2013 die Neuerrichtung von Anlagen mit Hunderten von Metern Höhe wirtschaftlich nicht mehr darstellbar ist, weder bei der Finanzierung noch bei der Suche der Investoren noch bei der Förderung des sich ändernden EEG. Deshalb hätte ein Kompromiss, für den wir sehr geworben haben, so aussehen können, dass man an wenigen Standorten auf 180 Meter Höhe geht, dafür 150-Meter-Anlagen reduziert und damit weiter weg von der Wohnbebauung kommt. Es hätte die Bereitschaft der SPD erfordert, sich auf so etwas einzulassen, andererseits jedoch auch die Bereitschaft der Initiative, die 100 Meter nicht als absolute Grenze darzustellen, über die es keine Kompromissfähigkeit geben kann. Die Aussage, 100 Meter seien bei ihnen das Gleiche wie der Mindestlohn in den Koalitionsverhandlungen in Berlin hat bei uns zu der Einschätzung geführt, dass nun die Fantasie fehlt, wie denn ein Kompromiss in einer Mediation aussehen kann.

Man kann natürlich sagen, auch bei Tarifverhandlungen legten die Tarifparteien, bevor sie begonnen haben, noch nicht die Karten auf den Tisch. Es mag sein, dass es da auch um taktisches Verhalten gegangen ist. Insofern haben wir unseren Vorschlag einer Mediation aufrechterhalten, aber er wird heute endgültig abgelehnt. Da wir jedoch weiterhin zu diesem Projekt stehen, da wir auch glauben, dass die Belastungen der Menschen vor Ort, die ohne Zweifel da sind, auch denen entsprechen, die gerade noch verträglich sind und wie sie an vielen Stellen in diesem Lande den Menschen zugemutet werden, wenn wir dem unzumutbaren Risiko der Atomkraft ein für alle Mal entgehen wollen, haben wir uns am Ende bei der Abwägung des Pro und Contra dafür entschieden, bei unserem ursprünglichem Entschluss zu bleiben und der Änderung des Flächennutzungsplans zuzustimmen.

Aus meiner ganz persönlichen Sicht – ich habe nämlich viele Gespräche geführt und mich sehr dafür eingesetzt, dass es dort eine Verständigung geben kann, woran es ein Stück weit gehapert hat – ist es uns bisher noch nicht gelungen, die Instrumente der direkten Demokratie, der förmlichen Planverfahren und der repräsentativen Demokratie in Konfliktfällen in Übereinstimmung zu bringen. Die Beteiligung der Bevölkerung vor Ort bei Planfeststellungsverfahren führt nicht mehr dazu, dass

diese Projekte akzeptiert werden. Wir haben andererseits jedoch noch keine Verfahren entwickelt, die man danebenstellen kann, um vor Ort Akzeptanz zu erhalten, die in Zukunft vielleicht an anderen Stellen zu einem besseren Interessenausgleich führen.

Meine Einschätzung ist, dass es auch für uns GRÜNE, die wir sehr für direkte Demokratie sind, durchaus noch Weiterentwicklungsbedarf gibt. Das wird den Initiativen und den Menschen vor Ort in Bergedorf jetzt nicht mehr helfen. Es wird nun eine Entscheidung sein müssen, die wir in diesem Hause für die ganze Stadt treffen müssen. Unsere Abwägung ist letztendlich eine ganz einfache: Wenn wir in Richtung 100 Prozent erneuerbare Energien gehen wollen, was ohne Zweifel an vielen Stellen in diesem Land zu Belastungen führt, und wenn wir überall immer sagen, wir würden nicht das machen, was gehe und gerade noch vertretbar sei, sondern wir immer überall nur die Hälfte davon machen, dann wird die Energiewende zum einen unbezahlbar – denn nur eine große Anzahl sorgt für bezahlbaren Strom – und zum anderen werden wir die Ausbauziele nicht erreichen.

So leid es uns also tut, bei der Abwägung der Interessen und der Belastungen kommen wir zu dem Schluss, dass diese Änderung des Flächennutzungsplans in Hamburgs Interesse ist und letztendlich für die Bevölkerung vor Ort auch noch zumutbar ist. Wir werden deshalb heute dem Antrag der SPD und der LINKEN zustimmen, dem Senatsantrag zum Flächennutzungsplan ebenfalls und die Anträge von FDP und CDU ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gerade sehr viele Details gehört, und wir haben dieses Thema im Ausschuss und in der Bürgerschaft schon öfter behandelt. Es hilft manchmal, das Große und Ganze zu betrachten.

Am Beginn dieser Suche nach Eignungsgebieten hatte Hamburg Windanlagen, die in Francop, Georgswerder und den Vier- und Marschlanden standen. Nach dieser ganzen Zeit und nach ergebnisoffenen Untersuchungen haben wir jetzt Planungen zum Repowering in Francop, Georgswerder und den Vier- und Marschlanden. Das kann Zufall sein, aber ich stelle es einmal so in den Raum. Wir hatten einen Bürgerentscheid in Bergedorf, der sich dafür aussprach, eben nicht diese großen Windräder in die Vier- und Marschlande zu stellen, sondern die mit einer maximalen Höhe von 100 Metern. Jetzt kann man feststellen, dass die

(Dr. Kurt Duwe)

Pläne, die anfangs vorgelegt worden sind, fast 1:1 oder sagen wir 0,98:1 durchgeführt werden. Das kann man gut oder schlecht finden, auf jeden Fall ist der Eindruck nach außen nicht gerade der, dass auf die Bürger gehört wird. Das möchte ich einmal ganz klar sagen.

(Wolfgang Rose SPD: Welche Bürger?)

Zum Verfahren: Es ist nicht bewiesen worden, dass die Abstandsregelungen in Hamburg, die etwas näher an die Wohnbebauung heranreichen, die Bevölkerung nicht schädigen könnten, denn im ganzen Bundesgebiet gelten andere Regelungen. Und wenn man schärfere Regelungen einführt, dann ist man in der Beweispflicht, dass das eben noch notwendig und erträglich ist, aber das wurde nicht getan. Ich kann Ihnen auch sagen, warum das wahrscheinlich so geschehen ist.

Hamburg möchte im Jahr eine bestimmte Menge Megawatt an Windenergieleistung erzielen. Dann schaut man sich an, welche Eignungsgebiete man hat und wie groß diese Flächen sind, wie hoch diese Anlagen sein müssen, um überhaupt effizient zu sein beziehungsweise um schwarze Zahlen zu schreiben, und dann kommt man auf solche Abstände, das ist doch ganz einfach. Es ist der Top-down-Approach, um es auf Englisch zu sagen, der viele Bürger stört. Das bedeutet nämlich, dass man versucht, ein Ziel zu erreichen, das man sich imaginär vorgestellt hat, Faktor 2 gegenüber dem Status quo. Und dann schaut man, wie man das irgendwie hinbekommt. Dieses Irgendwie-Hinbekommen ist in der Bevölkerung, zumindest im Bezirk Bergedorf und teilweise auch im Bezirk Harburg, nicht gut angekommen. Das war kein gutes Regieren, und da hätte ich mir eine bessere Methodik gewünscht. Das ist leider nicht geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Anhörung war meines Erachtens nach recht denkwürdig, und ich würde sie auch gern in anderen Politikfeldern erleben, wo man Investoren sehr verständnisvoll entgegengeht und sie auch als Experten einlädt, um dann beispielsweise die Finanzierung ihrer Vorhaben noch einmal darlegen zu können und sie zu fragen, wo denn die Schmerzgrenze wäre. Es ist also klar, dass 100 Meter hohe Anlagen nicht effizient sind.

Die 150 Meter hohen Anlagen können scheinbar schwarze Zahlen schreiben, aber es wird jetzt ein Zeitdruck entwickelt, weil man befürchtet, dass das EEG novelliert wird. Das heißt auf gut Deutsch, die Windanlagen an Land werden demnächst weniger Förderung erhalten als jetzt, und davor hat man Angst. Das führt bei mir dazu, dass diese Investitionen eigentlich schon am Rande dessen sind, was überhaupt ein Investor in Hamburg ertragen kann. Es wird gesagt, wir müssten bis zum Jahresende den gesamten Flächennutzungsplan ändern und nicht einige Bereiche herausnehmen, die man viel-

leicht noch ein halbes Jahr später ändern könnte. Es wird behauptet, wir müssten jetzt ganz schnell die Sache durchziehen, damit die Investoren nicht abspringen.

Das führt für mich aber dazu, dass es wahrscheinlich eine Große Koalition geben wird. Und in dem Koalitionsvertrag steht so etwas wie, dass man Offshore-Energie höher fördern möchte und dafür die Windenergie an Land weniger. Das muss doch Gründe haben, und es hat auch umweltpolitische Gründe.

(Zuruf von Dora Heyenn DIE LINKE)

– Es hat zum einen Gründe, dass es auch effizientere Möglichkeiten gibt, Steuergelder in die Energiewende zu investieren.

Und wenn wir in diesem Jahr in Landwindenergie investieren und vielleicht im nächsten oder übernächsten Jahr diese Steuergelder effizienter für die Energiewende angewendet werden können, dann sollten wir das tun. Dieser Zeitdruck, einmal abgesehen vom Energie-Campus, ist nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der FDP – Dr. Monika Schaal SPD: Sechs Jahre sind kein Zeitdruck!)

Es ist leider so, dass dieser ganze Prozess nicht gerade zur Akzeptanz von Windenergieanlagen in Hamburg geführt hat. Der Zusatzantrag der SPD liest sich sehr nett, und diese fünf Seiten erzählen auch, was man sich alles für Gedanken gemacht hat, wie man die Bürger in Zukunft besser informieren will und so weiter. Das ist sehr viel weiße Salbe. Die CDU wird diesen Antrag ablehnen, das ist ehrenwert. Aber ich halte diesen Antrag für nicht so gut, dass man ihn durch eine Ablehnung adelt. Wir werden uns der Stimme enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was macht die Energiewende aus? Die Energiewende macht erstens den Atomausstieg aus und zweitens den Abschied von fossiler Energie. Das bedeutet auch den Abschied von Großkraftwerken, und dazu gehören unserer Auffassung nach auch die riesigen Offshore-Anlagen auf dem Meer und eine dezentrale Versorgung. Das bedeutet, dass man die Energiekonzerne in ihrer Macht reduziert. Energiewende hat ein Ziel, nämlich eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbarer Energie. Windenergie gehört primär dazu, und seit über 20 Jahren haben wir in Bergedorf Windenergie. Obwohl die Flächen für die Erzeugung von Ökostrom in einem Stadtstaat wie Hamburg begrenzt sind, müssen wir doch unsere

(Dora Heyenn)

Aufgabe übernehmen im Bereich der Energiewende.

Die Arbeitsteilung in der Metropole, Frau Stöver, kann nicht so aussehen, wie der Hamburger Senat es mit Husum oder Hamburg gemacht hat. Das hat mich sehr geärgert. Es kann auch nicht so aussehen, dass wir an der Küste in Nordfriesland die ganzen Windmühlen hinstellen, und in Hamburg haben wir die Firmenzentralen der großen Ingenieurs- und Windkraftanlagenfirmen. Hamburg muss seinen Anteil leisten und muss auch hier dafür sorgen, dass Windkraftanlagen erstellt werden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das Repowering ist wie kaum eine andere Technologie geeignet, Leistungssteigerungen vorzuweisen, wie das bei der Windenergie möglich ist.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heyenn?

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Scheuerl will dich was fragen!)

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): – No, no. Ich kann nur Englisch und Spanisch, mehr ist bei mir nicht drin. Wenn Sie Russisch können, können Sie gern Russisch reden.

Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die installierte Leistung der Anlagen von damals etwa 300 Kilowatt hin zu einer Leistung von heute bis zu 7500 Kilowatt entwickelt. Das ist natürlich schon eine Leistungssteigerung, über die man nachdenken muss. Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Effizienz haben die modernen Anlagen mit ihren Vorgängergenerationen nur noch sehr wenig gemein. Dazu kommt, dass moderne Anlagen leiser sind und das Netz stabilisieren. In der Konsequenz bedeutet dies, dass ältere Anlagen bei gleichzeitiger Reduzierung ihrer Anzahl – das wurde schon gesagt – kurz- und mittelfristig durch moderne und leistungsfähigere ersetzt werden. Wenn wir also in Richtung hundertprozentige erneuerbare Energien wollen, dann kommen wir erstens nicht an der Windkraft vorbei und zweitens auch nicht am Repowering.

Was den Energie-Campus betrifft, haben Sie, Frau Stöver, etwas falsch wiedergegeben. Es haben sich nicht die Experten gegen den Standort des Energie-Campus in Bergedorf ausgesprochen; das tat nur ein Experte. Diese Wahrnehmungsschwierigkeiten scheinen in der CDU nun verstärkt aufzutreten. Es war wirklich nur einer, es waren nicht alle, um das noch einmal deutlich zu sagen, falls wieder falsche Presseerklärungen herausgehen.

(Beifall bei der LINKEN – *Finn-Ole Ritter FDP*: Wer beurteilt das denn? Sie?)

Für uns ist es wichtig, dass Onshore-Windanlagen erstellt beziehungsweise verbessert werden, auch hier im Hamburger Stadtgebiet. Wir sind natürlich – das haben wir an mehreren Stellen schon bewiesen – für eine starke Bürgerbeteiligung.

Nun ist im Ausschuss lange diskutiert worden, es ist vor Ort in Bergedorf sehr lange diskutiert worden, und auch hier und heute haben sich alle prinzipiell für eine Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Eines muss man dazu natürlich sagen: Diese Formel, die besagt, dass man desto eher zur Einigung kommt, je länger man mit einer Initiative spricht, ist eine falsche Formel. Es gibt irgendwann einen Punkt, an dem man nicht übereinkommt. Das kennen wir aus der Bildungspolitik, das kennen wir auch in diesem Fall. Die GRÜNEN haben das versucht – Herr Kerstan hat es beschrieben –, und es wurde ihnen deutlich gesagt, dass alles, was höher als 100 Meter ist, nicht geht. Auf der anderen Seite ist klar, dass man über eine Höhe von 100 Meter hinaus muss, wenn man Repowering will. Wie man hier durch längere Gespräche zu einer Einigung kommen will, ist mir ein Rätsel. Dennoch heißt das natürlich, dass wir weiterhin versuchen wollen, beim Ausbau selbstverständlich die Bevölkerung einzubeziehen und ihre Anliegen zu berücksichtigen. Wir haben einen Abgeordneten in der Bergedorfer Bezirksversammlung gehabt, der einmal den Konflikt zwischen den Anliegern und dem Ziel 100 Prozent erneuerbare Energien wie folgt definiert hat – ich zitiere –:

"Als Anwohner der A 25 muss ich damit leben, dass Menschen eine andere Vorstellung von Mobilität haben als ich. Ich verlange nicht, dass deshalb die A 25 nachts stillgelegt wird. Im 21. Jahrhundert müssen wir mit Einschränkungen leben."

Was ich damit sagen will, ist, dass es für DIE LINKE um einen Ausgleich der Interessen geht und nicht um die Verhinderung eines maßvollen Repowerings. Wir hoffen, dass in Zukunft die Zusammenarbeit mit den Anliegern besser klappt und wir mehr Einigung erzielen. Deswegen haben wir gemeinsam mit der SPD diesen Antrag vorgelegt und hoffen, dass es weitergeht in Richtung Energiewende.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass der schwarz-grüne Vorgängersenk 2008 die Planungen für die Eignungsgebiete zusätzlicher Windenergiestandorte aufgenommen hat, war ein weiser Beschluss, wie uns dieses furchtbare Ereignis in Fukushima gezeigt hat. Diesen Beschluss haben wir als Senat fortgesetzt und uns übrigens auch im Hafen auf die Su-

(Senatorin Jutta Blankau)

che nach entsprechenden Eignungsgebieten gemacht, die aber bei der Veränderung dieses Flächennutzungsplans erst einmal keine Rolle spielen. Bei der Suche mussten zahlreiche Kriterien zum Schutz von Mensch, Natur und Umwelt berücksichtigt werden. In einem mehrfach gestuften Verfahren wurden beispielweise Siedlungsgebiete, Verkehrsanlagen und Schutzgebiete ausgeschlossen, all dies mit einem jeweils über das Gebiet hinausgehenden zusätzlichen Abstand. Übrig geblieben sind dann sechs Flächen: im Bezirk Hamburg-Mitte der Bereich Wilhelmsburg/Georgswerder, im Bezirk Bergedorf die Bereiche Ochsenwerder, Neuengamme, Altengamme, Curslack sowie im Bezirk Harburg der Bereich Francop. Diese Flächen wurden in einem weiteren Verfahrensschritt Einzelfallprüfungen unterzogen. Diese berücksichtigten insbesondere Belange des Natur- und Artenschutzes. Und das noch nicht stattgefundene, aber nachfolgende Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wird für die Einhaltung der Grenzwerte bei der Errichtung der Anlagen Sorge tragen. Darüber hinaus – und dafür bin ich der SPD-Fraktion und der LINKEN dankbar – bietet der Zusatzantrag mit den zwölf Punkten ein transparentes Monitoring, das den späteren Betrieb der Anlagen begleiten kann.

Im gesamten Verlauf des Planverfahrens und über das Planverfahren hinausgehend wurde die Öffentlichkeit einbezogen. Bei zahlreichen Informationsveranstaltungen in Bergedorf und Harburg erhielten die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, Fragen zu stellen sowie ihre Meinungen und Hinweise zum laufenden Planverfahren mitzuteilen. Ich selbst habe auch an mehreren Veranstaltungen teilgenommen, und ich will einen Punkt ansprechen, der in der Auseinandersetzung um Veränderungen in der Nachbarschaft außerordentlich wichtig ist. Jede Infrastrukturmaßnahme greift in die Nachbarschaft ein, ob das Autobahnbaubau ist oder die Hafenerweiterung. Ich habe das am eigenen Körper spüren müssen. Altenwerder ist jetzt ein Hafen. Ich bin dort aufgewachsen. Damals ist diese Infrastrukturmaßnahme für den Bezirk Harburg in Altenwerder nicht positiv aufgenommen worden. Nach langen Auseinandersetzungen auch mit dem damaligen SPD-Senat wurde aber dann diese Hafenerweiterung akzeptiert. Im Nachhinein kann ich nur sagen, dass es ökonomisch gesehen vollkommen richtig war. Nur für uns, die Betroffenen, war die Umsiedlung eine harte Maßnahme, denn es bedeutete, den Heimatort verlassen zu müssen. Dies steht in Bergedorf zurzeit gar nicht an. Es geht um Veränderungen der Infrastruktur, die im Ergebnis noch gar nicht feststehen, weil wir ja die Genehmigungsverfahren noch vor uns haben.

Frau Stöver und Herr Duwe, Sie beide kommen aus dem Bezirk Harburg. Die "Harburger Anzeigen und Nachrichten" gibt es nicht mehr. Es gibt im

"Hamburger Abendblatt" den Regionalteil für Harburg. Heute steht dort ein Artikel zu den Protesten in der Metropolregion. In Heidenau soll ein Windpark gebaut werden, gegen den die Bewohnerinnen und Bewohner jetzt protestieren, weil sie – obwohl es dort schon einen Windpark gibt – keine Veränderungen in ihrer Nachbarschaft wollen. Insbesondere die Bewohner der Siedlung am Büntberg leiden sehr darunter. Jetzt sollten Sie zuhören. Lediglich 300 Meter würden ihre Häuser von den Windkraftanlagen trennen. Das ist weniger als in den Vier- und Marschlanden und widerlegt ihre Argumentation.

(Birgit Stöver CDU: Deswegen protestieren die ja auch zu Recht!)

Meine Damen und Herren! Es hat den Bürgerentscheid gegeben, wir haben drei öffentliche Auslegungen gemacht, und wir haben auf der Strecke in diesem Verfahren drei wesentliche Veränderungen vorgenommen. Bereits im vergangenen Jahr haben wir eine Abstandsveränderung vorgenommen, nämlich den Abstand zu den Wohngebäuden vergrößert. In diesem Jahr haben wir uns endgültig entschieden, eine Höhenbegrenzung einzuführen. Frau Schaal hat darauf hingewiesen, dass es das vorher nicht gab. Nach dem Bürgerentscheid haben wir nochmals den Abstand zur Wohnbebauung in Neuengamme verändert. Damit haben wir versucht, mit der Bevölkerung in die Diskussion zu kommen. Ich unterstütze den Zusatzantrag sehr, weil wir durch diese zwölf Punkte weiterhin im Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern bleiben werden. Ich sage aber auch – hier haben Sie vollkommen recht, Herr Kerstan –, dass wir diese Entscheidung gesamtstädtisch treffen müssen. Man hätte natürlich auch einen Volksentscheid in ganz Hamburg machen können, aber ich glaube, das Ergebnis wäre klar gewesen, weil die Befürworterinnen und Befürworter der Windenergie in Hamburg in der Mehrheit sind und da sie nicht in den Vier- und Marschlanden wohnen, sich mit großer Wahrscheinlichkeit dafür ausgesprochen hätten.

Wir müssen abwägen. Die Windenergie birgt große Chancen, die Chance, die Energiewende voranzutreiben, die Chance, sich als Metropole der Windenergie weiter zu etablieren, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen sowie unseren Forschungsstandort aufzuwerten. Von alledem werden auch alle Bürgerinnen und Bürger Hamburgs profitieren. Das Anliegen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in den Vier- und Marschlanden und in Francop werden wir ernst nehmen, aber wir sollten diese Chancen nicht ungenutzt verstreichen lassen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nur wenige Bemerkungen anfügen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Aber in Volksdorf kommt kein Volksentscheid!)

Die Fachleute aus den Ausschüssen wissen, dass es einmal eine Eignungskarte für ganz Hamburg gegeben hat, in welchen Gebieten die Errichtung von Windkraftanlagen möglich ist. Das wird durch rechtliche Maßstäbe bestimmt. Ich glaube, wenn die Eignungskarte auch an anderen Stellen Eignungsflächen ausweisen würde, dann hätte jeder Abgeordnete die Diskussion auch in seinem Bezirk. Wir haben uns, und deswegen melde ich mich noch einmal, als SPD-Fraktion und mit den Bergedorfer Abgeordneten zusammen diese Diskussion sehr schwer gemacht. Wir haben nicht leichtfertig irgendeine Entscheidung durchgezockt, sondern uns in mehreren Runden mit den Bürgerinitiativen zusammengesetzt, aber auch die Rahmensetzung benannt. Es ist in der Tat die Kernfrage, ob man eigentlich will, dass Windkraft in Hamburg in den nächsten Jahren noch möglich ist. Es ist klar, wenn wir eine Begrenzung auf 100 Meter festlegen, dann ist irgendwann Ende der Veranstaltung. Wir halten das für eine Stadt wie Hamburg, die einen Beitrag leisten will, die ein Kompetenzzentrum im Bereich Windkraft sein will – das ist in der Abwägung für uns jedenfalls der Punkt – politisch nicht für verantwortlich. Deswegen haben wir uns auch am Montag entschieden, heute die Sache positiv zu entscheiden.

Dann möchte ich noch einmal den Punkt Metropolregion ansprechen. Die BSU und andere Behörden haben sogar einmal den Versuch gemacht, Flächen außerhalb Hamburgs zu finden. Wir haben zum Beispiel in Kaltenkirchen auch noch Flächen für den Flughafen, den Herr Hesse, glaube ich, dort immer noch bauen möchte. Da haben die auch gesagt, tolle Idee, aber wir finden das gar nicht toll. Also selbst die Überlegungen, auf Flächen außerhalb der Landesgrenzen auszuweichen, haut nicht hin, weil alle – die Senatorin hat darauf hingewiesen – eigene Ausbaupläne haben.

Noch ein paar Worte zur zeitlichen Komponente bei der Frage des Mediationsverfahrens. Natürlich bedauere ich, dass es nun nicht mehr darstellbar ist, das durchzuführen. Wir hatten abzuwägen zwischen diesem Verfahren und den Fördermitteln, denn wir können nicht sagen, jetzt entscheiden wir nur über Curslack und alles andere schauen wir uns noch einmal an. Das wäre verfahrensmäßig nicht möglich gewesen. Und natürlich muss die Situation nicht nur für den Windcampus, sondern auch für die übrigen Eignungsgebiete wirtschaftlich darstellbar sein. Insofern war das eine sehr schwierige Abwägungsentscheidung. Zusammen mit den Punkten aus dem Zusatzantrag ist es für uns darstellbar. Ich sage noch einmal zum Kolle-

gen Duwe: Für uns ist es nicht nur weiße Salbe. Wenn Sie sich die zwölf Punkte ansehen, dann werden Sie bemerken, dass es bundesweit kaum ein Repowering gibt, das in einer Weise begleitet und flankiert wird wie dieses.

(Birgit Stöver CDU: Weil Sie ein schlechtes Gewissen haben!)

Ich sage das und habe es auch schon in den Gesprächen mit den Initiativen gesagt. Wir werden dafür sorgen, dass diese Punkte 1:1 umgesetzt werden. Dazu gehört die öffentliche Beteiligung bei den einzelnen Genehmigungsverfahren, dazu gehört, dass es nachträgliche Anordnungen und Beschränkungen für die Anlagen geben muss, falls die befürchteten, aber jetzt noch nicht nachweisbaren schädlichen Umwelteinwirkungen tatsächlich eintreten sollten. Das ist für uns selbstverständlich, denn sonst würde eine solche Flankierung keinen Sinn machen.

Lassen Sie mich abschließend vielleicht noch etwas zum Bürgerentscheid sagen; die Senatorin hat bereits darauf hingewiesen. Wir haben eine Flächennutzungsplangesetzgebung, die nun einmal ein Landesparlament macht. Es gibt nicht sieben Flächennutzungspläne, für jeden Bezirk einen. In einem solchen Fall hätte der Bürgerentscheid in der Tat eine verbindliche Wirkung gehabt. Wir haben in Hamburg zwei verschiedene Wege für Bürgerbeteiligung, die bezirklichen Bürgerbegehren und die Volksentscheide auf Landesebene, die, wie wir bei den Energienetzen gerade mitbekommen haben, verbindliche Wirkung haben und was Senat und Bürgerschaft 1:1 umsetzen müssen. Wir haben miteinander, wie ich finde, ein sehr weit ausgebautes Recht geschaffen. Und dann kann es rechtlich auch nicht sein, dass ein bezirklicher Bürgerentscheid mit relativ niedrigen Hürden dieselbe Wirkung hat wie ein Volksentscheid mit sehr viel höheren Hürden, bei dem in ganz Hamburg abgestimmt wird. Wir könnten dann in vielen Fällen nach Hause gehen, weil hier politisch nicht mehr viel zu entscheiden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem kann ich die Enttäuschung und den Ärger der Initiativen sehr gut verstehen. Wir haben uns bemüht, möglichst viele Anliegen aufzunehmen. Ich hoffe auch, dass dies eine Brücke für weitere Gespräche ist, sodass bei den Einzelgenehmigungsverfahren weiter zusammengearbeitet wird. Wenn man diesen politischen und rechtlichen Zwang auf ein Landesparlament ausüben will, dann muss man den Weg der Volksinitiative gehen. Das ist es, was unsere Verfassung dafür vorsieht; über den Bürgerentscheid haut es eben nicht hin. Trotzdem glaube ich, dass ein insgesamt noch vertretbarer Kompromiss gefunden wurde. Wir wissen um die Belastung, die wir den Bürgern vor Ort bereiten, und wir versuchen, mit ihnen im Ge-

(Dr. Andreas Dressel)

spräch zu bleiben. Das ist jedenfalls unser Angebot. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Gladiator.

Dennis Gladiator CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, aber einen Eindruck, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD vermitteln wollen, kann man so nicht stehen lassen. Sie haben mehrfach gesagt, Sie hätten mit den Bürgerinitiativen das Gespräch gesucht und hätten es sich nicht leicht gemacht. Frau Schaal sagte sogar, sie glaube, man habe den Bedenken der Bürger und der Bürgerinitiativen nun Rechnung getragen. Nach allen Beratungen im Ausschuss und wie Sie sich dort verhalten haben, empfinde ich das schon, gelinde gesagt, als Täuschung der Öffentlichkeit und als Täuschung dieses Parlaments, wenn Sie diesen Eindruck erwecken, denn in Wahrheit sind Sie auf keine der Kernforderungen des Bürgerentscheids eingegangen, sondern Sie wollen diesen knallhart missachten.

(Beifall bei der CDU)

Um das zu verdeutlichen, will ich kurz auf drei von Ihnen erwähnte Punkte eingehen, denn ich finde es zynisch, so etwas zu behaupten. Zum einen hatten wir in den Ausschussberatungen verschiedenste Zahlen vorgelegt bekommen: die Zahlen der Bürgerinitiativen, die Zahlen der Betreiber und das, was die Senatsdrucksache selbst hergibt. Es war unsere dringende Bitte, dass wir diese Zahlen objektiv überprüfen lassen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Das hat die SPD stur verweigert. Die Krönung war dann, dass die Behörde auf unsere Frage, mit welchen Zahlen sie denn arbeiten würde, zugeben musste, dass sie nur die Zahlen der Betreiber und Investoren zugrunde gelegt hat. Meine Damen und Herren, das ist schon ein sehr merkwürdiges Vorgehen für eine Landesregierung.

Der zweite Punkt ist das bereits angesprochene Thema Mediation. In diesem Hause haben drei Fraktionen, die sonst nicht immer einer Meinung sind – CDU, FDP und GRÜNE – im August ein Mediationsverfahren beantragt, weil wir wollten, dass zumindest alle Chancen genutzt werden, um einen Ausgleich zwischen den Interessen des Senats und den Interessen der Bevölkerung in Bergedorf und Harburg herbeizuführen. Diese beiden Anträge wurden über Monate im Ausschuss verschleppt. Sie wurden nicht beraten, nicht behandelt. Im Dezember erklärte dann Herr Dr. Dressel, nun sei es zu spät, man könne kein Mediationsverfahren mehr starten, darauf hätte man früher kommen müssen. Das empfinde ich, ehrlich gesagt, als einen Schlag ins Gesicht der vielen Menschen, die

sich für ihren Standort, ihr Wohnumfeld engagieren. Und ganz ehrlich, das ist auch eine Verhöhnung und Düpierung dieses Parlaments.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Gladiator, ich muss Sie leider noch einmal unterbrechen. Mir ist gerade gesagt worden, dass die Zuhörer schon einmal ermahnt worden sind, dass Beifallskundgebungen für sie nicht gestattet sind. Ich bitte Sie wirklich, sich daran zu halten. – Sie haben das Wort.

Dennis Gladiator CDU (fortfahrend): Dies bleibt bei Ihnen hängen, denn Sie können davon nicht mit Argumenten wie Zeitdruck oder äußeren Zwängen ablenken. Sie selbst haben bewusst politisch entschieden, dieses Mediationsverfahren nicht zu starten. Sie haben eben nicht versucht, den Ausgleich der Interessen zwischen der Bevölkerung und Ihrer Senatspolitik herbeizuführen. Sie sollten deshalb dringend damit aufhören, das immer wieder zu behaupten. Das glaubt Ihnen ohnehin niemand mehr.

(Beifall bei der CDU)

Eine kurze Anmerkung noch zur Sachverständigenanhörung. Herr Dr. Duwe hat zu Recht gesagt, dass eine Sachverständigenanhörung, die zu 95 Prozent aus jenen besteht, die wirtschaftlich von einer F-Planänderung profitieren, Objektivität nun wirklich vermissen lässt. Wir haben dort als Opposition Fragen gestellt, und die Behörde wollte zentrale Fragen zu Protokoll erklären. Das Protokoll liegt mittlerweile vor. Die entscheidenden Antworten der Behörde sind dem Parlament aber noch nicht vorgelegt worden. Wir sollen also heute über einen Senatsantrag beschließen, und Sie verweigern uns die Grundlagen Ihrer Aussagen. Das ist eindeutig eine weitere Bestätigung dafür, dass Sie ohne Rücksicht auf die Menschen in Bergedorf etwas durchs Parlament peitschen wollen, koste es, was es wolle.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Noch eine kurze Anmerkung zum Energie-Campus. Niemand von uns hat gefordert oder behauptet, der Energie-Campus solle nicht realisiert oder irgendwohin verlagert werden. Das ist übrigens ein Projekt, das schon lange vor Ihrer Regierungszeit überlegt wurde. Wir haben deutlich gemacht, dass der Energie-Campus richtig ist und realisiert werden soll und dass der Standort für die Windenergieanlagen nicht direkt vor der Haustür sein muss, dass dafür Flächen im Hafen infrage kommen. Es wurde auch von Sachverständigen in der Anhörung bestätigt, dass dies möglich ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nur die HAW nicht!)

(Dennis Gladiator)

Erwecken Sie daher nicht den Eindruck, das sei nicht möglich. Fakt ist, Sie wollen nicht, dass die Anlagen woanders stehen. Das müssen Sie den Menschen dann auch so ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Zu Ihrem Antrag möchte ich nur einen Satz sagen. Er wirkt auf mich zum einen wie der verzweifelte Versuch, der eigenen Fraktion das gute Gefühl zu geben, ruhig zustimmen zu können, weil es so schlimm nicht sei. Das trifft aber in keinem Fall zu, das ist deutlich geworden. Zweitens erweckt er den Eindruck, als wollten Sie den Bergedorfern eine Beruhigungspille verabreichen. Ihr Pech ist nur, dass die Bergedorfer schlauer sind als Sie denken. Sie haben deutlich erkannt, dass dieser Antrag nicht mehr ist als ein Placebo. Dieses Vorgehen, dieses Missachten des Bürgerentscheids wird Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen vor Ort gehörig auf die Füße fallen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das kann sie nicht auf sich sitzen lassen!)

Dr. Monika Schaal SPD:* In Eimsbüttel habe ich den Flughafen sehr dicht am Ohr. Ich hätte lieber eine Windmühle als den Flughafen neben dem Haus.

(Zurufe von der CDU)

Das war eine sehr persönliche Erklärung. Deswegen bin ich allerdings nicht nach vorn gegangen, Herr Wersich, sondern ich möchte gern auf das Argument von Herrn Gladiator eingehen, das Sie hier erneut – wie schon im Ausschuss – im Munde geführt haben, nämlich dass wir das Verfahren verschleppt hätten.

(*Wolffhard Ploog CDU:* Das ist doch nicht verboten!)

– Es ist nicht verboten. Jeder blamiert sich, so gut er kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen einmal in die Unterlagen schauen und den Ablauf des Verfahrens nachvollziehen. Bei praktisch jeder Änderung, die zugunsten der Bergedorferinnen und Bergedorfer vorgenommen wurde, gab es die Notwendigkeit, das Planverfahren wieder aufzumachen, die Unterlagen neu auszulegen. Das wissen Sie genau, das hat Zeit gekostet. Deshalb hat es so lange gedauert. Das ist im Verfahren gewesen, das ist noch nach dem Bürgerentscheid gewesen.

(*Birgit Stöver CDU:* Warum der Alleingang dann?)

Es hat also drei neuerliche Auslegungen gegeben. Damit ist man auf die Bürgerinnen und Bürger zugegangen. Und wenn Sie darüber lachen, dann sollten Sie einmal überlegen, wie Sie das den Leuten verkaufen wollen. Es sind die Abstände zu den Wohnbebauungen geändert worden. Nehmen Sie das nicht zur Kenntnis, oder wie?

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* In Neuengamme!)

In Neuengamme sind ganze Eignungsstreifen verschoben worden. Dann mussten die Pläne wieder neu ausgelegt werden. Wo, bitte, ist die Verschleppung? Der Ablauf des Verfahrens ist vorgeschrieben. Wenn Sie etwas ändern, dann müssen Sie wieder von vorn anfangen.

(*Wolffhard Ploog CDU:* Sie verstehen es einfach nicht!)

– Er versteht es offensichtlich nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dann zum zweiten Argument. Sie haben über irgendwelche Daten gesprochen. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie die Auseinandersetzung über die Effizienz von Windenergieanlagen im Verhältnis zur Höhe meinen. Wir haben eine lange Diskussion darüber geführt, wir hatten Experten dazu im Ausschuss. Es waren Vertreter aus der Windbranche da, es waren Vertreter der Banken da. Wir konnten zusätzlich eine wissenschaftliche Untersuchung darüber zur Kenntnis nehmen, wie sich das Verhältnis von Höhe zur Effizienz von Windenergieanlagen verhält.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das wissen wir doch alles!)

Sie können Listen von einzelnen Windenergieanlagenherstellern nehmen. Dort können Sie genau nachvollziehen, was eine Anlage in welcher Höhe und mit welcher Rotorgröße bringt. Alles das können Sie nicht von der Hand weisen. Wir wissen zum Beispiel nicht, welche Daten dort von Ihnen vorgetragen wurden, von wem die stammen und wie die zustande kommen. Wir können uns nur darauf verlassen, was auf dem Tisch lag, und dann müssen wir leider sehen, dass es bei einer Gesamthöhe von 100 Metern leider nicht möglich ist, effizient zu arbeiten. Die Erträge sind zu gering, auch im Verhältnis zu den sinkenden Einspeisevergütungen.

(*Birgit Stöver CDU:* Wo bleibt der Mensch, wo ist das Argument Mensch?)

Sie wissen auch, dass die Einspeisevergütungen nicht erst sinken, wenn die Koalition vielleicht das EEG geändert hat. Sie wissen, dass die Einspeisevergütungen bei der Windenergie, bereits im EEG angelegt, sich sukzessive jedes Jahr um 1,5 Prozent verringern. Es wird immer weniger, also muss man sehen, dass man effizient wird, sonst kann

(Dr. Monika Schaal)

man weder damit Geld verdienen noch die Energiegewende schaffen. Das kleine Zeug bringt nichts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben eine Situation, in der wir um den Umgang mit einem Akt der direkten Demokratie ringen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ja, du bist so ein kleiner Ringer!)

Wenn die Gefahr besteht, dass Demokratie und direkte Demokratie und parlamentarische Demokratie an Ansehen verlieren, dann ist das für unsere Fraktion, die immer für direkte Demokratie gestritten hat, ein Punkt, an dem wir uns schon Sorgen machen. Aber ich möchte Ihnen, Herr Gladiator, gern etwas erwidern. Wir GRÜNE lassen uns nicht gern vorwerfen,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Ach!)

dass wir letztendlich den Bürgerwillen missachten, nicht von einer CDU, die willentlich und wissentlich einen Volksentscheid zur Privatisierung des LBK übergangen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre gegenwärtige Leidenschaft für die Verbindlichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden finde ich etwas aufgeblasen. Wenn man über direkte Demokratie redet, dann muss von Anfang an klar sein, wer was entscheidet und was verbindlich ist und was nicht. Darauf möchte ich einfach noch einmal hinweisen. Ich habe auch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Initiative vor dem Bürgerentscheid besprochen, dass der nicht die Entscheidung sein wird, denn wie bei jedem anderen Thema, für das die Bürgerschaft zuständig ist, hat auch hier eine Empfehlung der Bezirksversammlung oder eben dieser Bürgerentscheid keinerlei Verbindlichkeit. Das ist gerade der Punkt, den ich bedauere und wo ich glaube, dass wir uns vielleicht darüber noch Gedanken machen müssen. Ein Prozess, von dem man weiß, dass die Abstimmung der Bürgerinnen und Bürger am Ende gar nicht das bewirkt, wofür sie sich einsetzen, bräuhete vielleicht eine längere Frist für Verhandlungen, bevor Entscheidungen getroffen werden. Erfolgreiche Bürgerbegehren, die am Ende dann ins Leere laufen, führen zu viel Unmut und Frust und Ähnlichem. Deshalb hätte ich mir eben auch mehr Signale gewünscht, dass man sich in der Sache bewegt, gerade wenn man weiß, dass man einen Bürgerentscheid gewonnen hat, der letztendlich nicht verbindlich ist. Ich bin der festen Überzeugung,

dass man sich in bestimmten Punkten auf bestimmte Dinge hätte einigen können, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entgegengekommen wären. Das hätte aber der Bereitschaft auf beiden Seiten bedurft, und die haben wir nicht wirklich erkennen können. Insofern ist das, glaube ich, jetzt eine Entscheidung, die am Ende natürlich für die Menschen vor Ort nicht befriedigend ist. Das bedauere ich sehr, weil es dort in der Tat auch um Belastungen geht. Das sind aber Entscheidungen, die wir in diesem Parlament leider an vielen Stellen treffen müssen. Darum wünsche ich mir einfach, dass wir in Zukunft vielleicht noch etwas mehr darüber nachdenken, wie man diese formalisierten Planungsverfahren und direkte Demokratie besser synchronisiert, damit sich diese Situation, nämlich Unmut, Frustration und Akzeptanzprobleme gegenüber den Entscheidungen der Bürgerschaft, aber auch gegenüber Bürgerentscheiden, nicht wiederholt. Das ist keine gute Situation, und darum sollten wir diese Debatte nicht in dieser Weise weiterführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und einzeln bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir beginnen mit dem gemeinsamen Bericht des Stadtentwicklungsausschusses und des Umweltausschusses aus der Drucksache 20/10117.

Wer Ziffer 1 der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 mit Mehrheit angenommen.

Wer Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist mit Mehrheit angenommen.

Wer Ziffer 3 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist mit Mehrheit angenommen.

Bevor ich jetzt weiter fortfahre, bitte ich die Zuschauer noch einmal, das Transparent einzuräumen. All die Ermahnungen, die ich an diese Seite des Hauses gewandt habe, gelten natürlich auch für Sie. Sie sind schon einmal ermahnt worden, deshalb appelliere ich an Ihre Lernfähigkeit in dieser Frage, das hilft Ihnen jetzt nicht weiter.

(Von der Zuhörertribüne werden Zurufe skandiert.)

Ich bitte darum, dass Sie uns freiwillig verlassen.

Wer nunmehr Ziffer 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen?

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

gen? – Auch Ziffer 4 ist mit Mehrheit angenommen.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Nun kommen wir zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der LINKEN aus der Drucksache 20/10268.

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Punkt 61 unserer Tagesordnung, Drucksache 20/10120, dem Antrag der SPD-Fraktion: Versorgung mit Arztpraxen in den Stadtteilen – Planung auf der Grundlage des Hamburger Morbiditätsatlases vorantreiben.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Versorgung mit Arztpraxen in den Stadtteilen –
Planung auf der Grundlage des Hamburger
Morbiditätsatlases vorantreiben
– Drs 20/10120 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/10207 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Eine bessere ärztliche Versorgung gewährleisten
– Drs 20/10207 –]**

Diesen möchte die SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen. Vonseiten der FDP-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung der Drucksache 20/10120 ebenfalls an den Gesundheitsausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Vértes-Schütter, bitte.

Dr. Isabella Vértes-Schütter SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von der Gesundheitsbehörde in Auftrag gegebene und im November vorgestellte Morbiditätsatlas Hamburg liefert erstmals differenzierte Erkenntnisse zum Behandlungsbedarf der gesetzlich Krankenversicherten in verschiedenen Regionen unserer Stadt. Eine ganze Reihe von Vermutungen und Thesen zu Defiziten der kleinräumigen Versorgung finden sich hierin bestätigt.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

So zeigt schon eine erste Durchsicht des Gutachtens, dass die ärztlichen Leistungen nicht immer dort erbracht werden, wo die größten Bedarfe bestehen. Ich gehe davon aus, dass Sie mit mir zu dem Ergebnis kommen, dass es richtig war, eine

solche Arbeit in Auftrag zu geben. Niemand kann so schnell an den Ergebnissen der Studie vorbeigehen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Morbiditätsatlas Hamburg ist nicht nur die Politik aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, alle Akteure des Hamburger Gesundheitswesens müssen sich mit diesen Ergebnissen auseinandersetzen und zur Problemlösung beitragen. Der Morbiditätsatlas bietet die Chance, die tatsächlichen Versorgungsbedarfe auf Basis wissenschaftlicher Expertise klar zu benennen und in die Bedarfsplanung einfließen zu lassen. An dieser Stelle dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass Hamburg über Mitwirkungsmöglichkeiten hinsichtlich der regionalen Bedarfsplanung verfügt und diese endlich auch nutzt. Wir sollten aber nicht den Eindruck erwecken, als könnten Senat und Bürgerschaft die Bedarfsplanung eigenverantwortlich und unmittelbar vorantreiben, wie es meines Erachtens im Antrag der Fraktion DIE LINKE suggeriert wird. Auch wenn Einigkeit im Hinblick auf das Ziel einer auch in der Fläche bedarfsgerechten Versorgung besteht, können wir diesem daher nicht ohne Weiteres zustimmen.

Die Studie bestätigt einen Handlungsbedarf, und wir halten es für richtig, jede Chance zu nutzen, um eine adäquate Gesundheitsversorgung in unserer Stadt zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Daher macht es auch Sinn, beide hierzu vorliegenden Anträge im Gesundheitsausschuss erneut aufzurufen.

Unsere Zielsetzung ist klar: Wir brauchen laufend Transparenz über die ambulante Versorgung in den Stadtteilen und über mögliche Defizite. Regionale Gesichtspunkte sind bei der Entwicklung ambulanter Angebote zu berücksichtigen. Besonderheiten in der Demografie und Sozialstruktur müssen in die künftige Bedarfsplanung einfließen. Und schließlich: Wir wollen eine haus- und kinderärztliche Versorgung, die wohnortnah und bedarfsgerecht ist.

(Beifall bei der SPD)

Derzeit sind es neben Faktoren wie Alter und Geschlecht vor allem die sozialen Faktoren, die Einfluss auf Bedarfe, Nachfrage und die Art der Versorgung haben, wie die Untersuchung zeigt. Eigentlich ist bei der Betrachtung von Stadtteilen mit starker sozialer Belastung auch von einer stärkeren Inanspruchnahme von ärztlichen Leistungen auszugehen. Das Gutachten zeigt aber, dass dort relativ zur Häufigkeit der Erkrankungen weniger ärztliche Leistungen in Anspruch genommen werden und sich diese auch in ihrer Struktur von denen in den bessergestellten Stadtteilen unterscheiden. Diesen Trend gilt es zu wenden. Das ist nicht

(Dr. Isabella Vértes-Schütter)

zwingend mit Mehrkosten verbunden. So gibt die Studie einen Hinweis auf einen Substitutionseffekt. Das heißt, dass bei einer im Verhältnis zur Krankheitslast geringeren Inanspruchnahme von ambulanten Leistungen in der Tendenz mehr stationäre Leistungen in Anspruch genommen werden. Das kann niemand wollen, nicht im Hinblick auf die Gesundheit der Menschen und nicht im Hinblick auf die Kosten für die Versichertengemeinschaft.

Diese Fragen sind es wert, noch einmal sorgfältig im Gesundheitsausschuss erörtert zu werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag und unserem Überweisungsbegehren folgen würden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das, was die SPD mit dem vorliegenden Antrag aufführt, ist eine Tragödie in drei Akten, und wir gehen weder mit Ihren Schlussfolgerungen noch mit Ihrem Verfahren konform.

Der erste Akt wurde bereits in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 25. Oktober dieses Jahres aufgeführt. Dort wurden Sie, liebe Frau Prüfer-Storcks, nach dem Stand zweier Gutachten, die in Ihrem Haus in Auftrag gegeben wurden, gefragt. Eines davon war jenes mit dem Titel "Gutachten zum kleinräumigen Versorgungsbedarf in Hamburg", besser bekannt als Morbiditätsatlas. Sie sagten, dass dieses Gutachten bereits vorliege, von der Gesundheitsbehörde aber noch ausgewertet werde. Obwohl die Auswertung zu jener Zeit noch nicht abgeschlossen war, wussten Sie interessanterweise bereits, wo die Probleme liegen und welche Schlüsse Sie daraus ziehen wollen. Als vermeintliches Problem hatten Sie nämlich damals schon die haus- und kinderärztliche Versorgung ausgemacht, und mit der Idee von der Sonderbedarfszulassung hatten Sie auch bereits einen scheinbar plausiblen Lösungsansatz gefunden.

Der zweite Akt folgte dann am 11. November dieses Jahres, als Sie den Morbiditätsatlas mit viel Presse und Brimborium vorstellten. Auch dort stießen Sie, Frau Senatorin, ins gleiche Horn und sagten – ich zitiere –:

"Was wir in einer ersten Analyse des Gutachtens sehen, ist, dass die hausärztlichen und kinderärztlichen Leistungen nicht immer in den Stadtteilen erbracht werden, in denen die Menschen den größten Bedarf haben. Hier besteht offensichtlich Handlungsbedarf."

– Zitatende.

Meine Damen und Herren! Handlungsbedarf hört sich aus politischem Mund immer sehr wichtig an, vor allem, wenn es um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geht. Es ist also wenig überraschend gewesen, dass in der Presse am Folgetag unter anderem zu lesen war, dass es in Hamburg "Zu wenige Kinderärzte in armen Stadtteilen" gebe, um stellvertretend für andere Zeitungen eine Schlagzeile aus "DER WELT" vom 12. November zu zitieren. Interessant an Ihrer Pressemitteilung vom 11. November war aber nicht nur ihr Inhalt und welche Wellen sie schlug, sondern dass die Verfasser des Gutachtens, also die Vertreter des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung, kurz ZI, scheinbar gar nichts dazu zu sagen hätten, zumindest tauchte kein Statement von ihnen in ihrer Pressemitteilung auf. Die interessierte Öffentlichkeit musste also mit Ihrer Lesart Vorlieb nehmen.

Ich komme zum dritten Akt, seitdem wissen wir auch, warum das so ist. Der dritte Akt besteht in dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, der, welch Wunder, unter Punkt 2d auch wieder Handlungsbedarf bei Hausärzten, Kinderärzten und Kindertherapeuten suggeriert. Aber lassen wir doch zu diesem konkreten Punkt einmal die Verfasser des Gutachtens, also die Wissenschaftler vom ZI, zu Wort kommen. Diese sahen sich nämlich ob der medial vermittelten Thesen zu diesem Gutachten genötigt, schriftlich Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme wird in der noch unveröffentlichten nächsten Ausgabe des Journals der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg erscheinen. Der Artikel steht unter dem vielsagenden Titel "Was sagt das Gutachten wirklich?" und beschäftigt sich mit den Schlussfolgerungen aus dem Gutachten, die nicht durch die Daten gedeckt werden. Dazu gehört ausgerechnet der gesamte Komplex bezüglich der Kinder- und Jugendärzte – ich zitiere –:

"In der Medienberichterstattung zum 'Morbiditätsatlas' wurde dennoch ein Mangel an Haus- und Kinderärzten in armen Stadtteilen hervorgehoben. Das Gutachten selbst liefert hierfür keinen Beleg. [...] Auch bei Kindern und Jugendlichen in sozial belasteten Stadtteilen muss die Unterversorgungs-These hinterfragt werden [...]. So kann auch in Stadtteilen ohne Kinderarztpraxis die durchschnittliche Weglänge zur nächstgelegenen Kinderarztpraxis kurz sein, sofern sich direkt jenseits der Stadtteilgrenze gut erreichbare Kinderarztpraxen befinden."

Meine Damen und Herren! An diesem einen Punkt wird klipp und klar deutlich, dass so ein Gutachten gründlich und von verschiedenen Seiten beleuchtet werden sollte, bevor darauf aufbauend irgendwelche Beschlüsse gefasst werden. Sie aber tun genau das Gegenteil. Ihr Urteil stand von Anfang an fest. Statt ob dieser offenkundigen Widersprüche Ihren Antrag ergebnisoffen im Ausschuss be-

(Birgit Stöver)

raten zu lassen, drücken Sie diesen bereits heute mit aller Macht durch. Gönnerhaft wie Sie sind, lassen Sie dann den Ausschuss im Nachhinein über Ihren Antrag beraten – absurder geht es kaum. Das alles lässt mich abschließend zu zwei Schlussfolgerungen kommen.

Erstens: Die konkreten Ergebnisse des Gutachtens haben Sie nie wirklich interessiert. Stattdessen haben Sie diese Ergebnisse von Anfang an nach Ihren Interessen ausgelegt. Die Autoren der Studie waren Ihnen dabei nur im Weg; deswegen sind diese auch nicht zu Wort gekommen.

Zweitens: Eine offene Debatte über konkrete Ergebnisse des Gutachtens liegt daher gar nicht in Ihrem von Taktik geprägten Interesse. Wie sonst könnte es sein, dass Sie diesen Antrag, der auf so tönernen Füßen steht, bereits heute beschließen und erst danach an den Ausschuss überweisen wollen? Hier offenbaren Sie neben der fachlichen Voreiligkeit zusätzlich ein sehr krudes Parlamentsverständnis. Das grenzt schon an eine Arroganz der Macht,

(Hansjörg Schmidt SPD: Darauf habe ich gewartet!)

denn was bitte soll eine Ausschussberatung über Ihren Antrag inhaltlich bringen, wenn dieser schon angenommen worden ist?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Dieser Politikstil wird der im Kern richtigen und wichtigen Sache nicht gerecht, weswegen wir als CDU vor der Beschlussfassung in diesem Hause eine Überweisung an den Ausschuss gefordert haben; die FDP hatte dies unterstützt. Deswegen können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen und hoffen sehr, dass Sie Ihren Stilfehler durch eine dennoch ergebnisoffene Beratung im Ausschuss wiedergutmachen werden. Besser noch: Sie vertagen die für heute angesetzte Beschlussfassung. Damit würden Sie Größe zeigen und diese Tragödie hätte tatsächlich noch die Chance auf ein Happy End.

(Beifall bei der CDU und bei Finn-Ole Ritter FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt das Wort Frau Schmitt.

Heidrun Schmitt GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Ärztemangel in ärmeren Stadtteilen ist tatsächlich auch aus unserer Sicht ein Problem in unserer Stadt. Daher halten wir es für ein richtiges Vorgehen, den richtigen Ansatz, dass der Senat detailliert die Versorgungsbedarfe erhoben hat. Die bereits im November vorgestellten Ergebnisse des Gutachtens haben allerdings nicht überrascht. Es ist keine neue Erkenntnis, dass der Gesundheitszustand der Bevölkerung

in den ärmeren Stadtteilen schlechter ist als in der restlichen Stadt, und dass Haus- und Kinderärzte gerade in diesen Stadtteilen fehlen,

wussten wir schon vor der Erhebung. Trotzdem können die Daten von Nutzen sein, da die neue Bedarfsplanungsrichtlinie aus 2012 durch den Gemeinsamen Bundesausschuss neue Möglichkeiten der regionalen Bedarfsplanung vorsieht. Ob dies aber auch am Ende dazu führt, dass tatsächlich Ungleichgewichte in der Versorgung abgebaut werden können, bleibt mehr als fraglich, denn es ist nicht der Senat, der letztlich darüber entscheidet, wo Ärztinnen und Ärzte sich niederlassen; die Bedarfsplanung obliegt weiterhin den Gremien der Selbstverwaltung. Erst im Juli haben Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen im Bedarfsplan für Hamburg festgehalten, dass aus ihrer Sicht eine gute Erreichbarkeit der ärztlichen Versorgung über das gesamte Stadtgebiet bestehen würde und sie nicht beabsichtigen, von den neuen Möglichkeiten der regionalen Bedarfsplanung Gebrauch zu machen. Vor diesem Hintergrund sind meine Erwartungen an die realen Verbesserungen der Ärzteversorgung durch den nun vorliegenden Morbiditätsatlas einigermaßen gedämpft. Aber die SPD-Fraktion ist offenbar optimistisch und feuert ihre Senatorin an, ihre Ankündigung nun auch umzusetzen.

Tatsächlich ist es aber so, dass der Antrag nichts Neues bringt. Es werden Dinge aufgezählt, die bereits zugesagt und schon in die Wege geleitet worden sind. Schon im November konnten wir in der Pressemitteilung des Senats lesen, dass das Gutachten der Landeskonferenz Versorgung zugeleitet und dort mit den Akteuren über die Möglichkeiten einer besseren Versorgung beraten werden soll. Es schadet sicherlich nicht, wenn wir als Bürgerschaft diesen Beschluss noch einmal fassen; einen Nutzen sehe ich hierin allerdings auch nicht. Ich würde aber darum bitten, dass Sie noch einmal klarstellen, ob die Überweisung nun tatsächlich nachträglich oder, wie üblich, vorweg stattfindet. Das, Frau Vértés-Schütter, ist mir vorhin nicht klar geworden. Vielleicht können Sie das noch einmal konkretisieren, damit wir Klarheit über das weitere Verfahren haben.

Der einzige Punkt im Antrag, den ich wirklich für gewinnbringend halte, ist die vom Senat geforderte Berichterstattung an die Bürgerschaft. Es wird in der Tat sehr interessant sein, welche konkreten Ergebnisse die Beratungen erbringen. Detaillierte Daten sind gut, keine Frage, und Aufforderung zum Dialog ist auch gut, aber es wird natürlich darauf ankommen, ob schlussendlich neue Instrumente gefunden werden können über die heute schon mögliche Sonderbedarfszulassung hinaus. Ich möchte betonen, dass dieses Instrument schon besteht und auch in gewissem Sinne Abhilfe schafft, aber eben noch nicht in einem Maß, das zufriedenstellen kann. Es wird darauf ankommen,

(Heidrun Schmitt)

ob es neue Instrumente geben wird und ob die Selbstverwaltung diese dann auch anwendet.

Meine Damen und Herren! Die eigentliche Ursache der schlechten Ärzteversorgung in ärmeren Stadtteilen kann allerdings nicht in Hamburg und nicht von der Selbstverwaltung gelöst werden, sondern nur im Bund von der Politik. Es ist die unsinnige Trennung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung,

(Beifall bei *Dr. Martin Schäfer, Dr. Isabella Vértes-Schütter, beide SPD, Kersten Artus und Christiane Schneider, beide DIE LINKE*)

die allen kosmetischen Korrekturen zum Trotz immer wieder für eine Ungleichverteilung sorgen wird. Viele Privatversicherte im Einzugsgebiet sind eben nach wie vor ein Standortvorteil für Arztpraxen – das ist so und das wird auch so bleiben. Leider hat die SPD bei den Verhandlungen zur Großen Koalition im Bund dieses Feld sehr rasch geräumt. Anstatt endlich die Bürgerversicherung durchzusetzen, ist nun ein wirrer Kompromiss herausgekommen, der im Kern die zukünftigen Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung weiterhin einseitig zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abwälzt. Dass die SPD dieses Verhandlungsergebnis als Erfolg verkauft, zeigt meiner Ansicht nach, wie gering die Erwartungen in diesem Politikfeld waren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

In den kommenden vier Jahren sind also maximal Trippelschritte in der Gesundheitspolitik zu erwarten, und der heute vorliegende SPD-Antrag passt da ins Bild.

Natürlich verweigern wir uns nicht möglichen kleinen Verbesserungen, aber leider werden wir auf diese Weise über ein Herumdoktern an den Symptomen nicht hinauskommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun erhält Herr Dr. Schinnenburg das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist es ein ganz wichtiges Ziel, dass wir ein ausgewogenes medizinisches Angebot in allen Stadtteilen haben; das ist gar keine Frage und überhaupt nicht strittig. Man kann diskutieren über den Weg, den man einschlagen möchte. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Die eine ist Planung – um es deutlich zu sagen: Planwirtschaft – und die andere Möglichkeit ist ein Anreizsystem. Bisher wird beim System der gesetzlichen Krankenversicherung weitestgehend auf Planwirtschaft gesetzt mit, wie ich finde, sehr überschaubar guten Ergebnissen. Wir haben seit ungefähr 20 Jahren Zulassungsbeschränkungen. Trotzdem gibt es insge-

samt mehr Ärzte und gleichzeitig, wenn es denn stimmt, weniger Ärzte in den genannten betroffenen Stadtteilen. Offenbar ist das staatliche Planungssystem nicht ganz geeignet, das Ziel zu erreichen. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Es gibt schon eine Planung des Behandlungsbedarfs. Viele von Ihnen wissen, dass es ein Budget gibt. Das wurde zum Glück etwas eingeschränkt, aber das Prinzip bleibt. Ärzte bekommen nicht mehr Geld, wenn mehr Patienten krank werden. Das ist Planwirtschaft pur und trägt dazu bei, dass es weniger attraktiv ist, hier tätig zu werden.

Der dritte Punkt ist die Planung des Verschreibungsbedarfs. Wenn Sie gesetzlich versichert sind und zum Beispiel Rückenschmerzen haben und eine Massage verschrieben haben wollen, dann können Sie die vielleicht bekommen, aber möglicherweise nicht so oft, wie Sie sie eigentlich benötigen würden. Warum? Weil der Arzt sonst in Regress genommen wird. Wenn er zu viele Massagen verschreibt, wird das, obwohl sie medizinisch indiziert waren, nachher nicht bezahlt und er muss diese Kosten zum Teil selber tragen. Das ist das Regress-System. Das Ergebnis ist eine Fehlallokation von Mitteln. Der Arzt wird nämlich stattdessen Schmerzmittel verschreiben oder etwas anderes, was nicht so richtig ist, weil die eigentliche Behandlung aufgrund der Planwirtschaft nicht bezahlt wird.

Sie merken, meine Damen und Herren, Planung hat viele Schwächen – das ist auch nicht überraschend, Planung hat meistens Schwächen – und offenbar nichts gebracht. Im Gegenteil, sie hat sogar zu Negativeffekten geführt. Deshalb halten wir es für wenig sinnvoll, noch mehr Planungsreglementierungen einzuführen.

Nehmen Sie doch einmal ein Beispiel. Seit 2007 ist es bei Zahnärzten anders als bei Ärzten so, dass es keine Bedarfsplanung mehr gibt. Mit anderen Worten: In ganz Deutschland können sich Zahnärzte beliebig niederlassen und erhalten eine vertragszahnärztliche Zulassung – übrigens wurde das von Schwarz-Rot eingeführt, eine der wenigen guten Ideen von Schwarz-Rot. Da müsste doch jeder Planliebende sagen: Jetzt geht die Welt unter, jetzt gibt es nur noch am Jungfernstieg Zahnarztpraxen, Geld wird verballert. Das ist alles nicht passiert. Die Liberalisierung bei den Zahnärzten hat zu keinerlei negativen Effekten geführt, ganz im Gegenteil, sie hat sehr viel Geld gespart, denn die ganzen Prozesse wegen der Sonderbedarfszulassungen kosten schlicht und einfach Geld. Das hat Geld in meine Kassen gebracht – seit 2007 verdiene ich damit nicht mehr so viel –, aber das ist unsinnig ausgegebenes Geld. Die Liberalisierung hat im Teilbereich Zahnärzte gute Fortschritte gebracht. Es macht also keinen Sinn, mehr Pla-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

nung zu machen, es wäre sinnvoll, weniger Planung zu machen.

Deshalb ist das bessere System, Anreize zu schaffen. Das ist aber bei allen Beiträgen, die ich bisher gehört habe, noch gar nicht gefallen. Sie können auf Dauer mit Planwirtschaft gegen schlechte Voraussetzungen nicht anarbeiten, Sie werden sogar schlechtere Ergebnisse erzielen. Das Ganze würde ich gerne mit Ihnen vor der Beschlussfassung im Gesundheitsausschuss diskutieren. Ich sehe es genauso wie Frau Stöver: Es ist erschreckend, dass erst beschlossen und danach überwiesen werden soll.

Unser Abstimmungsverhalten ist Folgendes: Wir werden beim Antrag der SPD-Fraktion dem ersten Punkt zustimmen, denn es ist in der Tat sinnvoll, das mit den Betroffenen zu diskutieren. Bei Punkt 2 werden wir uns enthalten, weil das doch zu sehr nach neuen planwirtschaftlichen Maßnahmen riecht. Beim Antrag der LINKEN Fraktion kann es nur eine Ablehnung geben, Frau Artus,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das sehen wir doch gleich, das müssen Sie uns jetzt nicht erzählen!)

denn erst einmal ist das nun wirklich Planwirtschaft pur, und zum anderen haben Sie nicht einmal das System der Selbstverwaltung begriffen. Der Senat kann, egal, was er macht, nicht beeinflussen, wo Ärzte niedergelassen werden. Das ist in der Tat – zum Glück und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – Sache des Gemeinsamen Ausschusses der Selbstverwaltung. Das ist auch gut so, das soll auch so bleiben. Da ist schon der Ansatz falsch. Deswegen werden wir den Antrag der Links-Fraktion ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Artus hat jetzt das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! 8000 Kinder leben in den vier Stadtteilen Heimfeld, Eißendorf, Cranz und Altenwerder, ohne dass sie einen Kinderarzt oder eine Kinderärztin in der Nähe haben. In Veddel und in Wilhelmsburg müssen sich jeweils fast 3000 Kinder eine Kinderarztpraxis teilen. Zugleich ist in Veddel und in Wilhelmsburg die höchste Krankheitsdichte im Kindes- und Jugendalter vorzufinden. Bei der Erkrankungsdichte stechen auch Poppenbüttel, Harburg und Lurup dramatisch hervor. Das kann nicht so bleiben, verehrte Abgeordnete, sehr geehrter Senat, das muss sich umgehend ändern, und ich setze große Erwartungen in Sie, dass endlich etwas geschieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Stöver, ich hatte bei Ihrem Redebeitrag den Eindruck, dass Ihre gesundheitspolitische Geschichtsschreibung erst im Jahr 2010 losgeht, denn der Vorgängersenk hat nicht nur gepeint in dieser Frage, er hat auch systematisch geleugnet, dass er in der Verantwortung steht zu handeln. Die damaligen Regierungsfaktionen haben die Lage in mehreren Plenardebatten schöneredet und alle Lösungen, die die Opposition damals vorgeschlagen hat, vom Tisch gefegt. Nicht einmal an die Ausschüsse wurden die Anträge von SPD und der LINKEN damals überwiesen. Die CDU hatte einfach nur großes Verständnis dafür, dass Ärztinnen und Ärzte sich dort ansiedeln, wo es viele privatversicherte Menschen gibt. Und leider haben auch die GRÜNEN, damals noch als GAL, sich der politischen Brisanz entzogen, indem sie lapidar erklärten, dass der Staat den Auftrag, die ärztliche Versorgung in den Stadtteilen sicherzustellen, an die Kassenärztliche Vereinigung abgegeben habe. Ich habe Ihren Beitrag heute allerdings als viel differenzierter wahrgenommen, Frau Schmitt. Insofern haben die GRÜNEN vielleicht ein bisschen was dazugelernt, womöglich auch, weil sie nicht mehr in der schwarz-grünen Regierungsverantwortung sind.

Das jetzt vorgelegte Gutachten kommt auch zu dem Ergebnis, dass nicht nur tausende Kinder und Jugendliche doppelt bestraft werden – einmal durch die Armut ihrer Eltern und dann durch eine schlechte ärztliche Versorgung –, sondern dass auch die Stadtteile, in denen Volkskrankheiten wie Herzschwäche, Diabetes oder Bluthochdruck bei den Bürgerinnen und Bürgern ab 18 Jahren überproportional häufig auftreten, die wenigsten Hausärztinnen und Hausärzte haben; in Hausbruch etwa gibt es nur einen Hausarzt für 3400 Menschen. Für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sieht die Situation noch schlimmer aus. Dabei gilt gerade für sie der Grundsatz, dass sie kurze Wege benötigen, übrigens auch und gerade zu Facharztpraxen wie zum Beispiel Orthopäden.

Daher ist meiner Fraktion der vorgelegte Antrag der SPD auch zu schwach. Nachdem der Senat dieses Gutachten veröffentlicht hat, sind verbindliche und klarere Aufträge an den Senat erforderlich, verehrte SPD-Fraktion. Die Presseerklärung von Dr. Isabella Vértes-Schütter spricht eine sehr viel deutlichere Sprache. Dabei leugnen wir natürlich nicht, dass die Praxenvergabe an der Kassenärztlichen Vereinigung hängt, aber man kann trotzdem etwas klarer an die Frage herangehen. Deswegen haben wir einen Antrag vorgelegt, der den politischen Willen der Bürgerschaft dem Senat gegenüber deutlicher formuliert.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ich verstehe, dass Sie das,

(Präsidentin Carola Veit)

was Frau Artus vorträgt, intensiv weiter diskutieren möchten, aber es wäre gut, wenn wir zunächst Frau Artus zu Ende zuhören könnten und das dann im Anschluss täten. Es ist extrem laut.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Was könnte nun konkret getan werden, um die ungleiche Versorgung zu verändern? Dazu drei praktische Vorschläge, die auf der Hand liegen und in der Umsetzung konkret geprüft werden können.

Erstens: Eine sektorübergreifende ambulant-stationäre Bedarfsplanung. Integrierte Versorgungsformen sollten Planungsgrundsatz werden.

Zweitens: Kleingliedrigere Planungsgebiete. Sie müssen sich nicht streng an den sieben Bezirken orientieren, man kann sie auch sozialräumlich ausrichten. Das wäre vor dem Hintergrund der sich fortwährend verändernden Versorgungsbedarfe angesichts immer mehr älterer, multimorbider und auch pflegebedürftiger Menschen unbedingt erforderlich.

Drittens: Schaffung von finanziellen Anreizen für die Gründung von Arztpraxen in unterversorgten Regionen, wie dies zum Beispiel in Brandenburg oder Sachsen-Anhalt erfolgt ist.

Eine weitere Lösung – die Kollegin Schmitt hat schon darauf hingewiesen – kann und will ich Ihnen nicht ersparen, die Abschaffung der Privatversicherung, für die durchaus mehr gemeinsame Anstrengungen unternommen werden könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Schließlich haben SPD, GRÜNE und LINKE gerade erst im Wahlkampf für eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung gestanden und im Bundestag gibt es jetzt eine Mehrheit dafür. Es ist fatal, dass in den Vertrag, der die Große Koalition besiegeln soll, die Bürgerinnen- und Bürgerversicherung nicht aufgenommen wurde.

Verehrte Abgeordnete! Der gesundheitliche Zustand der Bevölkerung ist ein wesentliches Merkmal der Zivilgesellschaft. Dieses Land könnte sich ohne Weiteres ein solidarisches Gesundheitswesen leisten, aber die politische Elite setzt es nicht um. Warum? Weil sich mit Wettbewerb auf den Gesundheitsmärkten viel Geld verdienen lässt. Stattdessen bleiben die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung eingefroren und nur gut verdienende Menschen können sich eine richtig gute medizinische Versorgung leisten. DIE LINKE kann und wird diesen Zustand nicht akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Hamburg geht jetzt gute Wege, das ist unbestritten. Aber wenn es zu keiner großen Koalition käme, wäre das ein wirklich bedeutender Beitrag für die Volksgesundheit.

(Beifall bei der LINKEN – *Olaf Ohlsen* CDU: Das ist illusorisch, mien Deern!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat jetzt Frau Senatorin Prüfer-Storcks.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war eine ziemliche Bandbreite in der Betrachtungsweise der Ergebnisse, aber auch der Möglichkeiten, etwas mit diesen Ergebnissen anzufangen. Deshalb möchte ich zu Beginn noch einmal sagen: Es ist weder so, dass der Senat über die Verteilung der Arztsitze in Hamburg entscheidet, noch ist es so, dass er gar nichts damit zu tun hat. Insofern macht es Sinn, sich mit den Ergebnissen dieses Gutachtens auseinanderzusetzen. Wir haben es auch speziell gemacht, damit dieses in der Bedarfsplanung, auch in der sektorübergreifenden Bedarfsplanung in Hamburg geschieht.

Medizinische Versorgung muss regional geplant werden. In den letzten Jahren sind die Entscheidungen auf der Bundesebene immer mehr zentralisiert worden. Deshalb war es schon ein richtiger Schritt, dass mit dem Versorgungsstrukturgesetz die Richtung in zwei Punkten einmal umgekehrt wurde. Erstens bekommen die Länder mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Bedarfsplanung, und bei regionalen Besonderheiten kann man von den bundesweiten Vorgaben zur Bedarfsplanung abweichen. Aber wir müssen natürlich auch Fakten haben. Wir müssen die regionalen Besonderheiten erheben, und deshalb habe ich dieses Gutachten in Auftrag gegeben, damit der besondere Behandlungsbedarf in Hamburg und seine Verteilung einmal schwarz auf weiß festgehalten wird.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Senatorin. – Es ist natürlich nicht selbstverständlich, aber was ich eben gesagt habe, gilt auch jetzt: Es ist zu laut. Vielleicht mögen Sie entweder hinausgehen oder sonst zuhören. Das wäre nett, danke. – Fahren Sie bitte fort, Frau Senatorin.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks (fortfahrend): In das Gutachten sind die Behandlungsdaten von 90 Prozent der Bevölkerung eingegangen. Das sind 1,5 Millionen Menschen in Hamburg. Einen solchen Überblick über das Krankheitsgeschehen in der Stadt hat es noch nie gegeben. Das war überfällig und es wird uns auch helfen, bei der Bedarfsplanung die regionalen Besonderheiten stärker in den Blick zu nehmen.

Frau Stöver, Daten über die Verteilung der Ärztinnen und Ärzte in Hamburg hatten wir auch schon vor dem Gutachten, das war nicht die Aufgabe an die Gutachter. Was wir jetzt erstmals haben, ist der

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

Behandlungsbedarf und eine Antwort auf die Frage, wo die Menschen wohnen, die diesen Bedarf haben, und wo er erfüllt wird. Genau diese Daten sind uns jetzt auf den Tisch gelegt worden. Ich glaube schon, dass es zum Beispiel bei Kinderärzten entscheidend ist, wie weit der Weg zum nächsten Kinderarzt ist. Wenn wir feststellen, dass wir eine sehr unterschiedliche Inanspruchnahme von Kindervorsorgeuntersuchungen in Hamburg haben, dann hat das auch etwas mit der Entfernung zum nächsten Kinderarzt oder zur nächsten Kinderärztin zu tun.

Wir haben natürlich schon vorher gewusst, dass soziale Lage etwas mit Krankheit und gesundheitlicher Betroffenheit zu tun hat. Deshalb haben wir diese Verknüpfung vorgenommen, das war auch explizit ein Auftrag an die Gutachter. Man kann die Ergebnisse dieses Morbiditätsatlases, der mit Anlagen 240 Seiten umfasst, schon sehr gut in drei wesentlichen Punkten zusammenfassen.

Erstens: Es gibt große regionale Unterschiede bei der ärztlichen Inanspruchnahme und beim Behandlungsbedarf in Hamburg. Das betrifft die erwachsene Bevölkerung insgesamt, aber es betrifft insbesondere Seniorinnen und Senioren und Kinder. Es gibt Stadtteile wie Wilhelmsburg, wo 90 Prozent der Bevölkerung in dem untersuchten Jahr in ärztlicher Behandlung gewesen sind, und es gibt andere Stadtteile, wo es nur 50 Prozent sind. Das macht schon einen großen Unterschied.

Zweitens: Die Nutzung der ambulanten Versorgung steht in einem engen Zusammenhang zu regionalen sozialen Unterschieden. Je schlechter die soziale Lage ist, desto größer ist die Krankheitslast insbesondere bei den Volkskrankheiten.

Drittens: Gerade die Stadtteile mit hoher Krankheitslast und schlechter Sozialstruktur haben häufig eine sehr ungünstige Relation Hausarzt/Einwohner oder Kinderarzt/Einwohner. Hier nenne ich etwa Steilshoop, Tonndorf und Hamm. Wir haben ganz auffällige Situationen bei der kinderärztlichen Versorgung. In Veddel, Wilhelmsburg und Lurup gibt es ganz wenige Kinderärzte, und die Stadtteile Heimfeld, Eißendorf, Cranz, Altenwerder und Umgebung haben nicht einen einzigen Kinderarzt oder Kinderärztin. Das heißt für 8000 Kinder in diesen Regionen, dass sie in der Nähe zu ihrem Wohnort keine kinderärztliche Versorgung in Anspruch nehmen können.

Das gibt uns doch Anlass, darüber nachzudenken, ob es richtig ist, dass wir Hamburg in allen Belangen der ärztlichen Versorgung immer nur als einen einzigen Planungsbezirk betrachten.

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Wenn man das nämlich tut und sich die Zahlen ansieht, dann stellen wir fest, dass wir immer Überversorgung haben. Wir haben je nach Fachgruppe zwischen 116 und 300 Prozent Versorgung mit

Ärztinnen und Ärzten in Hamburg. Aber die Ärzte sind sehr ungleich verteilt und konzentrieren sich gerade da, wo die Krankheiten seltener sind. Ich bin der Meinung, dass das bei Spezialistinnen und Spezialisten keine Rolle spielt, aber bei der wohnortnahen Versorgung durch Hausärzte und Kinderärzte ist es sehr wohl ein Problem, und da muss etwas verändert werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Wir müssen bei der Bedarfsplanung den regionalen Bedarf stärker in den Blick nehmen, und wir müssen Ärztinnen und Ärzte dahin bringen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Das Versorgungsstrukturgesetz und auch die Bedarfsplanungsrichtlinie bieten einige Möglichkeiten, regionale Versorgungsbedürfnisse und auch Besonderheiten hinsichtlich der Altersstruktur oder der Mobilität zu berücksichtigen. Man kann bestimmte Arztgruppen kleinräumiger planen. Die Stadtteile finde ich zu kleinräumig, aber man kann sehr gezielt bestimmte Entscheidungen treffen, um Lücken zu schließen.

Auch beim Verkauf oder bei der Verlegung von Arztpraxen kann man verhindern, dass noch weitere Versorgungslücken entstehen, und man kann Versorgungslücken schließen. Deshalb ist es gut, dass die Verlegung eines Arztsitzes oder der Aufkauf durch ein MVZ nicht mehr ohne Zustimmung des Zulassungsausschusses möglich ist. Ich möchte auch hervorheben, dass es uns auf meinen Vorschlag hin gelungen ist, in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, dass die gesetzliche Vorgabe zum Abbau von Überversorgung und zur Verlagerung von Arztsitzen durch Aufkauf von Arztpraxen durch die KV von einer Möglichkeit in eine Verpflichtung umgewandelt wird. Auch das gibt uns neue Möglichkeiten, um Arztsitze dahin zu bringen, wo sie denn wirklich gebraucht werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat in den Verhandlungen noch den weitergehenden Vorschlag gemacht, dass die Länder grundsätzlich für die sektorübergreifende Bedarfsplanung zuständig sein sollen, so wie sie es auch für den Krankenhausbereich sind, denn die Probleme landen ohnehin auf den Tischen der Landesgesundheitsminister oder Gesundheitssenatoren. Da sind CDU/CSU allerdings nicht mitgegangen, obwohl auch ihre Landesminister durchaus Sympathie für diesen Vorschlag hatten. Aber ich werde mich auch unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen dafür einsetzen, dass wir bei der Bedarfsplanung den regionalen Bedarf stärker in den Blick nehmen und Ärztinnen und Ärzte dahin bringen, wo sie dringender gebraucht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir uns in der Landeskonferenz Versorgung mit diesem Thema befassen. Wir ha-

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

ben bereits eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich genau mit den Ergebnissen des Morbiditätsatlases auseinandersetzt, aber auch mit dem, was die Kassenärztliche Vereinigung ihrerseits noch beisteuert, nämlich Antworten auf die Frage, in welchem Umfang versorgt wird, für welches Umfeld versorgt wird und wie die Besonderheiten einer Praxis sind. Beides werden wir zusammenlegen und dann hoffentlich zu einer neuen und gezielteren Bedarfsplanung kommen. Ich kann jedenfalls aus diesem Gutachten nicht ablesen, so wie ich das bei Ihnen herausgehört habe, Frau Stöver, dass es nahelegt, alles so zu lassen, wie es ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Birgit Stöver CDU*: Das habe ich nicht gesagt!)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat noch einmal Herr Dr. Schäfer das Wort.

Dr. Martin Schäfer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gab ein paar Fragen, die ich noch kurz beantworten möchte. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, dass aus den Ergebnissen des vorliegenden Gutachtens schnell Konsequenzen gezogen werden. Daher ersuchen wir den Senat, erste Schritte zu gehen, und wir möchten diese Schritte auch begleiten. Deshalb überweisen wir den Antrag nachträglich an den Ausschuss, sodass wir im Ausschuss jederzeit über den Stand der Dinge und den Fortschritt, der erzielt worden ist, informiert werden können. Das finden wir insofern angemessen, als damit sichergestellt wird, dass erstens sofort begonnen wird, mögliche Schritte einzuleiten, und wir zweitens im Ausschuss jederzeit darüber reden können, auch über Ihren Antrag von der LINKEN.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Dr. Schinnenburg hat eine wichtige Zwischenfrage!)

– Nein, jetzt nicht, ich mache es kurz.

Zu Ihnen, Frau Stöver, deswegen in aller Kürze.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Wenn Sie doch fortfahren, dann hätte Herr Schinnenburg eventuell doch noch die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen?

Dr. Martin Schäfer SPD (fortfahrend): Nein, immer noch nicht.

Zu Ihnen, Frau Stöver, in aller Kürze noch: Ich habe beim besten Willen nicht verstanden, was Sie wollen. Möchten Sie kritisieren, dass da irgendetwas falsch gelaufen ist? Dann seien Sie doch froh, dass es in den Ausschuss kommt. Oder möchten Sie gar nichts darüber wissen? Dann können Sie sich im Ausschuss gerne entschuldigen lassen.

Wir werden es jedenfalls lang und breit dort ausführlich beraten, und Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Schinnenburg bitte.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schäfer, es gibt immer wieder Situationen, wo man sich sagt, hätte er doch besser geschwiegen. Da Sie keine Zwischenfrage erlaubten, bekommen Sie das jetzt als Beitrag.

Schauen wir uns Ihren Antrag einmal an. Sie haben gerade gesagt, es müsse dringend gehandelt werden. In dem Antrag steht aber, es solle umgehend gehandelt werden. Das kann man doch spätestens nach Ihren Äußerungen nur so verstehen, dass Sie glauben, wenn Sie den Senat nicht antreiben würden, tue er umgehend nichts. Das ist doch der Hintergrund. Wenn Sie der Meinung sind, es sei so eilig, dann sagen Sie es Ihrer Senatorin auf dem kurzen Dienstweg. Ich verstehe Ihre Äußerung hier und Ihren Antrag jetzt so, dass Sie das Gefühl haben, die Senatorin tue nichts oder tue es zumindest nicht schnell genug.

(*Karin Timmermann SPD*: Das ist Ihr Problem!)

Das war entlarvend. Es gibt erst einmal keinen Grund, die Ausschussüberweisung zu verweigern und erst nachträglich zu überweisen. Wenn überhaupt, dann zeigt das nur, dass Sie Ihrer Senatorin misstrauen. Das Misstrauen habe ich schon länger, aber dass es auch von Ihnen kommt, ist eine neue Nachricht heute. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Die sehe ich nicht. Dann können wir zur Abstimmung kommen, zunächst zur Überweisung der Drucksache 20/10207 an den Gesundheitsausschuss.

Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war das einstimmig.

Wer möchte die Drucksache 20/10120 an den Gesundheitsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Überweisung ist dann nicht erfolgt.

Dann stimmen wir über den SPD-Antrag in der Sache ab. Die FDP-Fraktion möchte das ziffernweise tun.

Wer möchte sich Ziffer 1 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so erfolgt.

(Präsidentin Carola Veit)

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 3 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann wiederum einstimmig.

Nun möchte die SPD-Fraktion, wie eben erläutert, die Drucksache 20/10120 nachträglich an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig überwiesen worden.

Wir kommen zu Punkt 60 unserer Tagesordnung, Drucksache 20/10114, Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN: Änderung des Schulgesetzes für einen gesicherten Übergang von Klasse 4 auf 5 an Hamburgs Langformschulen.

[Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN:

Änderung des Schulgesetzes für einen gesicherten Übergang von Klasse 4 auf 5 an Hamburgs Langformschulen
– Drs 20/10114 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass auf diese Debatte verzichtet wird. Wir können also gleich zur Abstimmung kommen. Ich weise zur Klarstellung noch einmal darauf hin, dass es sich hierbei um die 19. Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes handelt.

Wer möchte nun also dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN aus Drucksache 20/10114 folgen und das darin aufgeführte 19. Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 55, Drucksache 20/9946, das ist der Antrag der CDU-Fraktion: Lehrerbildung für die Grundschule.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Lehrerbildung für die Grundschule
– Drs 20/9946 –]**

Diese Debatte findet statt, und die CDU-Fraktion möchte die Drucksache an den Schulausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Prien, Sie haben es.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte Ihnen und mir, besonders meiner Stimme, die Debatte gerne erspart und hätte es auch gut gefunden, wenn wir ruhig und vernünftig im Ausschuss darüber hätten sprechen können. Aber da will die SPD nicht so richtig ran, und daher müssen wir das leider heute erledigen.

Ich zitiere am Anfang einmal Herrn Vieluf, das tue ich nicht so oft, aber er hat einmal gesagt, das Kernproblem des deutschen Schulsystems habe seine Wurzeln im Wesentlichen in der Grundschule. Das hat er 2004 gesagt, und das ist heute leider immer noch wahr. Wie wir wissen, gibt es in allen Testbereichen gravierende Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Schulen und zwischen einzelnen Klassen an den gleichen Schulen, und zwar auch unter vergleichbaren Bedingungen. Wir haben in den verschiedensten Untersuchungen immer wieder festgestellt, dass Hamburg signifikant unter dem bundesweiten Mittelwert liegt. Es gibt erheblichen Handlungsbedarf an den Hamburger Grundschulen. Es ist unstrittig und durch verschiedene Untersuchungen belegt, dass Hamburgs Grundschulen im Bundesvergleich schlecht abschneiden.

Dafür gibt es viele Gründe, einer davon ist sicherlich in der Lehrerausbildung zu suchen. In Hamburg werden nach wie vor Lehrer für das Lehramt Primar- und Sekundarstufe I ausgebildet, und im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die da viel weiter sind, gibt es keine spezifische Grundschulausbildung. Es ist ein bisschen wie bei den Juristen: Die können auch immer alles, und am Ende können sie natürlich gar nichts, wenn sie mit dem Beruf anfangen. Insofern meinen wir, dass es dringend notwendig ist, hier schnellstmöglich anzusetzen. Für die Einführung des Lehramts an Grund-, Haupt- und Realschulen gab es seinerzeit in Hamburg natürlich gute Gründe, weil es damals nämlich eine ganze Menge Grund-, Haupt- und Realschulen gab und die Lehrer tatsächlich auch an diesen eingesetzt wurden. In der Praxis hat sich allerdings seit Langem durchgesetzt, dass Lehrer entweder nur an den Grundschulen oder an den Haupt- und Realschulen beziehungsweise inzwischen an den Stadtteilschulen tätig sind. Eine organisatorische Notwendigkeit, die Lehrerausbildung weiter so zu strukturieren, gibt es schon seit Langem nicht mehr, und es gibt sie heute insbe-

(Karin Prien)

sondere im zweigliedrigen Schulsystem in Hamburg nicht mehr.

Die Grundschule hat die Aufgabe, alle Kinder eines Jahrgangs für den weiteren Lern- und Lebensweg fit zu machen, und die Lehrerbildung müsste dafür eigentlich die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Es geht dabei nicht nur darum, die Kinder in den klassischen Grundschulfächern fit zu machen, sondern es geht vor allem auch um pädagogische Diagnostik. Es geht darum, sozial bedingte Unterschiede auszugleichen, Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu schaffen und dies durch den Einsatz von gezielten Fördermaßnahmen zu erreichen. Das sind sehr konkrete und schwierige Aufgaben, die Grundschullehrer hier zu leisten haben. Und wenn das so hochgelobte finnische Schulsystem gerade in diesem Bereich besonders viel Augenmerk darauf legt, nur die besten und bestausgebildeten Lehrer zum Einsatz zu bringen, dann hat das seinen Grund. Wir täten gut daran, unser Augenmerk stärker hierauf zu richten.

(Beifall bei der CDU)

Es geht nicht darum, einen – in Anführungszeichen – Billiglehrer mit einer schlechteren Besoldung zu schaffen, sondern es geht darum, Lehrer für eine besonders anspruchsvolle Aufgabe ganz besonders gut auszubilden. Es geht darum, Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechtschreibung – darüber haben wir intensiv diskutiert – fachlich optimal zu vermitteln. Es geht darum, Kindern durch entdeckendes Lernen einen eigenen Zugang zu Sach- und Lebenswelten zu ermöglichen, und es geht darum, die Chancen des Ganztagsunterrichts, anders als es jetzt der Fall ist, besser zu nutzen.

Die Umsetzung einer solchen Maßnahme, wie wir sie jetzt vorgeschlagen haben, wäre im Studium dringend angeraten, denn die Möglichkeiten, diese Defizite im Referendariat aufzuholen, sind leider eingeschränkt aufgrund der Tatsache, dass die Referendare heutzutage von Anfang an voll eingesetzt werden, um letztlich einen Lehrermangel zu beheben und zu kompensieren. Deshalb wäre es dringend notwendig, am Studium und an der Ausbildung der Lehrer etwas zu tun.

Meine Damen und Herren! Aus diesem Grunde kann ich nur noch einmal an die SPD appellieren, sich noch in dieser Legislaturperiode und nicht verschoben bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag an die Sache heranzuwagen und mit uns gemeinsam an einem neuen Grundschulstudium für Hamburg zu arbeiten. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Holster.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Leg los!)

Lars Holster SPD: Habt ihr noch Lust?

(Olaf Ohlsen CDU: Das war ein schönes Schlusswort! – Zurufe von Finn-Ole Ritter FDP und Heike Sudmann DIE LINKE)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Was ist das denn für eine Frage, Herr Abgeordneter?

Lars Holster SPD (fortfahrend): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, für diesen Antrag hätten Sie sich einmal den Rat Ihrer Wissenschaftspolitikerin Frau Stöver oder auch von Herrn Kleibauer holen sollen, denn Sie schreiben darin, dass die Hochschulen kein wirkliches Interesse an der Lehrerbildung hätten. Diese Aussage ist schlichtweg falsch, denn Sie haben offensichtlich noch nie etwas von der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz Qualitätsoffensive Lehrerbildung gehört. Der Bund und die Länder haben am 12. April 2013 beschlossen, den Bundesländern 500 Millionen Euro Bundesmittel für die Weiterentwicklung der Lehrerbildung zur Verfügung zu stellen. Die Wissenschaftsbehörde steht hier in einem intensiven Austausch mit der Universität Hamburg. Nach dem Königsteiner Schlüssel werden Hamburg bis zu 12,5 Millionen Euro zur Stärkung der Lehrerbildung zur Verfügung gestellt.

In dieser Qualitätsoffensive sind auch Schwerpunkte benannt. Ein erster Punkt: Heterogenität und vor allem Inklusion – zum Thema Inklusion finde ich in Ihrem Antrag nichts. Ein zweiter Punkt: Stärkung der Kooperationsbeziehung zwischen den Unterrichtsfächern Fachdidaktik, Erziehungswissenschaften und Schulpraxis. Und ein weiterer Punkt ist die Stärkung einer zentralen Stellung der Lehrerbildung an der Universität. Ich habe den Eindruck, dass Sie diesen Antrag offensichtlich ohne Hintergrundwissen erstellt haben, und allein deshalb ist er abzulehnen.

Aber die falschen Behauptungen in Ihrem Antrag gehen weiter. Dass zwischen der Schulbehörde und der Wissenschaftsbehörde keine Verständigung erfolgt, ist auch völlig falsch. Die Zusammenarbeit zwischen der BSB und der BWF in Fragen der Weiterentwicklung der Lehrerbildung ist eng und vertrauensvoll. Vielleicht war das während Ihrer Regierungszeit anders. Ihr Antrag steckt voller Vorwürfe, die wir als SPD-Fraktion entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist spät, ich weiß, und ich komme auch zum Schluss.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend noch ein Aspekt, den Sie auch nicht berücksichtigen, Frau Prien. Wenn Sie ein Lehramt verändern wollen, dann hat das auch Auswirkungen auf die anderen Lehrämter. Wie soll das jetzt

(Lars Holster)

eigentlich aussehen? Soll es dann in Zukunft drei Studiengänge geben oder nur noch einen fürs Grundschullehramt und einen fürs höhere Lehramt? Das ist alles nicht zu Ende gedacht. Dieser Antrag bietet keine Basis für die Verbesserung der Lehrerbildung in Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Frau Dr. von Berg das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte auch gerne in einem Ausschuss über diesen Antrag gesprochen, entweder im Schulausschuss oder im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung, und zwar aus einem Grunde. Hier wird noch einmal deutlich gemacht, dass das Grundschullehramt einen Masterstudiengang voraussetzt. Das ist auch nichts Neues. Ich finde, dass wir das einmal alle gemeinsam besprechen müssen, denn wenn wir einen Masterstudiengang haben – den wir ja haben –, dann müssen wir auch einmal zu Ende denken, was das für die Bezahlung bedeutet. Wir GRÜNEN sprechen uns dafür aus, dass das Grundschullehramt bundesweit endlich an die anderen Lehrämter angeglichen wird, denn es gibt keinen Grund mehr, warum Grundschullehrerinnen und -lehrer weniger verdienen als die anderen Lehrer. Es kann nicht mehr länger heißen: kleine Kinder, kleines Geld – große Kinder, großes Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund hätte ich gerne über den Antrag beraten. Ich hätte zudem gerne über diesen Antrag beraten, weil ich denke, dass das Grundschullehramt wie alle anderen Lehrämter immer wieder auch auf die Inhalte überprüft werden sollte. Und ich gebe meinem Kollegen Holster völlig recht, dass der Antrag da zu kurz greift, denn auch ich habe vergeblich nach Inklusion in der Grundschule gesucht, was ein ganz zentraler Punkt ist. Ich habe das Thema Diagnostik in der Grundschule vermisst – eine ganz wesentliche Kompetenz. Ich habe den Punkt neue Lernkultur vermisst – auch eine Voraussetzung zur Umsetzung von Inklusion. Ich habe die Ausweitung in frühes Lernen vermisst und ebenso – man muss es auch weiterdenken, wenn wir Langformschulen, wie wir gerade im letzten Tagesordnungspunkt beschlossen haben, tatsächlich weiter fördern wollen –, was dann mit den Klassen 1 bis 4 geschieht. Ist dies das Ende des Grundschullehramts oder geht es eventuell bis Klasse 6? Und wenn wir an Bildungshäuser denken, dann gilt es auch da, innovativ nach vorne zu denken, was Grundschullehramt eigentlich heißt. Ich finde schon, dass wir uns die fachpolitische Debatte in einem Ausschuss dazu einmal gönnen sollten.

Vermisst habe ich überhaupt das ganze Problem der Integration und da auch Deutsch als Zweitsprache. Diesem Thema sollten wir uns dringend noch einmal widmen. Ein Kritikpunkt, dem ich zustimme, Frau Prien, ist diese teilweise – vielleicht nicht in Hamburg – stiefmütterliche Behandlung der Lehrerbildung, die wir immer wieder auch in anderen Bundesländern erleben. Wir GRÜNEN träumen von einer eigenen Fakultät an den Hochschulen, einer School of Education, die über eigene Ressourcen und eigenes Personal verfügt und ihre eigenen Pläne beraten kann, um der Lehrerbildung an den Hochschulen tatsächlich die zentrale Stellung zu geben, die sie nach meiner Auffassung und auch der meiner Fraktionskolleginnen und kollegen verdient. Sie wird häufig nur als lästiges Anhängsel gesehen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist nicht schön!)

Mein Fazit ist, dass der Ansatz, überhaupt einmal wieder über Grundschullehrämter oder das Lehramt an sich nachzudenken und auch zu beraten, richtig ist. Deswegen werden wir einer Überweisung zustimmen. In der Sache werden wir uns jedoch enthalten, weil der Antrag zu kurz greift. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau von Treuenfels.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich könnte meine Einleitung die gleiche sein, die ich zu meiner nächsten Debatte anführen möchte: Hätten Sie doch überwiesen, dann müssten wir heute nicht debattieren, aber das scheinen Sie leider nicht zu wollen. Das finde ich sehr schade, denn ich schließe mich der Auffassung an, dass die Qualität von Lehrern – das haben wir gerade neulich bei der Expertenanhörung sehr deutlich zu spüren bekommen – das A und O in der Schule ist. Wir wissen, dass es auf die Lehrer ankommt – das haben wir aus der eigenen Schulerfahrung doch noch deutlich in Erinnerung, und heute haben wir richtige Studien, die das belegen. Meiner Ansicht nach sollten wir dieses Thema nicht nur im Ausschuss besprechen. Der Antrag ist für uns auch ein bisschen zu kurz gegriffen. Wir finden es gut, dass wir uns mit der Qualität der Lehrer auseinandersetzen sollen. Lehrer müssen heute viel mehr Herausforderungen meistern, auch gerade in den Grundschulen. Sie müssen mit Heterogenität umgehen, sie müssen die Inklusion umsetzen, sie müssen integrierte Sprachförderung anbieten und der Dinge mehr tun.

(Zuruf von *Olaf Ohlsen CDU*)

– Schön zuhören, Herr Ohlsen.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

Die Liste ließe sich fortsetzen, ich will Ihnen das zu später Stunde aber ersparen. Wir sind der Auffassung, dass wir einmal einen neuen Antrag der SPD zur wirklichen Lehrerfortbildung vorgelegt bekommen könnten. Vielleicht besprechen wir es dann und Sie haben dann die Güte, das mit uns zu debattieren. Im Grundsatz finden wir diesen Antrag richtig und würden ihn deswegen auch überweisen. Im Detail finden wir allerdings auch, dass er zu kurz greift und sich einiger Worthülsen bedient, die ich jetzt nicht noch einmal zitieren möchte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Olaf Ohlsen CDU*)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn hat jetzt das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Hamburg schneidet bei Schulleistungsvergleichen regelmäßig schlecht ab, so auch beim Grundschul-Bundesländervergleich 2012. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf Bundesebene hat seinerzeit kritisiert, derartige Untersuchungen förderten keine neuen Erkenntnisse zutage.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Wörtlich steht in der Zeitung der GEW – ich zitiere –:

"Welchen Sinn hat es, wenn die Vergleiche immer wieder zeigen, dass dieselben Bundesländer an der Spitze stehen und dieselben Länder am Ende? [...] Völlig unerforscht ist auch, welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die Qualität der Lernprozesse zu verbessern. Ein Vergleich auf der Systemebene sei nur dann sinnvoll, wenn wirtschaftlich und soziokulturell ähnliche Räume untersucht werden [...]. Sonst werden Äpfel mit Birnen verglichen."

– Zitatende.

Die GEW meint, es sei völlig unerforscht, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Lernfortschritt und die Lernprozesse zu verbessern. Und dass man Stadtstaaten nicht einfach mit Flächenstaaten vergleichen kann, ist eigentlich auch schon angekommen. Das stört die CDU aber nicht, Sie wissen nämlich immer schon, woran es liegt. Es liegt natürlich an den Lehrern und an ihrer Ausbildung. So einfach kann man sich das machen, so einfach ist das aber nicht. Die CDU fordert nun in ihrem Antrag ein eigenständiges Lehramt an Grundschulen. Bisher gibt es ein umfassenderes Lehramt für Primarschule und Sekundarstufe I. Das hat viele Vorteile. Die Grundschullehrkräfte wissen dann, was die Grundschülerinnen und Grundschüler in der Mittelstufe erwartet, weil sie das in der Ausbildung kennengelernt haben. Ei-

ne Lehrkraft aus der Grundschule kann in die Stadtteilschule wechseln, und eine Lehrkraft aus der Stadtteilschule kann auch in die Grundschule gehen. Die Lehrkräfte sind nicht nur flexibler einsetzbar, sondern sie haben auch einen größeren Einblick und Überblick. Das ist gut für die Lehrkräfte, da sie nicht so festgelegt in ihrer Arbeit sind. Es ist auch gut für die Kinder und die Eltern, weil sie umfassend und an einer Universität ausgebildete Lehrkräfte haben.

Die CDU behauptet nun, dass Hamburg durch ein Schmalspurlehramt ausschließlich für die Grundschule bessere Ergebnisse bei den Schulleistungsuntersuchungen erzielen würde. Das, liebe CDU, ist bisher durch nichts bewiesen. Selbst bei den angeblichen Besonderheiten der Grundschule, die die CDU in ihrem Antrag unter den Punkten a bis e aufzählt wie Lesen, Schreiben, Rechnen, entdeckendes Lernen, ästhetische Bildung, Ganztagschule und Respekt, fragt man sich doch, ob das nicht auch für die Mittelstufe wichtig ist.

(Beifall bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Ich sage, dass man das auch in der Mittelstufe können muss. Äußerst bemerkenswert ist das Argument unter Punkt f des CDU-Antrags, dass die Grundschule die Schule für alle ist. Da haben Sie ausnahmsweise einmal recht. Es wäre schön, wenn das auch darüber hinaus stattfände, aber vielleicht kommen wir noch einmal dazu. Aber muss man deshalb ein gesondertes Schmalspurlehramt für die Grundschule schaffen? Wenn ich nur noch eine Schulform für alle Kinder wie in der Primarschule habe und es keine äußere Differenzierung in verschiedene Schulformen gibt, dann muss ich als Lehrkraft eine innere Differenzierung in meinem Unterricht praktizieren, um so den einzelnen Kindern gerecht zu werden. Dies ist der Begriff individuelles Lernen. Offener Unterricht, Projektlernen und anderes mehr ist in den Hamburger Grundschulen inzwischen ausgesprochen gut implantiert, und davon können wir alle noch etwas lernen. Frontalunterricht findet kaum noch statt – das ist auch gut so –, und all das gilt nicht nur für die Grundschule, sondern auch für die Mittelstufe. Es wäre gut, wenn wir davon profitieren könnten.

Zusammenfassend sage ich: Ein umfassendes Lehramt für Primar- und Sekundarstufe hat viele Vorteile, ein Schmalspurlehramt aber hätte viele Nachteile.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Was ist denn Schmalspur?)

Übrigens ist die bundesweite Entwicklung weit weg von dem, was im CDU-Antrag steht. Die Entwicklung geht ganz klar hin zu neuen Lehrämtern, und zwar zu einem Einheitslehramt und auch zu gleicher Vergütung, was auch richtig ist. Deswegen lehnen wir den CDU-Antrag ab und stimmen auch gegen eine Überweisung.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN – *Dietrich Wersich*
CDU: Das war jetzt sehr frontal!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Heyenn. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/9946 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/9946 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 69, Drucksache 20/10135, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Jetzt das achtjährige Gymnasium neu gestalten – Schülerinnen und Schüler entlasten!

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
 Jetzt das achtjährige Gymnasium neu gestalten – Schülerinnen und Schüler entlasten!
 – Drs 20/10135 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/10279 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
 Klare Strukturen für eine geringere Belastung von Schülerinnen und Schülern an Hamburger Gymnasien
 – Drs 20/10279 –]**

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Vonseiten der SPD-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung der Drucksache 20/10135 an den Schulausschuss vor. Die Fraktionen sind übereingekommen, auf die Debatte zu verzichten, deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung. Wir beginnen mit den Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/10135 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer möchte darüber hinaus auch die Drucksache 20/10279 an den Schulausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann lasse ich über den SPD-Antrag aus der Drucksache 20/10279 in der Sache abstimmen. Die CDU-Fraktion möchte Ziffer 2 separat abstimmen lassen.

Wer möchte sich nun dem SPD-Antrag mit Ausnahme von Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen worden.

Wer möchte nun noch Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mit Mehrheit beschlossen worden.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 67 auf, Drucksache 20/10126, Antrag der FDP-Fraktion: Inklusion: Einzelfalldiagnostik wieder einführen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
 Inklusion: Einzelfalldiagnostik wieder einführen
 – Drs 20/10126 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau von Treuenfels, bitte schön.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn Sie denn noch hier sein sollten und nicht schon den Saal verlassen haben, wie ich gerade feststellen muss! Das ist ein wichtiges Thema hier. Die Inklusion ist nicht nur eine Herausforderung unter vielen, sie ist in Wahrheit eine der größten schulpolitischen Reformen der vergangenen Jahrzehnte. Deshalb ist auch ihre von vielen aus Praxis wie Politik beklagte mangelhafte Umsetzung ein sehr großes Problem. Eine ganz entscheidende Ursache des Problems liegt im Diagnoseverfahren zur Förderbedürftigkeit. Im Schulgesetz, Paragraph 12 Absatz 1 heißt es – ich zitiere –:

"Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben das Recht, allgemeine Schulen zu besuchen."

Und weiter Absatz 3:

"Sonderpädagogischer Förderbedarf ..."

– jetzt kommt es darauf an –

"... wird auf der Grundlage eines sonderpädagogischen Gutachtens unter Einbeziehung der Sorgeberechtigten durch die zuständige Behörde festgestellt."

Die Praxis auf Grundlage der sogenannten Inklusionsdrucksache sieht allerdings völlig anders aus. Hier wird eine sogenannte integrierte Förderdiagnose angewandt. Schulsenator Rabe hat immer wieder betont, dass diese integrierte Förderdiagnose vollkommen ausreichend sei. Sonderpädagogen, also die Fachleute, sehen das aber nicht so. Sie kritisieren diese Praxis, und zwar unabhängig davon, ob sie inklusiv an einer allgemeinbildenden Schule oder an einer Förderschule arbeiten.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

Sie kritisieren vor allem zwei Aspekte: Zum einen wird die Diagnose von Lehrkräften an den allgemeinbildenden Schulen erstellt, die weder ausreichend Zeit noch ausreichend Routine haben,

(Lars Holster SPD: Das haben wir doch alles schon diskutiert!)

um eine verlässliche Diagnose zu erstellen. Das sagen die Menschen selbst, mit denen wir gesprochen haben. Überspitzt gesagt: Lehrer, die oftmals keine sonderpädagogische Qualifikation haben, sollen nun in der Praxis durch Beobachtung zu einer Diagnose kommen. Zum anderen kritisieren die Fachleute, dass diese integrierte Förderdiagnostik mit einem Gutachten im Sinne einer echten Einzelfalldiagnostik nur noch sehr wenig zu tun hat. So wird die Förderung der Kinder unnötig erschwert, denn für eine passgenaue Förderung braucht es eine aussagekräftige Diagnose, die der Förderplanung zugrunde liegt.

Wir sind der Meinung, dass die Praxis der von Senator Rabe propagierten integrierten Förderplanung geradezu symptomatisch schlecht für die Umsetzung der Inklusion in Hamburg ist. Diese Praxis ist der Problematik nicht angemessen und wird weder den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf noch allen anderen Kindern in den Klassen gerecht. Förderpläne basieren auf Beobachtung und ersetzen keine Einzelfalldiagnostik durch Fachleute. Eine Ressourcenverteilung mit der Gießkanne ist eben nicht kindgerecht.

Das Ergebnis dieser mangelhaften Konzeption ist bizarr. Ausgerechnet Schulsenator Rabe beschwert sich, dass Ressourceneinsatz und Anzahl der Kinder irgendwie nicht zusammenpassen. Er hat sogar ein Gutachten in Auftrag gegeben, um herauszufinden, wo denn all die Kinder herkommen, denen plötzlich ein sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wird. Dafür braucht es kein Gutachten. Die Kinder brauchen ein sorgfältiges und fachlich versiertes Gutachten. Deshalb fordern wir in unserem Antrag die Wiedereinführung einer echten Einzelfalldiagnostik und die Erstellung der Gutachten durch Fachleute, die die notwendige Routine haben. Diese Fachleute haben wir in Hamburg, sie sind bei den neu gegründeten regionalen Bildungs- und Beratungszentren angesiedelt. Senator Rabe kritisiert immer wieder, dass die Gutachten zu ungenau seien. Die Konsequenz daraus kann aber doch nicht sein, durch die integrierte Förderdiagnostik noch mehr Ungenauigkeit zu befördern. Abgesehen davon ist die Aussage schlichtweg falsch, es gibt hinreichend Kriterien und Testverfahren für die Erstellung einer Diagnose.

Meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag aus einem anderen Grund vorgelegt. In Gesprächen mit Lehrern wird immer wieder deutlich, dass manchmal schon ein einziges Kind genügt, um den Unterricht der gesamten Klasse zu sprengen. Das

sind in der Regel Kinder mit Förderbedarf im sozialen und emotionalen Bereich, von einigen gerne als verhaltensoriginelle Schüler bezeichnet. Lehrer, die solche Aussagen treffen, tun das nicht aus Böswilligkeit, Unfähigkeit oder weil sie Inklusion grundsätzlich ablehnen. Sie kommen zu diesem Schluss, weil sie mit der Situation allein gelassen werden und überfordert sind, so sagen sie es jedenfalls. Eine passgenauere Ressourcenzuweisung für die Schüler hätte große positive Auswirkungen.

Die FDP-Fraktion war von Anfang an kritisch gegenüber der systemischen Ressourcenzuweisung, und gerade im Bereich der Kinder mit sozial-emotionalem Förderbedarf haben sich unsere Befürchtungen mehr als bestätigt. Selbst die von Senator Rabe beauftragten Experten empfehlen für diese Kinder eine auf das einzelne Kind bezogene Ressourcenzuweisung. Wir fordern Sie auf, Herr Senator Rabe, auf die großen Probleme in der Umsetzung der Inklusion zu reagieren und nicht länger zuzugucken. Das sind wir nicht nur den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf schuldig, sondern auch ihren Klassenkameraden. Das sind Sie den Lehrern schuldig, die sich täglich diesen Herausforderungen stellen, und das sind Sie vor allen Dingen auch den Eltern schuldig, die die beste Bildung für alle ihre Kinder wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau von Treuenfels. – Das Wort hat Frau Jürgens.

Hildegard Jürgens SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich erhält jedes einzelne Kind mit sozialpädagogischem Förderbedarf eine individuelle Diagnose. Selbstverständlich wird die Handreichung für die Diagnostik zügig fertiggestellt, und selbstverständlich werden Kolleginnen und Kollegen der regionalen Bildungs- und Beratungszentren eng in die Prozesse an den Schulen eingebunden.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Antrag der FDP brauchen wir dafür wirklich nicht. Seit Beginn der Inklusion im Jahre 2009 steht die Frage im Raum, wie wir Kinder mit speziellem Förderbedarf am besten in ihrem Schulleben begleiten und fördern und auf welche Weise wir die Schule ausstatten können. Der sozialdemokratische Senat ist der Empfehlung der Wissenschaft gefolgt und hat sich für eine systematische Ressourcenzuweisung entschieden. Die Wiedereinführung von Feststellungsgutachten, wie sie die FDP fordert, wäre eine Rolle rückwärts, die wir nicht mitmachen wollen.

(Beifall bei der SPD)

(Hildegard Jürgens)

Wir haben mit der Einführung der systematischen Ressource nicht den Blick auf jedes einzelne Kind verloren. Wie Sie selbst aus der Drucksache zitieren, wird für jedes Kind der individuelle Förderbedarf benannt werden. Dies setzt eine Diagnose voraus. Was in der Tat aber notwendig ist, ist eine Verbesserung des diagnostischen Verfahrens. Es ist ein starker Anstieg von förderbedürftigen Kindern im Bereich LSE zu beobachten. Dies liegt auch daran, dass es noch keine einheitliche Diagnostik gibt. Wie diagnostiziert wird, hängt sehr von den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern und der Schulkultur ab. Vereinheitlichung ist daher unverzichtbar. Die SPD-Fraktion begrüßt deshalb die Initiative des Schulsenators für eine Arbeitsgruppe, die unter Einbindung der regionalen Bildungs- und Beratungszentren die Diagnostik in den Bereichen des LSE diskutiert und eine Handreichung aufbereitet.

(Beifall bei der SPD)

Anders als die FDP es fordert, besteht in der Art der Ressourcenzuweisung kein zwingender Handlungsbedarf.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das haben Ihre Experten gesagt!)

Die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort können sich mit den Bedürfnissen der Kinder auseinandersetzen und sind nicht damit konfrontiert, Ressourcen auslösen zu müssen. Die FDP aber will jedem Kind ein Label und ein Preisschild aufdrücken. Damit wird die Diagnostik zur Ressourcenakquise, und das können wir nicht wollen.

(Beifall bei der SPD)

Eine kindbezogene Ressourcenzuweisung bleibt – das möchte ich einmal klarstellen – bei speziellen sonderpädagogischen Förderbedarfen sinnvoll. Geistige und körperliche Behinderungen bedürfen einer besonderen Beachtung und Betreuung.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Ach, die kriegen ein Label?)

Dies kann nicht systematisch abgebildet werden. Eine systematische Zuweisung vereinfacht aber den Prozess für die Bereiche LSE. Eine Bürokratisierung hilft niemandem, vor allem nicht den betroffenen Kindern.

(Beifall bei der SPD)

Jedes Kind – und nicht nur diejenigen mit Defiziten in den LSE-Bereichen – braucht eine individuelle Betrachtung. Dies leisten die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort mit erstaunlichem Einsatz. Nicht alles ist eine Frage des Geldes, es ist auch eine Frage von Haltung. Sehr viele Schulen sind da schon weiter als Sie, liebe FDP.

(Beifall bei der SPD)

Eine Rolle rückwärts wäre alles andere als ein konstruktiver Beitrag zum Gelingen der Inklusion an Hamburger Schulen. Ihre weiteren Vorschläge befinden sich in der Umsetzung oder sind einfach überflüssig. Wir als SPD-Fraktion lehnen Ihren Antrag daher ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Jürgens. – Das Wort hat Herr Dr. Scheuerl. Herr Dr. Scheuerl, ich weise Sie darauf hin, dass Sie nur noch eine Redezeit von 6.22 Minuten haben.

(Jan Quast SPD: Ach, das ist ja bedauerlich!)

Dr. Walter Scheuerl CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, ich werde die Redezeit einhalten. Vorab möchte ich alle, die jetzt hier sind und zuhören, noch einmal daran erinnern, dass wir hier über die Schwächsten im Schulsystem sprechen, nicht über irgendwen, nicht über den Senator, sondern über die Schwächsten im Schulsystem. Deswegen finde ich es bedenklich, dass die SPD zur Rechtfertigung des Rabe-Inklusionskonzepts hier keine Fachleute, auch nicht den schulpolitischen Sprecher, sondern eine Finanzbeamtin im mittleren Dienst schickt – Frau Jürgens, ich will Ihnen nicht zu nahe treten,

(Zurufe von der SPD und Unruhe)

dass Sie das sind, ist im Bürgerschaftshandbuch nachzulesen –, eine Finanzbeamtin, die nicht einmal in der Lage ist, die Fachbegriffe richtig anzuwenden und von systematischer Ressource spricht.

(Erhebliche Unruhe und Zurufe von der SPD: Pfui! – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter! Die SPD-Fraktion hat eine Sitzung des Ältestenrats beantragt. Ich unterbreche die Sitzung und bitte den Ältestenrat zusammenzutreten.

Unterbrechung: 21.16 Uhr

Wiederbeginn: 21.47 Uhr

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich erteile dem Abgeordneten Dr. Scheuerl einen Ordnungsruf und gebe ihm das Wort.

Dr. Walter Scheuerl CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Jürgens, wir haben gerade schon draußen unter vier Augen gesprochen. Ich glaube, es war

(Dr. Walter Scheuerl)

ein gutes Gespräch, und ich möchte mich auch hier noch einmal in aller Form entschuldigen. Ich wusste nicht um Ihre persönlichen Umstände, und ich bin froh, dass wir kurz sprechen konnten.

Ich werde deswegen auch meine ursprüngliche Rede sehr stark abkürzen und möchte an der Stelle, weil es dem Thema gerecht wird und wichtig ist, nur noch kurz aus der Lissaboner Erklärung zitieren. Die Lissaboner Erklärung kam zustande bei einer Versammlung von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus 29 Ländern. Und diese Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben in dieser wichtigen Erklärung 2007 zu Protokoll erklärt – das ist europaweit veröffentlicht worden –:

"Wir finden es sehr wichtig [im Rahmen der Inklusion], dass jeder Mensch frei entscheiden kann, welche Schule er besuchen möchte."

Die Jugendlichen haben erklärt, dass es für die inklusive Bildung wichtig ist,

"[...] dass die notwendige Unterstützung, Ressourcen und entsprechend ausgebildete Lehrkräfte vorhanden sein sollten."

Frau Jürgens, ich stimme mit Ihnen völlig überein, als Sie gesagt haben, die Qualität der Diagnose dürfe nicht von den Lehrkräften und von Zufällen abhängen, sondern alle Kinder und Jugendlichen, die betroffen seien, hätten einen Anspruch darauf, ihrer persönlichen Betroffenheit entsprechend qualifiziert diagnostiziert zu werden.

Deswegen unterstützen wir den FDP-Antrag mit Ausnahme der Ziffer 3. Angesichts der konkreten Zahlen ist es so, dass die Kinder mit Behinderung im emotionalen und sozialen Bereich nur einen verschwindend kleinen Teil ausmachen. Daher würden wir uns wünschen, wie wir es schon in den früheren CDU-Anträgen 2011 und 2012 immer wieder gefordert haben, dass es für alle Kinder mit Behinderungen im Bereich Lernen, im Bereich Sprache und im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung wieder eine individuelle Ressource und eine individuelle Förderung gibt und eben nicht nur die systemische Ressource nach dem Gießkannenprinzip über alle Schulen ausgeschüttet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Meine Damen und Herren! Frau Dr. von Berg hat das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber ich muss es doch noch einmal tun. Die Eröffnung der Rede von Herrn Dr. Scheu-

erl hat gezeigt, dass er nichts, aber auch gar nichts gelernt hat.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Jetzt würde ich gerne zur Sache weiterreden.

Inklusion ist tatsächlich ein zentrales Thema, das wir in der Schulpolitik immer wieder bewegen und das zu Recht hier zur Debatte angemeldet wurde. Inklusion ist für uns GRÜNE – ich glaube auch, für mehr Abgeordnete in diesem Parlament, aber offensichtlich nicht für alle – die Vision, Vielfalt willkommen zu heißen und jedes Kind auch in der Schule so anzunehmen, wie es ist. Daher ist die systemische Ressource von der Vision her eigentlich richtig. Eine Vision ist aber ein Ziel, auf dem Weg dahin gibt sehr viele Stolpersteine und Probleme und diese gilt es auszuräumen. Wir GRÜNE glauben übrigens nicht, dass das Problem auf diesem Weg, die Vision tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen, die Diagnose ist. Die Realität, die wir im Moment in den Schulen erleben, zeigt vielmehr, dass tatsächlich die Ressource nicht stimmt, und darüber müssen wir hier dringend reden.

Die systemische Zuweisung an sich ist zwar vom Inklusionsgedanken her richtig, aber sie passt nicht zu den Zuständen und zu dem, was wir wirklich an den Schulen wiederfinden. Besonders die Neueinstufung der KESS-Faktoren hat in einigen Schulen geradezu zu einer Katastrophe geführt. Das berichten mir die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleitungen vor Ort und natürlich auch die Eltern, und das kritisieren wir auch scharf. Ich habe gerade neulich von einer KESS-5-Schule, einer Stadtteilschule, gehört, die laut Ressource eigentlich nur zu 2,8 Prozent Kinder mit diesem Förderbedarf Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung haben dürfte. Tatsächlich ist es an dieser sechszügigen Schule mit 138 Kindern so, dass es nicht nur vier Kinder sind, wie es den 2,8 Prozent entsprechen würde, sondern 18 Kinder, also deutlich mehr als erwartet. Dementsprechend stehen dieser Schule eigentlich etwa 100 WAZ-Stunden zur Verfügung, sie bekommt an systemischer Ressource aber nur 22,36, es fehlen also etwa 80 Wochenarbeitszeitstunden. Das zeigt deutlich, dass die systemische Ressource in der Realität einfach nicht passt, und das müssen wir als GRÜNE scharf kritisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der grundsätzliche Fehler bei dem Ansatz, als die Drucksache geschrieben wurde, war, dass von falschen Prozentzahlen ausgegangen wurde. Zum einen sind die Kinder nicht mitgezählt worden, die schon immer in integrativen Regelklassen waren. Sie sind in der Statistik nie aufgetaucht, weil sie in diesen Klassen als vielfältige Kinder willkommen geheißen und nicht extra aufgeführt wurden. Nun

(Dr. Stefanie von Berg)

werden sie natürlich statistisch geführt, und dadurch ist die Zahl gestiegen.

Und noch etwas hat dazu geführt, dass die Zahl höher ist als eigentlich erwartet: Wir haben eine extrem hohe soziale Spaltung in dieser Stadt mit vielen armen Menschen. Und alle, die sich in der Bildungspolitik tummeln, wissen, dass sich die Risikofaktoren dort verstärken. Deswegen ist die absolute Zahl der Kinder mit Förderbedarf in diesen drei Bereichen tatsächlich gestiegen, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Das ist auch eine sozialpolitische Aufgabe. Wenn ich aber die Planung des SPD-Senats zu den systemischen Ressourcen mit dem vergleiche, was wir ursprünglich einmal unter Frau Senatorin Goetsch geplant haben mit der Rucksackressource obendrauf, und das einmal durchrechnen würde – und das werde ich tun –, dann kommen wir zur selben Ressource. Uns wurde immer vorgeworfen, wir hätten zu wenig Ressource hineingesteckt. Wenn wir das einmal vergleichen, und ich werde das demnächst tun, wenn die Zahlen vorliegen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, das wir schon entsprechend vorgedacht haben. Wir hatten das Problem auf dem Weg zu unserer Vision tatsächlich erkannt, und dafür wurden wir schwer kritisiert.

Zurück zur Realität: Die Realität in den Schulen sieht so aus, dass durch die nicht passende Ressource Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zurzeit hinten runterfallen, dass Lehrkräfte tatsächlich überfordert sind und dass sich Eltern und eine ganze Gesellschaft von dieser Vision der Inklusion teilweise abwenden und sagen, es gehe doch nicht. Wir GRÜNEN sagen, es geht, aber es gilt, die Stolpersteine erst einmal aus dem Weg zu räumen und mehr Ressourcen in dieses System hineinzustecken.

Zum FDP-Antrag an sich: So sehr wir auch für Inklusion und Vielfalt sind, ist es aufgrund der Realität in den Schulen richtig, den Blick auf die Kinder mit emotionalen und sozialen Entwicklungsstörungen zu lenken und eine Extraressource für sie zur Verfügung zu stellen, ähnlich wie bei den Kindern mit Autismus. Es ist auch richtig, die Handreichungen auf jeden Fall dringend zu überarbeiten, um die Diagnostik wirklich verfahrenssicher zu machen. Falsch finden wir aber in Petitum 1, dass die Diagnostik nur in den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren stattfinden soll. Wir glauben, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort tatsächlich einen sehr guten Blick auf die Kinder haben und auch in der Vernetzung mit den Kolleginnen und Kollegen sprechen können, um so vernünftig eine Diagnostik beziehungsweise einen Förderplan zu erstellen. Daher werden wir dieses Petitum ablehnen.

Insgesamt fordern wir, die Ressourcen dringend anzupassen und auch Puffer zu schaffen, damit die grüne Vision der Vielfalt, Kinder, so wie sie

sind, willkommen zu heißen, auch endlich zu einer Realität wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dr. von Berg. – Das Wort hat Frau Özdemir.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon ziemlich spät, deshalb möchte ich nicht lange sprechen. Ich möchte nur kurz auf den Antrag eingehen und in zwei Sätzen unsere Meinung dazu sagen. Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, dass die Ferndiagnosen sich bewährt hätten. Es hat sich bewiesen, dass diese Ferndiagnosen sich nicht bewährt haben. Sie erfordern nämlich viel Geld und Personal, sie sind schwerfällig und zeitraubend und – das Wichtigste – sie sind stigmatisierend und deshalb lehnen wir sie ab. Das Problem der Inklusion besteht nicht darin, dass wir keine Einzelfalldiagnostik haben, sondern das Problem ist einfach, dass wir zu wenige Ressourcen für die Inklusion an den Schulen bereitstellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Özdemir. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/10126 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die Fraktion der GRÜNEN möchte die Ziffer 1 und die CDU-Fraktion die Ziffer 3 des Antrags separat abstimmen lassen.

Wer schließt sich zunächst Ziffer 1 des FDP-Antrags an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte nun den Ziffern 2 und 4 des Antrags folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer schließt sich sodann der Ziffer 3 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 58 auf, Drucksache 20/10111, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Zivilklausel einführen – Forschung an Hamburger Hochschulen ausschließlich zu zivilen Zwecken!

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Zivilklausel einführen – Forschung an Hamburger Hochschulen ausschließlich zu zivilen Zwecken!**

– Drs 20/10111 –]

Als Drucksache 20/10266 liegt Ihnen hierzu ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Transparenz als Grundprinzip in der Wissenschaft verankern – Diskursplattformen für ethische Folgenabschätzung etablieren**

– Drs 20/10266 –]

Beide Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf diese Debatte zu verzichten. Wir kommen daher direkt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/10111 und 20/10266 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende des Sitzungstages. Ich wünsche einen schönen Heimweg. Bis morgen.

Ende: 22.00 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Jörg Hamann, Robert Heinemann, Dirk Kien-scherf und Barbara Nitruich